

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 115

10. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Mai 1983

Solidaritätspreis DM 3,50

geklaut bei:

FDCL Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika
OMI Ökumenisch-Missionarisches Institut (Hg)

LEBEND WURDEN SIE VERSCHLEPPT - LEBEND WOLLEN WIR SIE ZURÜCK

- Dokumentation zur Repression in Argentinien und den
deutsch-argentinischen Beziehungen -

Am 28. April hat das argentinische Militärregime 30 000 Verhaftet-Verschwundene für tot erklärt. Die argentinischen Menschenrechtsorganisationen verfügen über Beweise, daß dies nicht stimmt. Während die Militärs versuchen, Zeugen und Spuren der Verbrechen ihrer 7-jährigen Diktatur zu beseitigen, veröffentlichen die Menschenrechtsorganisationen brisante Informationen über die Repression der Militärs.

In dieser Broschüre werden erstmals die genauen Dokumentationen von CELS (Zentrum für juristische und soziale Studien) auf deutsch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht:

- DAS SYSTEM DES VERSCHWINDENLASSENS ALS METHODE DER INHAFTIERUNG
- DIE VERSCHWUNDENEN KINDER
- VERHAFTET-VERSCHWUNDENE JUGENDLICHE
- GEHEIME HAFTZENTREN (eine Liste von 47 geheimen Gefängnissen mit Ortsangabe und Bezeichnung der zuständigen militärischen oder polizeilichen Institutionen)
- POLITISCHE MORDE

Weiterhin enthält die Broschüre Artikel und Dokumente zu den 72 deutschen und deutschstämmigen in Argentinien Verhaftet-Verschwundenen und die Politik der Bundesregierung gegenüber der Militärdiktatur.

Umfang: 96 Seiten

Preis: DM 6,--

Bezug: Lateinamerika-Nachrichten-Vertrieb
Im Mehringhof
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61



Die Mütter der 'Verschwundenen' wollen ihre Kinder lebend zurück

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

ARGENTINIEN: Toterklärung der Verschwundenen — CHILE: Rückblick: Chile vor 10 Jahren (II); Streik am 11. Mai — KOLUMBIEN: Die Wörter und die Wirklichkeit — PERU: Sendero Luminoso - Pol Pot auf Quechua? (II) — BRASILIEN: Der Zorn der Arbeitslosen von Sao Paulo

INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft:	3
✓ — Offener Brief	4
✓ — Solidarität	6
✓ — ARGENTINIEN: Toterklärung der Verschwundenen	8
✓ — CHILE: Klärt argentinische Justiz Verbrechen des chilenischen Geheimdienstes?	22
Streik am 11. Mai	23
Rückblick: Chile vor 10 Jahren - Die Monate vor dem Putsch (II)	24
✓ — KOLUMBIEN: Die Wörter und die Wirklichkeit	27
✓ — BRASILIEN: Der Zorn der Arbeitslosen von Sao Paulo	34
Amazonas: Staudämme, Energie und Malaria	40
— COSTA RICA: Die Widersprüche spitzen sich zu	48
✓ — PERU: Sendero Luminoso - Pol Pot auf Quechua? (II)	53
— REZENSIONEN: "Krauts" erobern die Welt	70
Peripherie 10/11	71
Rüstungsexport	73
— SPENDENAUF RUF E	74
— ZEITSCHRIFTENSCHAU	76
— TERMINE	77
— KONGRESS: Für Chiles Freiheit	79

Zu diesem Heft

1981: Streichung der Wirtschaftshilfe, Reduzierung des Zuckerimports auf die Hälfte. Die United Fruit Company verringert die Abnahme von Bananen - und nach den letzten Meldungen kaufen die USA fast keinen Zucker mehr in Nicaragua: ein Devisenausfall von 20 Millionen US-Dollar für Nicaragua.

Die Analogie zur wirtschaftlichen Isolierung Kubas nach der Vertreibung des Diktators Batista drängt sich auf.

Und was tun die Westeuropäer, die als Wirtschaftsmacht in die Bresche springen und politisch Druck ausüben könnten?

Während Frau Kirkpatrick die Sandinisten vor dem Sicherheitsrat beschuldigt, Krieg in ganz Mittelamerika zu schüren, obgleich, wie jedermann weiß, die USA in den Nachbarländern Nicaraguas die somozistischen Banden zu einer hochmodernen Armee aufrüstet; während diese Söldnertruppe der USA mit ihren massiven Überfällen Schrecken und Tod in der Bevölkerung Nicaraguas verbreiten, erhebt der "fromme" christdemokratische Bundeskanzler Helmut Kohl nicht etwa das Wort für die geschundenen Nicaraguaner, sondern folgt bedingungslos der Hinterhof-Vorgarten-Strategie der USA in Mittelamerika.

Durch die Ermordung des DED-Arztes Tonio Pflaum und seiner nicaraguanischen Freunde durch somozistische Söldner ist die äußere Bedrohung Nicaraguas in das öffentliche Bewußtsein gerückt. Die LN-Redaktion unterstützt die Forderungen, die im offenen Brief des FDCL an Bundeskanzler Helmut Kohl zum Ausdruck gebracht werden.

Sicherlich werden viele Leser Hintergrundinformationen erwarten zum Mord und zum Selbstmord der salvadorianischen Guerrillaführer Ana Maria und Marcial. Über die bisher in den Medien verbreiteten Erklärungen hinaus haben wir keine Informationen, und es kann nicht unsere Aufgabe sein, politische Spekulationen anzustellen. Aber wir haben viele Fragen an unsere eigene Solidarität sowie an die Befreiungsbewegung El Salvadors. Wir können nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, wenn wir nicht wollen, daß die Solidaritätsarbeit zu El Salvador - und nicht nur zu El Salvador --politisch an Glaubwürdigkeit verliert und Schaden nimmt.

Wie wohl bekannt, haben die argentinischen Militärs sich selbst die Absolution erteilt. Dieses historische Dokument drucken wir leicht gekürzt ab. Der Text ist nicht nur aus sprachlichen Gründen nicht leicht zu verstehen. Wer sich jedoch die Mühe macht, ihn aufmerksam zu lesen, wird entdecken, wie sehr die Militärs sich in die Enge gedrängt fühlen müssen, daß sie zu einer Mischung aus Ideologie, simpler Geschichtsfälschung und geschmackloser Absurdität greifen, um ihre Verantwortung an der Ermordung von tausenden von Argentinern zu vertuschen.

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 10 der
CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktion:

Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 12.5.1983

Abo-Preis: DM 40,—/Übersee DM 65,—

Zahlung nach Erhalt der Rechnung
Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«
PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108
Bankleitzahl 10010010

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
c/o FDCL
Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel.: 030/693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-
legexemplare erbeten.



FORSCHUNGS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM
CHILE - LATEINAMERIKA gemeinnütziger e.V.
Gneisenaustr. 2 · 1000 Berlin 61 Tel 030/693 40 29

Herrn Bundeskanzler
Helmut Kohl

5300 Bonn

3.5.1983

O f f e n e r B r i e f

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Kohl!

Mit großer Bestürzung haben wir die Nachricht von der Ermordung des deutschen Arztes Albrecht Pflaum in Nicaragua aufgenommen. Albrecht Pflaum war einer der 42 Mitarbeiter des Deutschen Entwicklungsdienstes in Nicaragua und half im Norden des Landes beim Aufbau des Gesundheitswesens. Am 30. April 1983 wurde er zusammen mit dreizehn Nicaraguanern bei einem Überfall der rechtsgerichteten FDN ("Demokratische Kräfte Nicaraguas") erschossen.

Obwohl seit Monaten bekannt ist, daß täglich Menschen in Nicaragua den bewaffneten Überfällen somozistischer Banden zum Opfer fallen, rückt erst der Tod eines deutschen Arztes die Realität dieser Grausamkeiten ins Bewußtsein der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit.

Diese Terrorakte geschehen mit der Unterstützung der US-Regierung, der die Entwicklung in Mittelamerika, besonders in Nicaragua, ein Dorn im Auge ist. Nicaragua versucht seinen eigenen Weg zu gehen, sich nicht von der einen oder anderen Großmacht abhängig zu machen oder gängeln zu lassen. Das paßt nicht in das schwarz-weiß Bild der Reagan-Regierung, die nur gute oder böse, nur sich ihnen anpassende oder sowjetischem Einfluß unterliegende Staaten kennt. Mittel- und Südamerika werden zudem als "Hinterhof" oder "Vorgarten" der USA angesehen. Um eine eigenständige Entwicklung in Nicaragua zu behindern, wurde vor zwei Jahren die US-Entwicklungshilfe für Nicaragua gestrichen. Auch die Verbündeten der Vereinigten Staaten wurden und werden immer wieder aufgefordert, das gleiche zu tun.

Aber die US-Regierung greift neben wirtschaftlichen Druckmaßnahmen auch auf den Terror als Hilfsmittel zurück. Die massiven Finanzhilfen an die Diktaturen in Honduras und El Salvador werden ergänzt durch die Entsendung von Militärberatern. Der US-Geheimdienst CIA rüstet die Terrorgruppen aus, organisiert sie und hat letztendlich sogar die Leitung der Gruppen in der Hand. Der republikanische Senator Baker forderte letzte Woche sogar, die Gelder nicht mehr über die CIA, sondern direkt und offiziell diesen Terrorgruppen zuzuleiten (Der Tagesspiegel, 1.5.83). Nach den Veröffentlichungen in "Times" und "Newsweek" (April 1983) ist der unerklärte Krieg gegen Nicaragua Sache der Weltöffentlichkeit.

Wir protestieren entschieden dagegen, Herr Bundeskanzler, daß Ihre Regierung indirekt diese US-amerikanische Destabilisierungspolitik unterstützt.

In der Stellungnahme zur Sicherheitsdebatte über Nicaragua am 29.3.83 erklärte der BRD-UNO-Botschafter van Well vor dem Sicherheitsrat, die Spannungen in Mittelamerika würden sich verringern, sobald sich Nicaragua durch eine Politik der guten Nachbarschaft, des Nichteinmischens, sowie der Respektierung der Menschenrechte und der demokratischen Einrichtungen Glaubwürdigkeit verschaffe.

Schon in einem offenen Brief vom 23.11.1981 an die sozial-liberale Regierung wiesen wir den pauschalen Vorwurf der Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua zurück und machten darauf aufmerksam, daß Nicaragua nach Berichten sowohl der Ständigen Menschenrechtskommission in Nicaragua selbst, als auch der UNO-Menschenrechtskommission zu den wenigen lateinamerikanischen Ländern gehört, in denen Menschenrechte insgesamt gewährleistet werden.

Angesichts der offen von Honduras aus operierenden somozistischen Terrorgruppen ist wohl deutlich geworden, wer die Politik der guten Nachbarschaft und Nichteinmischung mit Füßen tritt.

Am 25.3.1983 hat die FDN, deren Opfer Albrecht Pflaum wurde, in einer Pressekonferenz in Bonn zum gewaltsamen Sturz der sandinistischen Regierung aufgerufen. Die Tatsache, daß der FDN-Besuch in Bonn von der CSU-nahen "Internationalen Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie" organisiert wurde, dokumentiert die Verantwortung der Partei des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke.

Das FDCL will nach seiner Satzung einen Beitrag zur Völkerverständigung leisten. Bei seiner inhaltlichen Arbeit stehen Aspekte der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Lateinamerika im Vordergrund. Angesichts der genannten Tatsachen dürfte es schwer sein, ~~keinen~~ Zusammenhang zwischen der Regierungspolitik und dem Mord an Albrecht Pflaum herzustellen.

Es steht zu befürchten, daß der Mord an Albrecht Pflaum zum Anlaß genommen wird, die schon gekürzte Nicaragua-Hilfe noch mehr zu drosseln und die Entwicklungshelfer zurückzuziehen.

Wir fordern Sie auf, die Entwicklungshilfe an Nicaragua weiterzuführen, die deutschen Entwicklungshelfer in Nicaragua zu belassen, sich eindeutig von der Mittelamerikapolitik der USA zu distanzieren und die USA dazu zu bewegen, das Recht des Volkes von Nicaragua, seinen eigenen politischen Weg zu gehen, zu respektieren und direkte und indirekte Interventionen zu unterlassen.

Die Bemühungen um Frieden dürfen nicht an den Grenzen Europas enden, während ein unerklärter und durch die Vereinigten Staaten mitverursachter Krieg billigend in Kauf genommen wird.

Wir erwarten Ihre Stellungnahme

SOLIDARITÄT

Der erste große Schock über den Mord an der Genossin Ana-Maria und den Selbstmord von Marcial scheint überwiegend zwei Reaktionen auszulösen: "Jetzt erst recht" oder "so nicht". Jetzt erst recht, weil wir das Volk im Kampf gegen den Imperialismus unterstützen, die Führer nicht die Massen sind, weil wir trotz Trauer, Ratlosigkeit und Wut gerade jetzt nicht locker lassen dürfen.

So nicht, weil wir keine Organisation unterstützen, in der offensichtlich nicht einmal in elementarsten Ansätzen das praktiziert wird, was nach einem Sieg verwirklicht werden soll, nämlich eine gewaltlose, freie, demokratische Ordnung. So nicht, weil dies der Anfang ist einer Entwicklung, wie wir sie sattsam aus anderen Befreiungsbewegungen und deren Praxis als Sieger kennen. "Ein Pol Pot ist genug", weil Organisationen solcher Couleur über die Köpfe der Menschen hinweg Politik machen und es falsch ist, sie dabei zu unterstützen.

Beide Positionen sind Folge einer Solidaritätsarbeit, wie wir sie bisher überwiegend gemacht haben. Sie war getragen von einem großen Vertrauen in die Befreiungsorganisationen, der Überzeugung, daß wir uns nicht in deren innere Angelegenheiten zu mischen hätten und dem Ziel, in der BRD eine Solidaritätsbewegung zu schaffen, die erkennt, wie eng der Kampf in Mittelamerika mit unserer politischen Realität verflochten ist.

Die Eröffnung des "Waffenkontos" und die Kampagne "Waffen für El Salvador" markierten einen qualitativen Sprung in dieser Arbeit. Sie machte es möglich, die sogenannte Gewaltfrage bei vielen Leuten positiv zu verändern, die bis dahin nicht begreifen wollten, daß ein Befreiungskrieg nicht ohne Waffen geführt werden kann. Viele kirchliche und humanitäre Menschen haben unsere Argumentation akzeptiert, daß die Guerilla nur dort Gewalt ausübt, wo sie von den Herrschenden angegriffen wird und "Gegengewalt" absolut nicht vermeidbar ist.

Wir haben diejenigen, die die Ermordung Roque Daltons aufkochten, das Maul gestopft und erklärt, daß Organisationen innerhalb von einigen Jahren sehr viel lernen können.

Die Solidaritätsbewegung hat mit Recht immer darauf hingewiesen, daß sie die Auseinandersetzungen innerhalb der Organisationen nicht als die Kernpunkte ihrer Arbeit betrachtet, sondern deren Lösung den Genossen und Genossinnen drüben überläßt. Sie hat es sich damit aber auch oft zu leicht gemacht und mit diesem Argument vieles unter den Teppich gekehrt, was jetzt hochkommt und beantwortet werden muß.

Im Moment wissen wir fast nichts zu sagen. Wir sind überhaupt nicht vorbereitet auf eine solche Situation. Das führt zu einer Art Lähmung, die überwunden werden muß.

Wir täuschen uns, wenn wir meinen, nach einigen "Erklärungen" wieder zur Tagesordnung übergehen zu können. Auch wenn wir glauben, daß es sich nicht lohnt, den kleinbürgerlichen Skeptikern, die es ja schon immer gewußt haben, große Redeschlachten zu liefern, müssen wir doch denjenigen Rede und Antwort stehen, die sehr ernsthaft und engagierte Solidaritätsarbeit machen, die zurecht die Ereignisse hinterfragen, denen es nicht ausreicht, was die Komitees und die Genossen aus El Salvador bisher an Erklärungen abgegeben haben, die nicht akzeptieren, daß das unterdrückte Volk von Führern gelenkt wird, die sich gegenseitig bestialisch ermorden, denen der Hinweis nicht reicht, daß dort extreme Bedingungen herrschen, daß der Krieg die Menschen kaputt macht und daß wir am besten unbeirrt so weitermachen wie bisher.

Es gibt zu viele Beispiele von Organisationen, darunter viele Befreiungsorganisationen aus der Dritten Welt, die gelehrt haben, daß es nach dem Sieg keine "Befreiung" für das Volk gegeben hat, um sich jetzt noch in die Brust werfen und behaupten zu können, daß Assoziationen in diese Richtung nur Verleumdungen sind.

Wir wissen zu wenig über die Vorgänge in Managua, um ein "erst recht" so vorbringen zu können, daß es von dem Verdacht frei ist, eine hilflose Krücke derjenigen zu sein, denen die Angelegenheit zu brenzlig ist.

Wir müssen ein "jetzt erst recht" auf Antworten aufbauen können, die wir bisher nicht haben und müssen solange Fragende und Bohrende bleiben, bis sie da sind. Wir müssen unsere Solidaritätsarbeit in vielen Stücken gewaltig verändern.

Es wird schwer sein, unter den gegebenen Umständen der breiten Unterstützung näher zu kommen, die unser Ziel sein muß. Wir werden es ganz bestimmt nicht erreichen, wenn wir diejenigen mit einer Handbewegung abweisen, die erst einmal nicht mehr können, denen die Fragen hochkommen, die sie immer verschluckt haben, die genug haben vom vielen Vereinfachen, Verschweigen, Glätten.

Wer glaubt, daß zu viel Dreck hochkommt, als wir schlucken können, wer meint, daß kritische Solidarität dem Verrat gleichkommt, wer diejenigen beschimpft, die echte Zweifel haben, wird alleine bleiben, sagen wir fast, denn ein Häuflein von Gerechten hat sich noch jedes Mal zusammengefunden.

ARGENTINIEN

Toterklärung der Verschwundenen

Am 28. April 1983 gab die Militärjunta über Radio und Fernsehen eine lange Erklärung ab, in der sie Auskunft geben wollte über das Schicksal der 30 000 Verhaftet-Verschwundenen und die Aktionen der Militärs während des "schmutzigen Krieges", wie die Militärs ihre brutale Unterdrückung der Opposition und die militärische Zerschlagung der bewaffneten Oppositionsgruppen nennen. Das am folgenden Tag in den argentinischen Tageszeitungen abgedruckte Dokument ist eine zynische Rechtfertigung der eigenen Verbrechen, eine Selbstbeweihräucherung der blutigen Diktatur im Namen der "Demokratie" und der "christlichen Werte". Als einziges Regime seit den Nazis wagt es die argentinische Militärdiktatur, 30 000 Menschen mit einem Federstrich ohne konkrete Erklärung für tot zu erklären. Statt einer wirklichen Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen, betreibt die Junta grobe Geschichtsfälschung und den Versuch, die Angaben der Menschenrechtsorganisationen durch lächerliche Unterstellungen unglaubwürdig zu machen. Wir drucken das Dokument nur unwesentlich gekürzt ab.

Während diese Erklärungen in Argentinien sofort Demonstrationen und heftigen Protest auslöste, konnte sich Bundesaußenminister Genscher in alter Tradition nur eine schwache Note im Namen der EG abringen, die Erklärungen der Militärs seien nicht ausreichend. Der italienische Staatspräsident Sandro Pertini dagegen bezeichnete die Erklärung als das, was sie ist, "ein grausamer Zynismus". Er fügte hinzu: die "Verantwortlichen haben sich außerhalb der zivilisierten Menschheit gestellt". Das Militärregime reagierte wie ein getretener Hund: es berief seinen Botschafter ab und protestierte heftig gegen die aufrichtigen Worte.

Es gilt jetzt, die argentinischen Militärs daran zu hindern, ihre Behauptung, die Verhaftet-Verschwundenen seien tot, nachträglich durch die Ermordung der Überlebenden wahrzumachen. Gerade jetzt ist es wichtig, die Bundesregierung unter Druck zu setzen, damit sie diplomatische und wirtschaftliche Maßnahmen ergreift, um das Schicksal der Verhaftet-Verschwundenen aufzuklären und ihre Freilassung zu erreichen.

I. Einleitung

Die Militärjunta präsentiert den Bürgern ein Bild der Entwicklung der terroristischen Aggression im Verlauf von fast zwei Jahrzehnten; damit übernehmen die Streitkräfte den Anteil der historischen Verantwortung, der ihnen gegenüber der Nation in der Planung und Durchführung der Aktionen zukommt; damit ist aber nicht alle Verantwortlichkeit gegenüber der Republik erschöpft, die anderen Sektoren und Institutionen zukommt.

Diese historische Zusammenfassung einer noch nahen und schmerzvollen Vergangenheit soll eine Botschaft des Glaubens und der Würdigung des Kampfes für die Freiheit, die Gerechtigkeit und das Recht auf Leben sein.

Der Moment ist gekommen, in dem wir uns auf die Zukunft konzentrieren müssen - es wird notwendig sein, die Wunden zu lindern, die jeder Krieg verursacht, die beginnende Phase mit christlichem Geist anzugehen und das Morgen mit echter Demut zu betrachten. (1)

Die wichtigsten Adressaten sind wir selbst, das Volk der Nation(...) Ein weiterer wichtiger Adressat ist die Welt der freien Menschen, zu der die Republik - getreu ihrer historischen Bestimmungen - jetzt und in Zukunft gehört.

Der Betrachtung des argentinischen Volkes und der Welt unterwerfen wir eine Erfahrung, die sich nie wiederholen darf, und hoffen daß mit der Gnade Gottes die Brüder in unserem Amerika und die Völker der anderen Kontinente sie aufnehmen, verstehen und vermeiden.

II. Die Fakten

Seit etwa Mitte der 60er Jahre erlitt die Republik Argentinien eine terroristische Aggression, die durch den Einsatz von Gewalt versuchte, ein politisches Projekt durchzusetzen, das die von der überwältigten Mehrheit der Argentinier geteilten moralischen und ethischen Werte umstürzen sollte.

Es war beabsichtigt, das Menschenbild und die Staatskonzeption unserer Gemeinschaft durch die gewaltsame Machtübernahme zu ändern.

Durch den Einsatz des Terrors zur Machtübernahme sollte durch eine Aktion auf nationaler und kontinentaler Ebene die Republik als demokratischer Staat mit juristischer und politischer Organisation verschwinden.

Die Aggression hatte zunächst die Form der Landguerrilla, aber diese Versuche scheiterten.

Ihr Scheitern in einem angrenzenden Land (1) markierte auf kontinentaler Ebene einen Wechsel der Strategie, wodurch Argentinien immer mehr zu einem der Hauptziele des internationalen Terrorismus wurde.

In diesem Kontext gewann der Terrorismus in den Städten immer mehr an Bedeutung.

Waffendiebstähle, Überfälle auf Banken und andere Institutionen, Entführungen, Erpressungen und Morde in steigender Zahl machten die Öffentlichkeit auf die kriminellen Aktionen der drei mächtigsten terroristischen Vereinigungen aufmerksam: "Fuerzas Armadas Revolucionarias", "Ejército Revolucionario del Pueblo" und "Montoneros". (2)

Ihre Handlungsweise, die die Bevölkerung lähmen sollte, war durch eine ständige, ungezielte Verletzung der grundlegenden Menschenrechte gekennzeichnet. Morde, Folter und Verschleppungen über lange Zeiträume sind unbezweifelbare Beweise ihrer kriminellen Handlungen und

Absichten.

Ihre Opfer kamen aus allen sozialen Schichten: Arbeiter, Priester, Intellektuelle, Unternehmer, Journalisten, Staatsangestellte, Richter, Militärs, Ordnungskräfte, politische und gewerkschaftliche Führer, selbst Kinder.

Der Terror wurde begleitet von einer ideologischen Verführung, die viele dazu brachte, kriminelle Gewalt als Mittel der Politik zu betrachten.

Die terroristischen Banden setzten ihre Organisierung fort und schafften es auf dem Höhepunkt, Tausende von Personen zu rekrutieren, die sie im Waffengebrauch unterwiesen. Die Mehrheit besaß und gebrauchte die Waffen und bildete so ein geheimes Heer, Söldner der Gewalt.

Die Infiltration des Staatsapparats eröffnete ab dem 25.5.1973 mit dem Amtsantritt der verfassungsmäßigen Regierung (3) den Weg, die Untergrundarbeit aufzugeben und - zusammen mit denen, die ihre Freiheit erreicht hatten - den Angriff auf die Macht zu beginnen.

Aktive Mitglieder und entschiedene Sympathisanten der terroristischen Organisationen besetzten wichtige Positionen im Nationalen Kabinett, in den Provinzregierungen, im Nationalen Kongreß und den Provinzparlamenten sowie in der Justiz. Weder die religiösen Institutionen noch die legalen Kräfte (gemeint ist das Militär, d.U.) waren vor dieser Infiltration sicher.

Die Nation befand sich im Krieg; ein Beweis dafür waren die Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten Gruppen in Ezeiza am 20.6.1973, die zu einem Massaker mit einem bedauernswerten Saldo von Toten und Verwundeten führten (4), deren Identität und vollständige Anzahl die Regierung nie bestimmen konnte.

Später versuchten terroristische Elemente vergeblich das Sanitätskommando des Heeres (6.9.1973) und die Militärgarnison Azul (19.1.1974), die mächtigste des Landes, zu besetzen.

In dieser Atmosphäre der Unsicherheit und Verwirrung schien der Amtsantritt von General Perón mit der Unterstützung einer breiten Mehrheit der Wähler eine gangbare Alternative des Friedens und der Ordnung zu sein. Aber der Terrorismus schränkte auch unter der verfassungsmäßigen Regierung seine Aktionen nicht ein; im Gegenteil: die kriminelle Natur seiner Ziele und Methoden blieb deutlich sichtbar.

Die Beamten und Führer ("dirigentes"), die die Größe des Problems erkannten, versuchten unter Lebensgefahr die terroristische Besetzung des Staatsapparats und der gesellschaftlichen Organisationen aufzuhalten. Schmerzhaft Zeugen für das Risiko, das sie dabei auf sich nahmen, sind die Führer der Unternehmer und Gewerkschaften.

Während der Veranstaltung auf der Plaza de Mayo am Tag der Arbeit 1974 denunzierte der Präsident der Nation die Montonero-Elemente als Söldner und Infiltrierte und distanzierte sich öffentlich von ihnen. (6)

Die terroristischen Banden perfektionierten ihre Struktur: sie installierten Druckereien, in denen sie Ausweise fälschten, und Fabriken, in denen sie heimlich Waffen und Explosivstoffe herstellten. Dabei hatten sie einen soliden finanziellen Rückhalt, Resultat ihrer kriminellen Aktionen.

Ihre hinterlistige Handlungsweise verführte Tausende von junger Menschen. Viele von ihnen waren noch Heranwachsende, die mit allen möglichen Techniken der Verführung oder einfach durch Angst in die Ban-

den eingegliedert wurden. Viele starben im Kampf gegen die Ordnungskräfte, andere begingen Selbstmord, um der Verhaftung zu entgehen; einige desertierten und mußten sich vor den Behörden und den eigenen Banden verstecken.

Die sogenannten "Gesetze der Revolutionären Strafjustiz" bestraften diejenigen mit dem Tod, die sich aus den terroristischen Netzen lösen und sich aus der Verführung befreien wollten, der sie zum Opfer gefallen waren.

(Hier folgt ein Absatz, der in der uns vorliegenden Kopie leider unleserlich ist.)

Die terroristischen Angriffe weiteten sich auf die ganze Gemeinschaft aus. Angriffe auf das Leben und öffentliches oder privates Eigentum waren tägliche Ereignisse. Die Tageszeitungen aus dieser Zeit dokumentieren, daß dieses Bild Teil des täglichen Lebens des Landes und aller Einwohner war, die diese Erfahrung erlebten und erlitten und sie bezeugen können.

In ihrem Kampf gegen den Terrorismus entdeckten die legalen Kräfte unzählige geheime Zellen, die von den terroristischen Banden "Volksgefängnisse" genannt wurden. In ihnen wurden nicht nur entführte Bürger gefangen gehalten und gelegentlich ermordet, sondern die Zellen dienten auch der Bestrafung und der "Exekution" der eigenen Bandenmitglieder.



Um eine klare Vorstellung vom Ausmaß des Terrors zu vermitteln, lohnt es sich, folgende Zahlen hervorzuheben: 1974 gab es 21 Versuche der Besetzung von Institutionen des Militärs, 466 Sprengstoffanschläge, (unleserliche Zahl, mehrere hundert) Raubüberfälle mit großen Summen erbeuteten Geldes; 117 Personen wurden entführt, 110 ermordet.

1976 erreichte die Gewalttätigkeit ihren Höhepunkt: 600 Entführungen, 646 Morde, d.h. durchschnittlich wurden pro Tag zwei Menschen Opfer des Terrorismus. (7)

Man registrierte 4 150 Aktionen: Besetzungen, Aktionen der bewaffneten Propaganda, erpresserische Einschüchterung und Sprengstoffattentate. (...)

Diese Zahlen stehen in Relation zu der Größe der subversiven Struktur, die auf ihrem Höhepunkt über 25 000 Subversive verfügte, davon 15 000 Kämpfer, d.h. Individuen, die technisch ausgebildet und ideologisch zum Morden fanatisiert sind.

Die Art und Weise dieser überraschenden, systematischen und ständigen Angriffe erzwang bisher in Kriegen nicht dagewesene Maßnahmen: über die militärischen Aktionen mußte eine strikte Informationssperre verhängt werden; die Erfolge, im Gang befindliche Operationen und Entdeckungen mußten geheim bleiben.

Es war unabdingbar, den Feind nicht zu warnen. Die eigenen Absichten durften nicht bekannt werden, um die Initiative und das Überraschungsmoment zurückzugewinnen, die bis zu diesem Augenblick beim Feind lagen.

Während all dieser Operationen war es praktisch unmöglich, genau die vollständige Anzahl der Todesfälle der terroristischen Banden und die Identität ihrer Mitglieder festzustellen. Auch wenn Leichen am Ort des Geschehens zurückblieben, machten die falschen Namen - als "Kriegsnamen" bezeichnete Decknamen -, unter denen sie agierten, die Zellenstruktur, die Operationsweise und die Aufteilung ihrer Aktionen es unmöglich, ein vollständigeres Bild von den Ereignissen zu erlangen.

Die Anstrengungen der Streitkräfte, der Sicherheits- und Polizeior-gane zur Wiederherstellung von Frieden und Ordnung erzielten immer bessere Resultate. Die terroristische Aggression ging zurück und die argentinische Gesellschaft begann den verlorenen Frieden und die verlorene Sicherheit zurückzugewinnen.



Die Chiefs der terroristischen Banden und einige ihrer Anhänger begannen angesichts der Niederlage, das nationale Territorium zu verlassen. Viele der im Land zurückgebliebenen lebten in Verstecken.

So kulminierte eine schmerzvolle und harte Etappe, in der schließlich der Inhalt des Sieges mit der Niederlage der Gewalt zusammenfiel. Das war möglich, weil die argentinische Gesellschaft ihren Traditionen treu, ihrem Gewissen gegenüber loyal und fest in ihren Entscheidungen war. Für jeden Sektor der Gesellschaft hatte die Subversion eigene Methoden ausgearbeitet und angewandt; alle hatten

das gemeinsame Ziel, diese Sektoren zu zerstören, zu beherrschen oder zu lähmen. Aber sie scheiterten bei dem Versuch, ein friedliches und freies Volk in seinen festesten Werten zu verwunden."

III. Prinzipien und Vorgehensweise

Den Genuß der Rechte und Garantien, die die Verfassung jedem Bürger zuerkennt, d.h. die Respektierung der Menschenrechte, zu bewahren und effektiv zu sichern, ist das substantielle Ziel der Sicherheit eines demokratischen Staates, wie die Republik Argentinien durch ihre historische, politische und juristische Tradition einer ist.

Dieses Konzept der Sicherheit umfaßt auch die Bewahrung der Unverletzlichkeit des Territoriums gegen äußere und innere Gefahren und die Absicherung des effizienten Funktionierens einer Regierung im Rahmen der Gesetze.

Die Nationale Verfassung erlaubt die Anwendung von Mechanismen, die vorübergehend die individuellen Rechte und Garantien außer Kraft setzen, wenn eine objektive Gefahrensituation eine schwere Gefährdung des Gemeinwohls und der Sicherheit der Nation bewirkt.



Die außerordentlichen Bedingungen, unter denen das Land während der Periode der terroristischen Aggression lebte, hatten zur Folge, daß wichtige Teile des Staates so stark betroffen waren, daß ihr Weiterbestehen nicht mehr gesichert war.

Die Menschenrechte unterlagen der Gnade der selektiven oder allgemeinen Gewalttätigkeit der terroristischen Aktion in Form von Morden, Entführungen, "Revolutionsgerichten", erzwungenen Verlassen des Landes und erzwungenen finanziellen Abgaben.

In großen Gebieten des Landes agierten die subversiven Gruppen offen und mit größter Straflosigkeit; die nationalen Grenzen wurden von argentinischen und nationalen Terroristen in beide Richtungen überschritten, wobei sie sich gefälschter Papiere bedienten oder die Kontrollposten umgingen.

Die vom Kongreß der Nation verhängten Sanktionen - Gesetze, die in spezifischer Form besonders schwer subversives Verhalten und terroristische Aktionen bestrafen - und die Verhängung des Ausnahmezustandes reichten in dieser Situation nicht aus.

In diesem entscheidenden historischen Augenblick wurden die Streitkräfte von der verfassungsmäßigen Regierung aufgefordert, die Subversion zu bekämpfen. (8) Diese Aufforderung ist in zwei Resolutionen enthalten:

- Dekret Nr. 261 vom 5.2.1975 ordnet an, "die Militäroperationen auszuführen, die notwendig sind, um die Aktionen subversiver Elemente in der Provinz Tucuman zu neutralisieren oder / und auszulöschen."

- Dekret Nr. 2772 vom 6.10.1975 ordnet an, "daß die militärischen und Sicherheitsoperationen durchgeführt werden sollen, die notwendig sind, um die Aktionen der subversiven Elemente im ganzen Land auszulöschen."

Durch dieses legale Mandat und durch die Vermittlung der Streitkräfte verfügte die legale Regierung die Wiedergewinnung der Rechte aller Einwohner und der grundlegenden Bedingungen, die die Unverletzlichkeit des Territoriums, das soziale Zusammenleben und die Erleichterung der Regierungsfunktionen garantieren.

Die Art und Weise der terroristischen Aktionen, das System von Zellen und unabhängigen Aktionsabteilungen, erzwang bisher nicht dagesessene Vorgehensweisen.

Die mögliche Zerstörung der ethischen Dimension des Staates und die Notwendigkeit ihrer Erhaltung angesichts der Gefahr, daß totalitäre Theorien, die (von der Bevölkerung, d.Ü.) nicht geteilt und der Sicherheit entgegenstanden, aufgezwungen würden, waren ebenfalls in den Entscheidungen präsent, die zu dem frontalen, definitiven und siegreichen Angriff auf die Subversion und den Terrorismus führten.

Die Streitkräfte, die Sicherheits- und Polizeiorgane handelten in Verteidigung der nationalen Gemeinschaft, deren fundamentale Rechte gefährdet waren; im Gegensatz zu der subversiven Handlungsweise gebrauchten sie ihre Macht nicht gegen unschuldige Dritte, auch wenn diese indirekt unter den Folgen gelitten haben mögen.

Die so durchgeführten Aktionen waren die Konsequenz von Einschätzungen, die mitten im Kampf getroffen werden mußten - mit dem Anteil an Leidenschaft, den der Kampf und die Verteidigung des eigenen Lebens erzeugen, in einer Atmosphäre, wo täglich unschuldiges Blut vergossen wurde, einer Situation der Zerstörung und angesichts einer von Panik beherrschten Gesellschaft. In dieser fast apokalyptischen Situation wurden Fehler begangen, die - wie es in jedem kriegerischen Konflikt vorkommt - die durch den Respekt vor den Menschenrechten gezogenen Grenzen überschritten. Sie unterliegen dem Urteil Gottes in jedem einzelnen Gewissen und dem Verständnis der Menschen.

Die Streitkräfte handelten mit der offenen oder stillschweigenden Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung und oft mit deren unschätzbaren Kollaboration; sie operierten organisch unter den Befehlen ihrer natürlichen Befehlshaber.

Folglich wurden alle Handlungen in Erfüllung von Befehlen des Dienstes begangen. (...)

Diejenigen Aktionen, die als Folge der Operationsweise irreguläre Sachen erleichterten, wurden von Militärgerichten untersucht und verurteilt.

Die Streitkräfte hoffen, daß diese schmerzvolle Erfahrung unser Volk erleuchtet, damit wir alle die mit der Ethik und dem demokratischen Geist unserer Institutionen vereinbaren Instrumente finden, die mit unbezweifelbarer Legitimität die Verteidigung gegen jede Gefahr der Auflösung durch Gewalt und Terror ermöglichen.

* werden

IV. Folgen des Konfliktes

Dieser Konflikt mußte unvermeidlich tiefgreifende Folgeerscheinungen - Unsicherheit, menschliche Verluste, Zerstörung und Schmerz - hinterlassen wegen seiner zeitlichen und räumlichen Ausdehnung, weil jeder Ort unseres Bodens sich plötzlich in ein Schlachtfeld verwandeln konnte und weil jeder Einwohner zum Opfer eines bewaffneten Zusammenstoßes oder eines Attentats werden konnte.

Viele Argentinier haben gelitten und ertragen auch heute in anerkannter Stille die Folgen einer nicht wieder gutzumachenden Trennung: das ganze Land weiß, daß nicht wenige der faktischen und ideologischen Verantwortlichen dieser Morde heute im Ausland leben und sich der Straflosigkeit und in einigen Fällen einer Unterstützung erfreuen, die die Anteilnahme verdächtig macht, da sie ungerecht ist und sich nur auf eine einzige der Folgen dieses seltsamen Krieges bezieht.

Deshalb ist es wichtig, die vielen offenen Wunden der argentinischen Gesellschaft hervorzuheben: lange Jahre tiefer Unsicherheit, viele Augenblicke des Terrors, Verlust von Angehörigen und geliebten Menschen, die durch ungerechtfertigte Angriffe Opfer von Mord, Verstäumlung, langer Entführung und physischen Verschwindens wurden.

Dies alles (...) sind Folgen eines Krieges, die wir Argentinier überwinden müssen.

All das wird nur möglich sein mit Demut und ohne Revanchismus, vor allem aber ohne parteiiche Schuldzuweisung, die nur den Schmerz derjenigen aufrühren würde, die, indem sie zum Frieden der Republik beitrugen, stoisch die Folgen einer Aggression ertrugen, die sie weder provozierten noch verdienten.

In jedem bewaffneten Konflikt ist es schwierig, vollständige Angaben zu machen: im klassischen Krieg, wo die Teilnehmer unterschiedlichen Nationen angehören, unterschiedliche Uniformen tragen und durch identifizierbare Linien getrennt sind, gibt es zahlreiche Verschwundene. In einem Krieg mit so besonderen Kennzeichen wie der, den wir erlebt haben, wo der Feind keine Uniform trägt und seine Ausweise gefälscht sind, steigt die Zahl der nicht-identifizierten Toten stark an.

Treu dem Ziel, die Wunden des Kampfes zu heilen und die Situation des Zweifels aufzuklären, die existieren könnte, legen die Streitkräfte folgende Informationen zur Prüfung durch das Innenministerium vor:

- Namen der Mitglieder terroristischer Aktionen, die zur Zeit verurteilt sind oder vor Gericht stehen - vor Bundesgerichten oder Kriegsgerichten -, und der Häftlinge zur Verfügung der nationalen Exekutive nach Artikel 23 der Nationalen Verfassung.

- Anfragen nach dem Aufenthaltsort (von mutmaßlichen Verschwundenen), die im Innenministerium zwischen 1974 und heute registriert wurden.

- Anfragen nach dem Aufenthaltsort, die auf juristischem oder verwaltungsmäßigen Weg geklärt wurden.

- Todesfälle infolge von terroristischen Aktionen.

Das Thema der Verschwundenen betrifft am stärksten die legitimen menschlichen Gefühle und wird mit der größten Hinterlist benutzt, um den guten Glauben derjenigen zu überraschen, die die Tatsachen nicht durchlebt und erlitten haben, die uns in diese Grenzsituation geführt haben.

Bei verschiedenen Gelegenheiten hat die Nationale Regierung verschiedenen kompetenten internationalen Organisationen erklärt, daß sich in den vorgelegten Listen neben unvollständigen und konfuse Angaben

auch Personen befanden, die nie in dieser Situation (des Verschwindens) waren, Häftlinge, über deren Situation die Behörden Auskunft gegeben hatten und selbst Personen die eines natürlichen Todes gestorben waren, oder einfach nicht existierten.

Die erlebte Erfahrung erlaubt es, zu bestätigen, daß viele Fälle des Verschwindens eine Folge der terroristischen Operationsweise sind. Sie ändern ihre wirklichen Namen und Zunahmen, kennen sich untereinander durch sog. "Kriegsnamen" und verfügen über genügend gefälschte Ausweispapiere. Damit hängt auch das sog. "In-den-Untergrund-gehen" zusammen; wer sich dafür entscheidet, terroristischen Organisationen beizutreten, tut dies heimlich, verläßt seine Familie, seine soziale Umgebung und den Arbeitsplatz. Dies ist der typischste Fall: die Angehörigen zeigen ein Verschwinden an, dessen Gründe sie nicht kennen, oder - wenn sie sie kennen, nicht erklären wollen.



So tauchten einige der "Verschwundenen", deren Abwesenheit angezeigt worden war, bei terroristischen Aktionen auf. In anderen Fällen verließen die Terroristen heimlich das Land und leben unter einer falschen Identität im Ausland. Andere kehrten mit falschem Namen ins Land zurück, nachdem sie ins Exil gegangen waren. Es gibt auch noch flüchtige Terroristen im Land bzw. im Ausland.

Es gibt Fälle von Deserteuren aus verschiedenen Organisationen, die heute mit falschem Namen leben, um sich zu schützen.

Viele der in Kämpfen mit den legalen Kräften Gefallenen hatten keine oder falsche Ausweise; in vielen Fällen waren auch die Fingerabdrücke verwischt. Angesichts der bevorstehenden Verhaftung töteten sich viele Terroristen selbst - meist durch Einnahme einer Zyanid-Kapsel. In diesen Fällen wurden die Leichen nicht abgeholt und angesichts der Unmöglichkeit, sie zu identifizieren, mit der Bezeichnung "NN" legal begraben.

Immer wenn es möglich war, nahmen die Terroristen die Leichen vom Ort der Auseinandersetzung mit. Die Leichen der Gefallenen und derjenigen, die an den Wunden im Gefolge einer terroristischen Aktion starben, wurden zerstört oder heimlich begraben.

Der Kampf um die Hegemonie des Terrors führte zu Morden und Entführungen zwischen den Organisationen mit unterschiedlichen Zielen. Der Terrorismus veranstaltete Parodien von Gerichtsverhandlungen mit Pseudo-Revolutionsgesetzen und ermordete die Mitglieder, die desertierten oder bei den Missionen scheiterten.

Sie wurden unter falschem Namen oder an unbekannten Orten unter unbekannten Umständen begraben.

Während des Kampfes infiltrierten die Streitkräfte Männer in die terroristischen Aktionen. Sie wurden ermordet, ohne daß man den Ort der Gräber kennt.

Auch wurden Personen als verschwunden gemeldet, die später auftauchten und ein normales Leben führten, ohne daß dies den zuständigen Behörden bekannt gemacht worden sei.

Schließlich kann die Zahl der Verschwundenen dadurch künstlich erhöht werden, indem Fälle hinzugenommen werden, die nichts mit dem Phänomen des Terrorismus zu tun haben, sondern die normalerweise in jeder großen Stadt vorkommen.

Es muß hervorgehoben werden, daß viele der Vermutungen, in denen eine Entführung angezeigt wird, von Gerichten untersucht werden; eine große Zahl von mutmaßlicher Fälle illegitimer Freiheitsberaubung wurde von den entsprechenden Richtern angestrengt.

Die Möglichkeit, daß Personen, die als verschwunden gelten, als nicht-identifiziert begraben sein könnten, ist eine Hypothese, die die Regierung anerkannt hat. Dies entspricht auch dem Bericht der Interamerikanischen Menschenrechtskommission, die 1979 das Land besucht hat, und die feststellte, daß in verschiedenen Friedhöfen nicht-identifizierte Leichen begraben sind, die gewaltsam - meist in Zusammenstößen mit den Streitkräften - ums Leben gekommen sind.

V. Abschliessende Überlegungen

Man spricht auch von "verschwundenen" Personen, die von der Argentinischen Regierung an entlegenen Orten des Landes gefangen gehalten werden sollen. Dies ist nichts als eine Lüge mit politischen Zielen, da in der Republik keine geheimen Haftorte existieren und es auch in den Gefängnissen keine im Geheimen inhaftierten Personen gibt.

Demzufolge muß vollkommen klar sein, daß diejenigen, die als verschwunden gelten und nicht im Exil oder im Untergrund leben, was die juristischen und verwaltungsrechtlichen Folgen angeht, als tot betrachtet werden müssen, auch wenn derzeit nicht genau festgestellt werden kann, warum und bei welcher Gelegenheit sie eventuell zu Tode kamen, und auch der Ort der Gräber unbekannt ist.

Obwohl der Terrorismus als absolute Negation der Menschenrechte die tragischste Form des subversiven Phänomens ist, ist er doch nur eine der Vorgehensweisen. Die Aggression existiert auch in der Form der Ideologie der Gewalt, die in die Erziehung und die Kultur eingeführt wurde und diese beherrschte. Sie drang ein in den Arbeitssektor, die Strukturen der Wirtschaft und herrschte sogar in politischen Gruppen und im Staatsapparat vor.

Der mit einem so hohen Preis errungene Sieg zählte auf den Konsens der Bevölkerung, die das komplexe Phänomen der Subversion verstand und durch ihre Führer ihre Zurückweisung der Gewalt ausdrückte.

In dieser Haltung der Bevölkerung zeigt sich, daß die Sehnsucht der Nation darin besteht, einen Schlußpunkt hinter diese schmerzhafteste Periode unserer Geschichte zu setzen, um gemeinsam und in Freiheit die definitive Institutionalisierung der verfassungsmäßigen Republik zu beginnen. (...)

Diejenigen, die ihr Leben im Kampf gegen die Geißel des Terrorismus verloren haben, verdienen ewige Ehre und Dankbarkeit. (...)

Diejenigen, die ihr Leben in terroristischen Organisationen verlo-

✕ Untersuchungen

ren haben, die die Gesellschaft angriffen, die sie genährt hat, erhalten jenseits der ideologischen Differenzen und geeint durch die Tatsache, Kinder Gottes zu sein, Verzeihung.

Diejenigen, die ihren Irrtum eingesehen und ihre Schuld gebüßt haben, verdienen Hilfe. Die argentinische Gesellschaft ist in ihrer Großzügigkeit bereit, sie wieder in ihren Schoß aufzunehmen. (...)

Die Streitkräfte übergeben ihren Mitbürgern diese Information, damit sie die schmerzhafteste Etappe unserer Geschichte beurteilen, denn dies ist ein Problem, das alle Argentinier betrifft und das alle Argentinier gemeinsam lösen müssen, wenn wir das Überleben der Republik sichern wollen.



„Daß unsere Kinder lebend wieder erscheinen“, fordern die Mütter.

In Erwägung des Gesagten erklärt die Militärjunta:

- 1) Die vorgelegten Informationen und Erklärungen sind alles, worüber die Streitkräfte verfügen, um die Nation über die Resultate und Konsequenzen des Krieges gegen die Subversion und den Terrorismus zu informieren.
- 2) In einer Situation, die von den Streitkräften nicht gewünscht wurde, und zu der sie gezwungen wurden, um das System des nationalen Lebens zu verteidigen, kann nur das historische Urteil exakt darüber befinden, wem die Verantwortung für ungerechte Methoden oder unschuldige Tote zukommt.
- 3) Die Handlungen der Mitglieder der Streitkräfte in den durchgeführten Operationen in diesem Krieg waren Diensthandlungen.
- 4) Die Streitkräfte handelten - und werden dies, wenn nötig, auch in Zukunft tun - in Ausführung eines Mandats der Nationalen Regierung; sie setzten dabei alle Erfahrungen ein, die sie in diesen schmerzhaften Umständen des nationalen Lebens gesammelt hatten.
- 5) Die Streitkräfte übernehmen vor dem Volk und dem Urteil der Geschichte die Verantwortung für die Entscheidungen, denen eine Haltung zugrunde liegt, deren Ziel es war, das Gemeinwohl zu verteidigen, das in diesem Augenblick den Erhalt der Gemeinschaft bedeutete (...)

Anmerkungen

- 0) Diese Gleichsetzung der Unterdrückung mit Krieg durchzieht das ganze Dokument der Militärs als ein Hauptelement der Rechtfertigung ihrer Handlungsweise. Es muß aber klargestellt werden, daß in Argentinien weder Krieg noch Bürgerkrieg herrschte. Die militärische Unterdrückung steht in keinem Verhältnis zu den Anschlägen der bewaffneten Opposition.
- 1) bezieht sich auf die Ermordung Che Guevaras in Bolivien.
- 2) Die Guerrillabewegungen traten etwa ab Ende der 60er Jahre unter der damaligen Militärregierung in Aktion. Zur Geschichte der Guerrilla in Argentinien: François Geze, Alain Labrousse: Argentinien - Revolution und Konterrevolution, Berlin 1976, S. 89 - 101 und S. 187 - 207
- 3) Amtsantritt von Hector Cámpora, der als "Vertreter Peróns" - der bei den Wahlen nicht kandidieren durfte - die Präsidentschaftswahlen mit großer Mehrheit gewann. Wenige Monate darauf wurden erneut Wahlen ausgeschrieben, bei denen Perón zum Staatspräsidenten gewählt wurde.
- 4) Auf dem internationalen Flughafen Ezeiza landete nach langjährigem Exil Juan D. Perón. Bei seiner Begrüßung begingen faschistische Rechtsperonisten ein Massaker an linken Anhängern Peróns. Es ist bezeichnend, daß die Militärjunta zu ihrer Rechtfertigung den Terror der Rechten anführt, ihn aber im Kontext des Gesagten der linken Opposition unterschiebt. Diese Form der Geschichtsfälschung kommt mehrfach in der Erklärung vor. Die Unterdrückung der Linken in den Jahren vor dem Putsch wird damit geschichtsfälschend als von den Militärs vollständig unabhängig hingestellt, obwohl die berüchtigten AAA und andere Terrorgruppen sich zu großen Teilen aus dem Militär selbst rekrutierten und in enger Verbindung mit dem Militär ihr schmutziges Geschäft betrieben.
- 6) In dieser berüchtigten Ansprache kündigte Perón seine Politik des Ausgleichs auf, schlug sich eindeutig auf die Seite der Rechtsperonisten. Damit war für die Montoneros das Signal gegeben, zum bewaffneten Widerstand zurückzukehren, den sie unter der verfassungsmäßigen Regierung zunächst aufgegeben hatten.
- 7) Zum Vergleich: 1975 kamen etwa 700 Menschen durch politisch motivierte Morde ums Leben. Etwa 1/10 dieser Morde wurden von Guerrillagruppen ausgeführt; die anderen fielen dem Terror der rechten Todesschwadronen zum Opfer.

SUCHMELDUNG

Wer kennt Alicia Cristina Amaya aus Argentinien und kann näheres über die Umstände ihres "Verschwindens" am 3. 6. 1978 in Caseros, Prov. Buenos Aires, mitteilen? A. C. Amaya ist heute 26 Jahre alt und studierte Asistencia Social. Seit Mitte 1982 versucht unsere amnesty-international-Gruppe ihre Entführer und ihren Aufenthaltsort aufzufindig zu machen. Deshalb kann uns jede Information über A. C. Amaya und die Hintergründe/Umwstände ihrer Entführung helfen. Kontakt: AI-Gruppe 1604, Helene Kopolnek, Schloßstr. 24, 5042 Erftstadt 12

Gesetz zur Legalisierung der Verbrechen

Gleichzeitig mit dieser Erklärung wurde ein Gesetz veröffentlicht, das das Urteil über die Handlungen der Militärs, das sie so pathetisch dem Volk und der Geschichte zusprechen, ausschließlich den eigenen Kriegsgerichten vorbehält. Mit dem im Folgenden abgedruckten Gesetz wird verhindert, daß sich die zivile Strafjustiz mit den Verbrechen der seit dem 24. März 1976 herrschenden Militärdiktatur befassen:

"Angesichts und in Erwägung des von der Militärjunta am 28. April 1983 vorgelegten Dokuments über den Ursprung, die Entwicklung und Folgen des Kampfes gegen die Subversion und den Terrorismus verkündet die Militärjunta:

Artikel 1: Alle Operationen gegen die Subversion und den Terrorismus, die von den Streitkräften, den Sicherheits-, Polizei- und Strafvollzugsorganen unter operationaler Kontrolle in Erfüllung der Anordnungen der Dekrete 261/775, 2770/75, 2771/75 und 2772/75 durchgeführt wurden, entsprachen den Plänen und standen unter der Kontrolle der Oberkommandos der Streitkräfte und der Militärjunta seit dem Moment ihrer Konstituierung. (...)"

LEBEND WURDEN SIE VERSCHLEPPT - LEBEND WOLLEN WIR SIE ZURÜCK

Eine Dokumentation über die Repression in Argentinien und die deutsch-argentinischen Beziehungen

Herausgeber: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile - Lateinamerika; Ökumenisch-Missionarisches Institut

Während die Militärs versuchen, mit Hilfe zynischer Erklärungen und Amnestiegesetz das Thema der Verhaftet-Verschwindenen zu beenden, veröffentlichen die argentinischen Menschenrechtsorganisationen immer neue Erkenntnisse über das System der Repression. Hier werden erstmals wichtige Dokumentationen des Centro de Estudios Legales y Sociales - CELS auf deutsch zugänglich gemacht:

DAS SYSTEM DES VERSCHWINDENLASSENS ALS METHODE DER INHAFTIERUNG
DIE VERSCHWUNDENEN KINDER / VERHAFTET-Verschwindene Jugendliche
LISTE GEHEIMER HAFTZENTREN / POLITISCHE MORDE

Weiterhin enthält die Broschüre ein ausführliches Interview mit der Präsidentin der Madres de la Plaza de Mayo sowie Artikel und Dokumente zu den 72 deutschen und deutschstämmigen Verschwindenen und die Politik der Bundesregierung gegenüber Argentinien.

Umfang: 96 Seiten. Preis auf Anfrage (dürfen wir aus postalischen Gründen nicht im Innern der Nummer abdrucken.)

Telegramm an die Bundesregierung

Als die Erklärung der argentinischen Militärjunta, alle Verschwindenen seien als tot zu betrachten, bekannt wurde, sandten auf Initiative des FDCL Wissenschaftler und Künstler folgendes offenes Telegramm an Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher:

"Die argentinische Militärregierung hat am 28.4. Tausende von verhafteten und verschwundenen Personen für tot erklärt. Unter den Verschwindenen befinden sich auch 71 Deutsche.

Aufgrund sicherer Informationen, die der Bundesregierung auch bekannt sind, wissen wir, daß noch nicht alle der Tausenden von Verschwindenen getötet sind und müssen jetzt befürchten, daß die argentinische Regierung ihre Behauptung wahr machen wird.

Wir fordern Sie auf, gegen die begangenen Morde zu protestieren und alles zu unternehmen, um weitere Morde zu verhindern!

Wir fordern den sofortigen Stopp von Waffenlieferungen (Fregatten, Kampfpanzer)!

Wir fordern diplomatische Sanktionen!

Unterzeichner:

Prof. Ulrich Albrecht, Prof. Günter Axt, Osvaldo Bayer, Prof. Margarita von Brentano, Prof. Carsten Colpe, Prof. Theodor Ebert, Prof. Carl-Heinz Evers, Prof. Eyferth, Prof. Gollwitzer, Prof. Grottian, Prof. Günter Johansen, Prof. Ernst Käsemann, Prof. Kisker, Prof. Knothe, Manfred Kösterheinhart, Prof. Fritz Kramer, Peter Kranz, Prof. Klaus Kunkel, Prof. Jürgen Kunze (MdB, Berlin), Volker Ludwig (Grips-Theater), Norbert Meißner, Prof. Clarita und Urs Müller-Plantenberg, Prof. Rabeul, Prof. Renate Rott, Prof. Heinz Schade, Pastor Claus Schimpf, Prof. Dieter Staritz, Prof. Theunissen, Prof. Tugendhat, Prof. Uwe Wesel, Prof. Volpert, Prof. Wiedemann, Prof. Wiesmann, Barbara Wittke, Prof. Günter Wittke, Prof. Bodo Zeuner.

Symbolische Aktion zur Unterstützung der Mütter der Plaza de Mayo

Die Unterschriftensammlung für eine Petition an die Bundesregierung, in der diese aufgefordert wird, sich endlich aktiv für die deutschen und deutsch-stämmigen Verhaftet-Verschwindenen (LN, Nov. 1982) einzusetzen, hat 2 253 Unterschriften erbracht.

Diese Petition wurde am Freitag vor Muttertag bei einer Frauenaktion vor dem Schöneberger Rathaus dem Berliner Bundesenator zur Weiterleitung an die Bundesregierung Kohl übergeben.

Die Aktion war entstanden aus dem Besuch der Vizepräsidentin der Mütter der Plaza de Mayo in Berlin im März dieses Jahres. Frauen aus den Gruppen "Frauen für den Frieden", die mit dem FDCL trafen sich anlässlich des Muttertags zu einem symbolischen Mahngang zur Unterstützung der Plaza de Mayo.

CHILE

Klärt argentinische Justiz Verbrechen des chilenischen Geheimdienstes?

Daß die Ermordung des chilenischen Ex-Generals Carlos Prats und seiner Frau 1974 in Buenos Aires ein Werk des chilenischen Geheimdienstes DINA war - das mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu behaupten verlangte keinen Scharfsinn. Wenn jetzt - zunächst in der argentinischen Presse, danach auch in der chilenischen - die Namen von zwei Mördern genannt werden, so heißt das nicht, daß die Fakten jetzt erst ermittelt worden wären, sondern daß erst jetzt die Umstände den Versuch erlauben, von längst bekannten Fakten juristischen Gebrauch zu machen. Denn daß Michael Townley, von dem gleich (wieder einmal) die Rede sein wird, sich in seinem "deal" mit der US-Justiz ausbedungen hatte, nicht nach dem Attentat auf Prats vernommen zu werden, war als Hinweis eigentlich deutlich genug.

Nachdem ein erstes Untersuchungsverfahren ergebnislos eingestellt worden war, begann im Juni 1979 der argentinische Staatsanwalt Salvi erneut Ermittlungen. Vom FBI erhielt er nicht nur Hinweise auf Townley, sondern auch auf eine "argentinische Connection". 1982 hatte er die notwendigen Unterlagen zusammen, wurde aber angewiesen, seinen Bericht noch zurückzuhalten. Im Februar 1983 wurde er abgelöst und - befördert. In den 48 Stunden, die er noch seines alten Amtes waltete, erstellte er seinen Abschlußbericht, von dem nichts an die Öffentlichkeit drang. Erst am 17. April wurde die Angelegenheit durch eine Veröffentlichung der argentinischen Zeitung CONVICCION, der gute Kontakte zur Marine nachgesagt werden, publik. Allerdings fehlen uns genauere Daten, um diese Strategie der Veröffentlichung zu verstehen.

Prats war Oberkommandierender des chilenischen Heeres unter Allende bis kurz vor dem Putsch; der verfassungstreue Militär trat zurück, um, wie er erklärte, die Streitkräfte vor der Spaltung zu bewahren und durch seine Person keinen Vorwand für einen Putsch zu liefern. Das Oberkommando übernahm sein Stellvertreter Pinochet, den man für dümmlich hielt, dessen Gefährlichkeit aber offenbar niemand rechtzeitig erkannte; Prats ging kurz nach dem Putsch ins Exil nach Argentinien. Auch dort blieb Prats eine potentielle Bedrohung für Pinochets Machtanspruch - als möglicher Kristallisationspunkt für eine Anti-Pinochet-Fraktion der Militärs.

Am 30. September 1974 wurde Prats mit seiner Frau Opfer eines Bombenanschlags in Buenos Aires. Jetzt glaubt ein argentinischer Richter genügend Beweise zusammen zu haben (oder besser gesagt: erlauben es die innerargentinischen Verhältnisse), um die Mörder zu identifizieren; der Bundesrichter Eduardo Marquardt sandte ein Auslieferungsgesuch an das argentinische Außenministerium zur Weiterleitung an die US-Regierung. Es geht dabei um den US-Bürger Townley (und den chilenischen Geheimdienst-Offizier Armando Fernandez). Die beiden Namen tauchten mehrfach in den LN auf im Zusammenhang mit der Ermordung von Allendes ehemaligem Außenminister Letelier, der 1976 im Washingtoner Exil einem gleichen (wie der argentinische Richter meint: technisch identischen) Bombenanschlag zum Opfer fiel. Townley wurde 1980 auf Druck der Carter-Administration von Pinochet an die USA ausgeliefert; während Pinochet die Auslieferung der mitbeteiligten chilenischen Offiziere (einschließlich Ex-DINA-Chef Contreras) bis auf den heutigen Tag verweigert. Townley, nachfühlbar verbittert über Pinochets "Verrat", pakte vor einem US-Gericht aus über Einzelheiten des Letelier-Attentats; über seine eigene Rolle und die seiner Komplizen und den chile-

nischen DINA-Chef als Auftraggeber. Er handelte sich dabei als Kronzeuge Strafmilderung auf 10 Jahre ein. Zum Ausgleich für seine Geständnisbereitschaft im Fall Letelier wurden die Untersuchungen der Attentate gegen Prats und gegen den Christdemokraten Leighton (1975 in Rom) ausgeklammert. Der argentinische Bundesrichter hat bislang nur das Townley betreffende Gesuch, aber noch nicht die Auslieferung des chilenischen Agenten beantragt. Das argentinische Außenministerium entdeckte vorerst einen gravierenden Formfehler im Antrag und schickte ihn dem Bundesrichter zurück: es fehlte die Übersetzung ins Englische ... Inzwischen, so dieselben Quellen, stand Townleys Freilassung bereits an (wegen guter Führung?) - Anfang Mai.

QUELLEN: HOY, Nr. 301 u. 302

Zum Streik am 11. Mai

Für den 11. Mai hatten die oppositionellen chilenischen Gewerkschaftsverbände zu einem landesweiten Streik aufgerufen, um gegen die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse unter der Diktatur zu protestieren. Die bei Redaktionsschluß vorliegenden Meldungen lassen noch keine klare Einschätzung zu, wieweit der Streikaufruf befolgt wurde.

Aus zwei Gründen scheint es uns dennoch wichtig, auf den Streik einzugehen: - der Streikaufruf setzt sich bewußt über die von der Diktatur gesetzten Grenzen für gewerkschaftliche Aktivitäten hinweg, - er ist, trotz politischer Differenzen, von allen oppositionellen Gewerkschaftsverbänden unterstützt worden.

Die Initiative zum Streikaufruf ging vom Verband der Kupferarbeiter CTC aus, z.Zt. der mächtigste Gewerkschaftsverband, was sich aus seiner Mitgliederzahl (22.000) und dem Produktionsbereich ergibt; noch immer ist Kupfer der entscheidende Devisenbringer.

Bis vor ca. 2 Jahren war die CTC von regimnahen Gewerkschaftern beherrscht, erst jetzt steht an der Spitze des Verbandes eine Führung, die bereit ist, den Druck der Basis zu artikulieren.

Der Streikbeschluß wurde gefaßt auf dem Außerordentlichen Gewerkschaftstag der CTC um den 20. April (62 Stimmen für den Streik, 8 Gegenstimmen, 27 Enthaltungen). Am 21. April zogen die rd. 100 Delegierten in Zweierreihen durch das Zentrum Santiagos zum Arbeitsministerium, um ihrem Aufruf Öffentlichkeit zu verschaffen. Ein von der Polizei festgenommener Gewerkschafter wird nach dem Protest der übrigen wieder freigelassen, die Gruppe setzt ihren Marsch fort.

Wenn auch wegen politischer Differenzen eine gemeinsame Veranstaltung der oppositionellen Gewerkschaftsverbände zum 1. Mai nicht zustandekommt, so unterstützen doch alle auf ihren Veranstaltungen den Streikaufruf zum 11. Mai; außer den Kupferarbeitern also die "linke" Gewerkschaftskoordination CNS, der christdemokratische Verband UDT, die kleine christliche FUT, ANEF und CEPCH (öffentliche und private Angestellte).

Dabei schlägt die UDT neben offenem Streik auch verschiedene Boykottmaßnahmen vor (Schule, öffentliche Verkehrsmittel etc.). Natürlich bedeuten solche Maßnahmen ein geringeres Risiko für die Betroffenen.

Die Effizienz des Aufrufs wird vor allem auch daran zu messen sein, wieweit es zu eindeutigen Streikaktionen kam. (Angeht von 1,1 Mill. Arbeitslosen im 11 Millionen-Land ein erhebliches Risiko.)

Ein weiteres Indiz dürfte das Ausmaß der Repression sein. Der großbürgerliche MERCURIO war erstens entsetzt, daß nach fast 10 Jahren Entpolitisierung ein Streik mit eindeutig politischer Orientierung drohe, und ließ zweitens keinen Zweifel, daß die Diktatur hart durchgreifen würde. Angesichts dieser Möglichkeiten erklärte Rodolfo Sequel, Präsident der CTC, in einem Interview vor dem Streik: "Wie immer das Ergebnis sein wird, wir haben einen sehr mutigen Schritt getan und eine Tür geöffnet, wir haben die Furcht verloren."

Rückblick: Chile vor 10. Jahren — die Monate vor dem Putsch (II) Streik in der Kupfermine EL TENIENTE

"Im April 1973 begann der Streik der Bergarbeiter in der Kupfermine 'El Teniente'. Im Vergleich zu allen anderen Ereignissen war dieser Streik unserer Meinung nach ausschlaggebend für den endgültigen Vormarsch des Putschismus." (Fernando Mires)

Die Brisanz des Streiks in der Kupfermine EL TENIENTE, der sich von Mitte April bis in den Juni hineinzieht, liegt darin, daß es der Rechten gelingt, einen Lohnkampf zu einem politischen Streik umzufunktionieren, in dem anscheinend Christdemokraten Arbeiterinteressen gegen die Arbeiterregierung der UP verteidigen...

Ökonomischer HINTERGRUND des Streiks ist die Inflation, die in jenen Monaten um bis zu 20 % monatlich steigt. Der Konflikt entbrennt um die Berechnung des Inflationsausgleichs - soll der den Kupferminenarbeitern bislang schor gezahlte Inflationsausgleich vor 41 % in der Neuberechnung berücksichtigt (also abgezogen) werden oder nicht. Die Kupferarbeiter - zumindest ein beachtlicher Teil von ihnen - kämpfen um ihre Interessen, wie sie es jahrzehntelang gewohnt sind; geändert hat sich seit zwei Jahren, daß die großen Kupferminen nicht mehr im Besitz von US-Gesellschaften sind, sondern im Besitz des chilenischen Staates.

Die Regierung weigert sich aus zwei Gründen, die Forderung der Kupferarbeiter zu erfüllen - sie sei aus der Produktion der Mine nicht zu finanzieren; darüber hinaus bedeute sie aber auch eine ungerechte Bevorzugung der Kupferarbeiter gegenüber anderen Arbeitern, für die ein solcher "doppelter" Inflationsausgleich nicht in Frage komme.

Auf parlamentarischer Ebene läuft gleichzeitig der Kampf um die Finanzierung des allen Arbeitern zustehenden Inflationsausgleichs - den die Regierung nicht über die Notenpresse finanzieren will, sondern durch Steuererhöhungen, die die Wohlhabenden treffen werden; die Verabschiedung dieses Gesetzes wird von den rechten Parteien verschleppt.

Was die Konfliktregelung offenbar auch erschwert, ist die gewerkschaftliche Organisationsform der Belegschaft von EL TENIENTE - knapp 8.000 Arbeiter und gut 4.000 Angestellte sind in vier Arbeiter- und fünf Angestellten-Gewerkschaften zusammengeschlossen; parteipolitische Profile der einzelnen Gewerkschaftsführungen sind klar erkennbar, wobei Kommunisten und Sozialisten die Arbeitergewerkschaften, die Christdemokraten die Angestellten-gewerkschaften anführen. Im Regionalverband, der alle neun Gewerkschaften zusammenschließt, ist jede mit der gleichen Delegiertenzahl vertreten. Ein Kompromißangebot der Regierung (ein Produktionsbonus) wird am 8. Mai von 5 der neun Gewerkschaftsführungen (darunter die 4 Arbeitergewerkschaften) angenommen, aber damit ist der Konflikt entgegen der Erklärung der Regierung keineswegs beigelegt: weite Teile der Arbeiterschaft und die Überzahl der Angestellten und Techniker verharren im Streik und erhalten dabei politische Unterstützung seitens der Christdemokraten. War während des Unternehmerstreiks im Oktober 1972 die Frontlinie klar zwischen Unternehmern hier, Arbeitern dort verlaufen, (so daß auch christdemokratische Arbeiter die Produktion in Gang zu halten suchten) so gelingt es der Christdemokratie im Mai 73, eine politische Front zwischen Arbeitern aufzureißen.

Dabei präsentiert sich die Christdemokratie als Verteidigerin "legitimer Arbeiterinteressen", linke Gewerkschafter und linke Parteien versuchen dagegen, ihre Basis dazu zu bewegen, von den ursprünglichen ökonomischen Forderungen abzurücken und die Produktion aus politischem Bewußtsein wieder aufzunehmen.

Verraten die Regierungsanhänger den Streik, sind sie Streikbrecher? Sind die Streikenden Reaktionäre?

Es kommt zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern. Aber offenbar stimmt auch die Front "links" - "christdemokratisch" nicht nahtlos, auch linke Arbeiter fühlen sich im Stich gelassen und verharren im Streik. Praktisch heißt das, daß die Produktion in EL TENIENTE nur schleppend wieder anläuft. Unmöglich, aus den Massenmedien jener Tage verlässliche Informationen zu erhalten - wie hoch der Anteil der Streikenden, wie hoch der der Arbeitswilligen ist, beruht offenbar weniger auf Tatsachen als auf der politischen Optik.

Am 11. Mai, so CHILE HOY in einer Chronik, haben ca. 43 % der Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen; am 28. Mai, nachdem die Regierung die Wiederaufnahme der Arbeit durch Dekret angeordnet hat, sind es 65 % der Arbeiter und 400 Angestellte (von über 4.000).

Politischer Schauplatz ist auch nicht die im Gebirge gelogene Mine selbst, sondern die Provinzhauptstadt Rancagua, ca. 100 km südlich Santiagos gelegen. Hier finden die Demonstrationen und Gegendemonstrationen statt. Daß Studenten und Studentinnen aus der elitären Katholischen Universität Santiagos anreisen und sich mit den streikenden Kupferarbeitern solidarisieren, daß die faschistische Organisation Patria y Libertad mitmischte - all das ist richtig, darf aber nicht verdecken, daß zwischen einem Teil der Arbeiter und der Regierung der UP - in diesem Moment - ein Riß existiert.

Und die Rechte verstand es, diesen Riß politisch auszuschlachten, sie versucht natürlich, ihn zu vertiefen. Als Zusammenstöße in Rancagua ein Todesopfer forderten, ein reaktionärer privater Sender der Großgrundbesitzer (Radio Agricultura) einen zweiten Toten plus verletztem Baby (30.5.) dazu erfand, von der Regierung daraufhin geschlossen wurde - da schlossen sich aus der Unzahl regionaler privater Sendestationen Dutzende zu einer landesweiten "demokratischen Kette" zusammen, um die Propagandaschlacht fortzuführen. Demgegenüber verfügte die Regierung über einen landesweit zu empfangenden Sender.

Die Kupferarbeiter in Chuquicamata, der weit im Norden Chiles gelegenen größten Kupfermine, stimmen am 16. Mai ab, ob sie, langer Tradition gewerkschaftlicher Kämpfe entsprechend, (die gegen die Yankees gerichtet waren) in einen Solidaritätsstreik treten sollen. Bei ca. 5.000 Teilnehmern ergibt sich eine knappe Mehrheit von rund 100 Stimmen gegen einen solchen Streik, also zugunsten der Regierungsposition.

Über die Provinz O'Higgins ist am 10. Mai angesichts der fortdauernden Unruhe der Ausnahmezustand verhängt, ein Militärkommandant führt das Regime über die öffentliche Ordnung. Demonstrationen sind verboten.

Im Juni - noch immer verharrt ein kleiner gewordener Teil der Arbeiter im Streik - beschließen sie einen Protestzug nach Santiago. Angesichts des Demonstrationsverbots organisiert die Rechte einen Autokonvoi, der die Arbeiter nach Santiago fährt. Daß Allende bereit ist, mit einer Delegation zu sprechen, bringt ihm harsche Kritik der Kommunistischen und Sozialistischen Parteien ein.

Personallen

Der Militärkommandant der Region ließ nach einem Zusammenstoß zwischen Demonstranten und Gegendemonstranten (23.5.) mit einem Todesopfer das Parteilokal der Sozialistischen Partei durchsuchen und einige Mitglieder verhaften.

Er wurde durch die Regierung von seinem Posten enthoben, die offizielle Version lautete: durch einen Militär mit größeren Vollmachten ersetzt. Der Stellvertretende Oberkommandierende des Heeres gab in einer Erklärung zu verstehen, daß "die von diesem Offizier ergriffenen Maßnahmen seine uneingeschränkte Unterstützung und Anerkennung " hätten.



die Kupfermine "El Teniente"

Der abgelöste Offizier hieß Cristián Ackerknecht, nach dem Putsch Kommandant und ein berühmter Folterer in Rancagua, 1977 Militärattaché in Bonn; nach einer Kampagne "Ackerknecht - Folterknecht" von der chilenischen Diktatur zurückberufen; 1982 Militärattaché in Washington.
- Der Stellvertretende Oberkommandierende, der den Persilschein ausstellte: General Augusto Pinochet.
Gewerkschaftsführer im Regionalverband EL TENIENTE: Guillermo Medina. Nach dem Putsch von der Diktatur als Gewerkschaftsführer bestätigt, als Vertreter der Arbeiter in Pinochets "Staatsrat" berufen.

QUELLEN: Chile HOY, Nr. 46-52 (April-Juni 1973).
Fernando Mires, Die Militärs und die Macht, Thesen zum Fall Chile. Berlin 1975 (Rotbuch 143) (Das Eingangszitat: S. 115).
Ercilla Nr. 1974 (Mai 1973).
Aufzeichnungen des Chronisten.

KOLUMBIEN

Die Wörter und die Wirklichkeit

Das Verhalten der verschiedenen Verbände und Klassen gegenüber der Regierung Belisario Betancurs

Es ist nicht leicht für diejenigen gewesen, die ausgehend von den verschiedenen Betrachtungsweisen der politischen und sozialen Überlegungen versuchten, für die Politik der Regierung Betancur die richtige Erklärung zu finden. Ein populäres Sprichwort besagt, daß "unter Blinden der Einäugige König sei". Wenn wir uns der politischen Natur der jetzigen Lage nähern wollen, müssen wir es ohne Scheuklappen tun. So können wir dazu beitragen, den Mythos von der Realität zu scheiden. Wir werden versuchen, die Haltungen der verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Ausdrucksweisen gegenüber der politischen und wirtschaftlichen Führung Betancurs zu sehen.

Von den ersten Scharmützeln bis zur Wartepause

Sobald Belisario Betancur die Ruder des Landes übernahm, entfesselte sich eine in der gegenwärtigen Geschichte Kolumbiens kaum dagewesene nationale Begeisterung. Der einfache Mensch von der Straße erwartete mit einem Federstrich die unmittelbare Realisierung des Wahlprogrammes der nationalen Regierung (programa bandera). Natürlich waren nicht wenige der sozialen Sektoren daran interessiert die Lösung ihrer Probleme unmittelbar zu sehen. Die Angst erreichte die Grenze der Verzweiflung, und das Volk konnte sich nicht zurückhalten seine Forderungen zu stellen, die zum Teil durch die Wahlversprechen gefördert worden waren. Ebenso handelten die Industriellen, Händler, Banquiers, Landbesitzer. Mittels ihrer wirtschaftlichen Verbände forderten sie die Erfüllung ihrer besonderen Interessen.

Trotz dieser Hoffnung, die zum Teil weiterhin besteht, verstärkte das Volk seine Forderungen durch ein effizientes Mittel: Die zivilen Streiks für die Leistung und Verbesserung der öffentlichen Dienste, (während der jetzigen Regierung gab es schon 45 zivile Streiks).

Die Studentenschaft, noch weit entfernt aus ihrer Krise herauszukommen, versucht die Auswirkungen der Erziehungspolitik von sich abzuschütteln: die Sparpolitik im Haushalt, die Verminderung der Lehrkräfte, die Erhöhung der Immatrikulationsgebühren, die Einführung der Fernuniversität auf Kosten der öffentlichen Universität (siehe den Fall der Pädagogischen Nationaluniversität (UPN), der National Universität (UN), der Quindío Universität, der Technologischen Universität von Pereira). Ebenso verhält sich die Arbeiterklasse. Ihre Opfergabe ist sehr hoch: Lohnerhöhungen unter 25 %; Militarisierung der Fabriken; Entlassungen, Tarifabschlüsse (pactos colectivos) und unternehmerische Unnachgiebigkeit.

Die Behandlung der staatlichen Konflikte und auch der bei ECOPETROL (kol. Erdölgesellschaft), PAZ DEL RIO (Stahlindustrie), COLPUERTOS (Verwaltungsgesellschaft der Häfen), lassen, in einem sehr gelegenen Moment, einen Lichtschimmer dessen erkennen, was die Arbeitspolitik der Regierung Belisarios ist und sein wird: Dialog-, Knüppel und Hinhaltungspolitik.

So gesehen wird die Lage für die Regierung problematisch. Was anfänglich nach ruhigen Flitterwochen aussah, braucht nicht lange, um in eine Konzertationspolitik umgewandelt zu werden, die den von Belisario Betancur vorgefundenen "Höllenturm" ertragbarer macht. Die Regierung holt ihre mächtigste Waffe hervor: den Konsens (Über-einstimmungspolitik).

In einem Brief an Hernando Santos Castillo, Leiter der liberalen Tageszeitung "El Tiempo" (6. Nov. 1982) hofft Belisario, daß seine Mitbürger der Regierung eine "Glaubwürdigkeitspause einräumen". Selbstkritisch gibt er zu, mit seiner Analyse die "bedrückende" Realität verfehlt zu haben, hebt aber hervor, das Land "vor dem Abgrund gerettet zu haben und ihm die Fähigkeit zur Reflektion wie - dergegeben zu haben.

Der Präsident erklärt dann seit Nov. 1982 wiederholt, daß "die Regierung sehr genau weiß, wohin sie geht", daß "sie weiß welchen Kurs sie hat, und das einkalkulierte Risiko des demokratischen Dialogs übernimmt" (Feb 9/83) und daß er selbst vom "zivilen Geiste" und vom Verständnis seiner Mitbürger begleitet werde.

Kein anderer weiß es besser als er, daß die Wiederholung, die Beharrlichkeit, die einfache bescheidene und versöhnliche Sprache effiziente Werkzeuge für die Durchführung seines politischen Vorhabens sind.

Deshalb läßt er keine Gelegenheit aus, die Gemüter zu beruhigen, - wie er mit eigenen Worten sagt, er löscht oder beugt Bränden vor, um die dringlichsten Probleme des Volkes mit dem Betäubungsmittel der Wartepause auf eine bessere Zeit zu verweisen.

Es ist wahr, der Populismus Belisarios hat die Herzen der Kolumbianer gefesselt, aber es ist ihm nicht gelungen ein wirkliches Problem des Volkes zu lösen, - und es wird ihm schwerlich gelingen. Es ist offensichtlich, daß es eine Amnestie für mehr als 2.000 Angehörige der politisch-militärischen Organisationen gegeben hat. Tatsache ist aber auch, - und selbst hohe Funktionäre der Regierung wie Leonor Uribe de Villegas (Instituto colombiano de bienestar familiar) stimmen dem zu -, daß die Guerilleros aufs Land zurückkehren mußten, ohne daß ihre Probleme gelöst wurden, so wie es die Amnestiedekrete versprochen hatten.

Und was wird mit den Tausenden von entlassenen Arbeitern geschehen, die ohne Dach und Erziehung durch die großen Ballungsgebieten Kolumbiens wandeln ohne eine Antwort auf ihre Ängste zu finden?

Die "Wartepause" ist nicht mehr als eine Schutzmauer gegen den Volkskampf. Wie lange wird sie erduldet?
Dies ist eine Frage, die die Volksbewegung selbst lösen muß.

In Feststimmung: die ökonomischen Verbände

Die allgemein angenommenen Haltungen der verschiedenen politischen Kräfte gegenüber der Regierung Betancur sind drei und werden drei bleiben.

An erster Stelle der bedingungslose Anschluß an die Regierung und die bedingungslose Unterstützung durch die herrschenden Klassen, ihrer politischen Parteien, ökonomischen Verbände, ihrer zivilen Vereinigungen des politischen Pro ekts Belisario Betancurs.

Nicht zuletzt gilt es, die Haltung der ökonomischen Gremien hervorzuheben.

Stellvertretend für die ANDI (Nationale Vereinigung der Industriellen) sagte Favio Echeverry Correa, daß die "Energie und Schnelligkeit

mit der die Regierung konfliktive Tätigkeiten unter Anwendung strenger ethischer Postulate behandelt hat, zur Genüge bezeugten dem Land wieder Verhaltensweisen geben zu wollen, die einige Apostel des leichten Gewinns schon als veraltet betrachten" (El Espectador, 11. Sept. 1982).

Er leugnet nicht seine Überzeugung, daß "die ANDI einen großen Anteil an der Veränderung der Politik und am Wesen der neuen Regierung hat, die das nationale Geschrei hat hören wollen". Und selbst sicher betonte er, daß die bis jetzt ergriffenen Maßnahmen gut sind, insbesondere diejenigen die zur Neuordnung des Finanzsektors und zur Überwindung der Krise beitragen" (El Espectador, 30. Dez. 1982).

Die ACOPI (Kol. Vereinigung der Mittel- und Kleinindustrie), die ANALDEX (Nationale Vereinigung der Exporteure), ASOBancaria (Bankenvereinigung), die ANIF (Nationale Vereinigung der Finanzinstitutionen) setzen ihrerseits mit den für sie typischen Vorbehalten, -nach besonderen Interessen -, auf die Wirtschaftspolitik der Regierung. Sie hoffen auf die Gesetze des wirtschaftlichen Notstands Einfluß nehmen zu können.

Die Maßnahmen zeugen davon. Im allgemeinen teilen die ökonomischen Gremien der herrschenden Klassen die Politik der Regierung Betancur und sind der Meinung, daß es sich um eine Reaktivierung des Kapitals handelt. Die Refinanzierung der Textilindustrie, die Anreize an den Finanzsektor, die günstigen Kreditbedingungen für die Baumwollanbauer, der Produzentenprotektionismus (Erhöhung der Subventionsquote für Export-Import-Geschäfte (CAT)), die Zinssenkung sollen dazubetragen, den kapitalistischen Akkumulationsprozeß voranzutreiben und insgesamt die Nationale Produktion zu reaktivieren.

Das Eigentümliche an der Haltung der ökonomischen Gremien liegt in der Tatsache, daß sie mit der Regierung auf individuelle Art verhandeln; hier liegt der Unterschied zu ihrem Verhalten während der Turbay-Verwaltung. Dies zeigt ihre ihnen eigene Betrachtungsweise der nationalen Probleme von der Seite der besonderen Interessen der Produktionssektoren des Landes.



STAATSPRÄSIDENT BETANCUR: Hoffnung für ein Land der Gewalt?

Sparprogramm oder verteilte Bürokratie?

Nie zuvor hatte man so eine rege Bewegung in dem Narino-Palast gesehen, wie die von den nationalen, regionalen, und lokalen Leitungen der bürgerlichen Parteien ins Rollen gebrachte Geschäftigkeit.

Der Konservatismus ist selbstverständlich an erster Stelle daran interessiert, von den Vorteilen die die neue Regierung anbietet, zu profitieren. Einer seiner Führer, Misael Pastrana Borrero, ist - hinter der Bühne - Drahtzieher des Regierungspalastes. Seine unwiderrufliche Entscheidung den Präsidenten zu unterstützen, ist mehr als eine Formalität. Sie repräsentiert den politischen Willensausdruck der Interessen einer der bürgerlichen Fraktionen, um staatlichen Aktivitäten direkt zu kontrollieren.

Der "Anti-Klientelismus", womit sich die Konservativen und Galanisten (Abspaltung der Liberalen Partei) gerühmt haben, hat sich als produktiv herausgestellt. Mindestens 50.000 Personen der staatlichen Verwaltung wurden in den ersten 5 Monaten der nationalen Regierung entlassen.

Waren sie überflüssig?

Warum wurden sie mittels typischer Klientelmaßnahmen ersetzt? Tatsächlich hat die Regierungsübernahme der Konservativen ihnen selbst eine glückliche Gelegenheit bereitet, um Ministerien, Botschaften und deszentralisierte Institutionen ohne Beeinträchtigung des bürokratischen Kuchens für die mit Betancur zusammenarbeitenden restlichen politischen Kräfte (Christdemokraten, Neuer Liberalismus und ANAPO), untereinander zu verteilen.

Wie man weiß, ist die alvaristische Fraktion der Konservativen kein Neu ling in diesen Aktivitäten. Der Kampf mit den "Unionistas" von Pastrana ist kein Hindernis, sich wie in einer Versteigerung die bürokratischen Plätze aufzuteilen. Der Chef der "Alvaristas", Alvaro Gomez Hurtado wurde mit der Stelle des Präsidentenvertreters (Designado a la presidencia) und der Botschaft in Washington belohnt.

Wie ist es möglich, daß der "Lopismo", eine Fraktion der Liberalen Partei, der sich damit brüstet, in der Opposition zu sein, von der bürokratischen Verteilung profitiert? - das fragen sich die Leute. Sogar sein Mitstreiter Santofimio Botero stellte fest, daß "man keine Opposition machen könne, wenn die Passagiere des "Schiffes" vom 30. Mai nach der Niederlage in die Regierung und in den Außen dienst gewählt werden" (EL Espectador, 20. Feb./83, S. 10 A).

Tatsächlich ist es wie der Expräsident Carlos Lleras Restrepo sagt: "Im Narino-Palast trifft man die verschiedensten Politiker an: Lopez Michelsen (Liberales Partei) und Alvaro Gomez Hurtado (Konservative Partei-CSU nahe Flügel); die Ex-Kandidatin der sozialistischen Partei Socorro Ramirez; Maria Eugenia Rojas de Moreno und überlebende Mitglieder der ANAPO (Nationale Volksallianz); anerkannte Kommunisten. Sie sind alle Kolumbianer und Belisario denkt, daß er sie ohne Vorurteile empfangen sollte" ("Lleras gegen die Opposition an B. Betancur", El Espectador, 20. Feb./83, S. 8 A).

Die imaginäre Opposition

Währenddessen steckt der Liberalismus weiter in der Krise. Er hat keine Route und seine ausgeprägteren Strömungen, der "Lopismo" und der "Galanismo", haben gegenüber der Regierung Betancur unterschiedliche Betrachtungsweisen und Haltungen. Sie haben zumindest im Augenblick keine Mechanismen und Antworten, die ihnen erlauben könnten, die nationale Initiative zu gewinnen.

Die Expräsidenten Lleras Restrepo (Galanismo) und Lopez Michelsen sind die Führer zweier gegenüber Belisario Betancur unterschiedlichen Haltungen des Liberalismus...

Etwas einen Monat vor Belisarios Amtsantritt ließ Lopez die kritische Beteiligung an der Regierung erkennen (El Tiempo, 18. Juli/82, S. 7 A).

Vor dem Parlamentarierrat des offiziellen Liberalismus stellte er 6 Monate später fest: "Auf kurze Sicht sind wir die Opposition, die Kolumbien gegenüber verpflichtet ist, die Fehler der Regierung zu korrigieren" (El Espectador, 18.02.83).

In einer zur Regierung Batancur offen opponierenden Haltung unterschied er (Lopez) drei Feindtypen, die sich die Regierung Betancur ausgedacht hat, um den Kongress wegen der Gesetzgebung über den wirtschaftlichen Notstand umzugehen (Gebrauch des Art. 122 der Verfassung/Delegierung gesetzgeberischer Maßnahmen an den Präsidenten): der innere Feind, der äußere Feind und der frühere Feind, dargestellt durch die Verwaltung Turbay Ayala.

Ab jetzt wird seine Haltung starr: die Beteiligung an der Regierung wird auf persönlicher Ebene und mit technischem Charakter vollzogen. Für Lopez befindet sich die Liberale Partei weder rechts von der Regierung Belisario Betancur, noch links vom Kommunismus, sondern genau innerhalb des Rechtsstaates", (EL Espectador, 18.02.83). Er ist davon überzeugt, daß aus der "kritischen Funktion" der Partei die Möglichkeiten der "Wiedereroberung der nationalen Initiative für den Liberalismus" erwachsen werden.

Währenddessen hat Lleras Restrepo, gemäß seiner Haltung, die nationalen Regierung zu unterstützen keine Gelegenheit aufzuzeigen verloren, daß "der Präsident seinem Programm einer Regierung mit nationalen Eigenschaften treugeblieben ist" und daß, die ersten 6 Monaten sehr "arbeitssam" und "produktiv" gewesen sind. Weiterhin sagt Lleras Restrepo, "sich in die Opposition zu begeben wäre für den Liberalismus ein unverzeihbarer Fehler, dem man in anderen Epochen gemacht hat".

Letzendlich wird er sich wahrscheinlich fragen: Warum eine Regierung opponiert, die, obwohl nicht von seiner Partei, sein Programm durchführt?

Lleras weiß, daß seine Politik im Regierungspalast willkommen ist. Warum muß man als Regierender gleichzeitig sein eigener Gegenspieler sein?

Die liberale Opposition - sowie die konservative Opposition in einem bestimmten Augenblick - stützt sich auf wahlkämpferischen Interessen. Es ist eine sehr oft von den Parteien oder politischen Fraktionen der Bourgeoisie benutzte Taktik, um die Kontrolle des Staates zu erlangen und auf keinen Fall handelt es sich um eine kritische und verändernde Haltung der bestehenden Ordnung.

Die Opposition von Lopez Michelsen ähnelt der Wut eines im Stich gelassenen Verlobten, der nicht aufhört, der Verlorenen nachzutrauern.

Die umherirrenden Kavaliere

Aufgrund ihrer klassischen oder traditionellen Einstellung und Haltung haben die Linksparteien - andere sagen: Oppositionsparteien - unterschiedliche Verhaltensweisen bezüglich der jeweiligen Regierungen.

Es gibt zwei typische Haltungen, die die Linke in Kolumbien charakterisieren: Auf der einen Seite nehmen die von der kommunistischen Partei geführten politischen Gruppen, im Rahmen ihrer politischen Auffassungen des "Staatskapitalismus" und der Teilung der Bourgeoisie in zwei Flügel: fortschrittlicher und reaktionärer Flügel, eine an die Verfassungsparameter des Rechtsstaates angepaßte Verhaltensweise ein.

Unter der Regierung Lopez Michelsen unterstützt die kommunistische Partei Kolumbiens, - was "die fortschrittliche Politik des Liberalismus" genannt wurde (Wahlrecht mit 18 Jahren, Beziehungen zu Cuba, Legalisierung der kommunistischen Gewerkschaft C.S.T.C.). Jetzt, unter Berücksichtigung der gleichen Betrachtungsweise über die Teilung der Bourgeoisie in einem fortschrittlichen und in einem reaktionären Flügel, unterstützt die KP Kolumbiens einen Konservativen. Der einzige Unterschied besteht darin, daß der ehemalige Führer des fortschrittlichen Liberalismus Lopez Michelsen heute in Opposition zur Nationalen Regierung steht.

In einem Brief an den Präsident verteidigte der Generalsekretär der KP, Gilberto Vieira, die These der "demokratischen Öffnung" und zeigte auf, daß der wesentliche Bestandteil eines wahrhaften Klimas der Öffnung die Aufhebung des in den kolumbianischen Institutionen verankerten Zweiparteienmonopols sei.

Zugleich hob er die Einzelheiten solcher politischen Reform hervor: Wiederherstellung der Rolle der Institutionen (Kongress, Landtage, Räte), Direktwahl von Bürgermeister und Ministerpräsidenten (Gouverneure), Beteiligung für alle an den Massenkommunikationsmitteln und Umwandlung der Polizei in ein ziviles Organ.

Als zentraler Punkt der Argumentation der Kommunistischen Partei kann man also die Verteidigung der demokratischen Öffnung erkennen. Dies würde für die Volksbewegung, nach Hernando Hurtado, bedeuten, "Belisario vor den Versuchen, die dem Prozeß der demokratischen Öffnung entgegenstehen, zu schützen. Ein Prozeß, der von der großen Mehrheit der Kolumbianer ersehnt wird", (Voz Proletaria, Hernando Hurtado, Front gegen die demokratische Öffnung).

Es ist nicht schwierig zu verstehen, warum "anerkannte Kommunisten" -wie Lleras sagt- auf den Gängen des Narino-Palastes spazieren gehen.

Man muß abwarten, wie lange sie das noch können.

Zwischen Prophezelung und Einsicht

Andererseits existiert in Kolumbien ein breiter, vielfältiger und widersprüchlicher politischer Sektor, der eine gegenüber der jeweiligen Regierung konstante Oppositionshaltung vertritt. Ihrer Meinung nach sind diese Regierungen oligarchisch, pro-us amerikanisch und systemerhaltend.

Nach Einschätzung einiger Beobachter ist diese Haltung eine strategische Vorgehensweise, die eine nicht immer von den pol. Linksbewegungen erfüllte geschickte und flexible Politik verlangt.

Auf jeden Fall ist es für diesen politischen Block Tradition in voller und offener Opposition zu den konservativen und liberalen Regierungen zu stehen.

Es gibt welche, die aus einer bestimmten politischen Perspektive heraus der Meinung sind, daß Betancur eigentlich nicht "das stabilisierende Element ist, das die anarchisierte kol. Wirtschaft benötigt". "Der politische Zerfall des Landes" - sagen sie - wird Betancur später ins Gefängnis der öffentlichen Verachtung bringen."

Es wird sogar gesagt, daß er die Vorstufe zum Faschismus sei.

Aber es findet sich auch innerhalb dieses politischen Blocks die Meinung, daß Belisario "eine Karte" der bürgerlichen Demokratie ist um die Glaubwürdigkeit der repräsentativen Institutionen wiederherzustellen, die Produktionssektoren zu reaktivieren, und die "bestehende Ordnung" wiederherzustellen."

Innerhalb dieser Sichtweise ist es sehr schwer zu behaupten, daß Belisario einen Dominostein in Richtung eines kommenden Faschistisierungsprozesses darstellt.

Diejenigen, die sich dieser Einschätzung zuordnen, sind der Meinung, daß die Nationale Regierung sich tatsächlich auf dem Wege der Ausbreitung und Verstärkung der bürgerlichen Demokratie befindet.

Für diesen Meinungsblock ist es einerseits wichtig, sich nicht in der Politik Belisarios auflösen; andererseits ist es für diesen Block auch wichtig, nicht in einen unproduktiven Maximalismus und Radikalismus zu verfallen.

Das Wichtigste wird darin liegen, die Fähigkeit, Initiative und den Organisationsgrad der Volksbewegung zu bestimmen, um eine unabhängige Verhaltensweise zu entwickeln ...

Auch wenn jeder von uns einen Prophet in sich birgt, dürfen wir nicht, um der Klarheit des Orakels Willen, die Einsicht vergessen, die uns lehrt, daß die Sonne nicht eher aufgeht, auch wenn wir früh aufstehen !

Ein Charakterisierungsversuch

Während die ersten sechs Monate der Betancur Regierung vergangen sind, eröffnet sich mit nicht wenigen Worten eine Bandbreite von Phänomenen, die von der Volksbewegung noch nicht geklärt worden sind.

Es bilden sich Fragestellungen, die man lösen muß:

A) Bestehen innerbürgerliche Widersprüche in der Regierung Betancur?

B) Welcher Art ?, C) Inwieweit kann man sagen, daß sich Belisario mit seiner Politik der Öffnung gegen den Militarismus stellt ?

D) Wie stark ist das reelle Vordringen des Militarismus in Kolumbien ?, E) Hat man wirklich die politische Natur der Nationalen Regierung verstanden ? F) Wie sieht und fühlt das Volk die Politik Belisarios ? G) Welche sind seine historischen Reichweiten ?, H) oder welche sind die Besonderheiten seines Populismus ?

Belisario hat mehrmals wiederholt, daß seine Regierung weiß "welchen Weg sie bestreitet, und daß sie das kalkulierte Risiko des demokratischen Dialogs übernimmt".

Der Begriff des Populismus wird jeden Tag gebräuchlicher, um die Nationale Regierung zu charakterisieren. Wenn wir diese Kategorie akzeptieren, müssen wir notwendigerweise ihren historischen Rahmen festlegen.

Obschon der lateinamerikanische Populismus gewisse gemeinsamen Charakteristika aufweist, besitzt er auch nicht zu übersehene nationale Besonderheiten. In Kolumbien stützt sich der Populismus auf den "Policlasismo", d. h., auf die Theorie, die die Harmonie und Klassenzusammenarbeit vertritt. Die Populisten beider Seiten rufen jetzt: "Keine brüderliche Ausschlachtung; es ist die Stunde der Versöhnung der Kolumbianer; vergiß den Haß und verzeih die Sünden". Auf diese Art verbindet sich der "Policlasismo" mit dem Nationalismus: die Heimat wird auf den Altar des politischen Lebens gehoben und die Nation wird zur Kampfahne der "Kolumbianer guten Willens". Vereint mit dem Vorhergehenden entsprechen die Methode und der politische Stil der Natur der "Nationalen Bewegung":

Dialog, Empfehlungen, versöhnlicher Geist, Versprechungen, Konzertation, Konsens und Integration der Volksbewegungen.

Das wäre das Allgemeine des Populismus. In den nächsten Nummern wird versucht werden, verschiedenen Aspekte der populistischen Regierung Betancurs aufzuleuchten.

BRASILILIEN

Der Zorn der Arbeitslosen von Sao Paolo

Zum ersten Mal seit 1964 waren die Gouverneure der Bundesstaaten in Brasilien im November 1982 direkt gewählt worden (siehe LN Nr. 109/110). Kurz nach ihrem Machtantritt wurden in São Paulo und Vororten Dutzende von Supermärkten von verzweifelten Demonstranten - meist Arbeitslosen - ausgeräumt.

Am 15. März übernahmen die neugewählten Gouverneure die Macht. In den wichtigsten Bundesstaaten regiert nun die Oppositionsfront PMDB und in Rio de Janeiro trotz versuchten Wahlbetrugs die PDT mit Leonel Brizola, dessen Vergangenheit noch heute ein rotes Tuch für die Militärs ist.

Gleich nach ihrem Amtsantritt unternahmen die Gouverneure der Oppositionsparteien mehrere Schritte, die trotz der kurzen Zeit zeigen, daß nun demokratische Veränderungen auf der Tagesordnung stehen werden. In São Paulo wurde das kostspielige Mammutunternehmen Paulipetro erstmalig auf Eis gelegt, um anderen, arbeitsintensiveren Projekten den Vorrang zu geben. In den verstaatlichten Betrieben sollen die Arbeiter zukünftig ein Mitbestimmungsrecht erhalten, was die Militärs dazu veranlaßte, sofort vor der Übergabe der U-Bahngesellschaft an Linksradikale (gemeint ist der PT) zu warnen. In Rio hat Brizola eine Sonderkommission eingesetzt, um die Verbrechen der Todesschwadron aufzuklären. Mehr als 100 Militärpolizisten wurden in diesem Zusammenhang schon angehört, mehrere verhaftet.

Ob die Oppositionsregierungen die in der letzten Zeit rapide zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bevölkerung schnell entgegenwirken können, ist jedoch fraglich: Der März verzeichnete mit 10,1% die höchste Inflationsrate seit Januar 1964 (vor dem Putsch) und die in den letzten drei Monaten akkumulierte Inflation (27,9%) ist die höchste der brasilianischen Geschichte. Allein in São Paulo gibt es 700.000 Arbeitslose, eine geschätzte Zahl die in den letzten Monaten stark angestiegen war. Die meisten von ihnen erhalten keinerlei Unterstützung. Wenn der brasilianische Mindestlohn schon weit unter dem Existenzminimum liegt, so ist die Lage von Langzeitarbeitslosen in den Großstädten jedoch noch viel aussichtsloser. Diese Aussichtslosigkeit ist der Hintergrund der Ereignisse vom 4.-6. April in São Paulo, und anschließend im Rest des Landes.

"Figueiredo bezahlt's!"

Anlaß war eine Demonstration des "Movimento contra o Desemprego e a Carestia" (Bewegung gegen die Arbeitslosigkeit und die hohen Lebenshaltungskosten), von verschiedenen Gewerkschaften und Oppositionsparteien als Nachfolgeorganisation des "Movimento contra o Custo de Vida" in Santo Amaro, einem industriellen Vorort von São Paulo gegründet.

Morgens um 8.00 Uhr versammelten sich etwa 2.500 Personen, meist Arbeitslose, aus dem Baugewerbe auf dem Platz des 13. Mai in Santo Amaro. Aufgerufen hatte das Movimento, aber auch das Büro des PMDB-Abgeordneten Aurélio Peres. Während der Kundgebung verloren die Organisatoren die Kontrolle über deren Verlauf. Obwohl sie zur Ruhe aufriefen, begannen viele Teilnehmer, die anliegenden Geschäfte und Supermärkte auszuräumen. Die Besitzer riefen die Polizei. Die wenigen Polizeiwagen, die sich im Viertel befanden, fingen daraufhin an, in Gruppen in ra-

sender Geschwindigkeit durch die Straßen zu fahren, um die Menge zu zerstreuen. Die Demonstranten ließen sich nicht einschüchtern und antworteten, in dem sie die Polizeiwagen mit Steinen bewarfen. Die Polizei war zu diesem Zeitpunkt völlig ratlos, denn andauernd wurde sie von anderen Orten zu Hilfe gerufen. Ein Fotograf der Zeitung "Folha" wurde belästigt und sein Flash zerstört, wahrscheinlich um Fotos zu verhindern, die zur Identifikation von Personen führen könnten. Außerdem wurde versucht, einen Wagen der TV Globo umzukippen. "Figueiredo bezahlt's!" wurde mehrfach von den Demonstranten/Räumern gerufen. Bei dem Supermarkt "Chacui" entstand eine Schießerei: die bewaffneten Besitzer gingen gegen die Menge vor. Ein Mann, der von der Arbeit kam, wurde am Kopf verletzt und mußte von Nahestehenden behandelt werden, da die Polizei sich weigerte ihm zu helfen. Aurélio Peres, von Montoro (dem Gouverneur) als Vermittler gesandt, wurde auch nicht angehört. Die Lautsprecherwagen der Organisatoren fuhren zwischen Polizeiwagen und Menge hin und her, ohne sich Verhör schaffen zu können. Nur für den nächsten Tag konnte noch ein neuer Treffpunkt am selben Ort angesetzt werden. Um 14.00 erschienen 3 Einsatzwagen der Polícia Militar a 20 PM's und ging gegen die alle Demonstranten mit Tränengas, gezückten Revolvern und Riesenknüppeln vor. Dabei wiederholte sich immer wieder dasselbe Schema: die Arbeitslosen versammelten sich, und drangen in einen Supermarkt ein, um ihn auszuräumen. Die PM erscheint, meistens zu spät, und knüppelt auf die übriggebliebenen "Räumer" wie Unbeteiligte, Kinder wie Erwachsene, ein.

Diese Vorgänge verbreiteten sich dann auf andere Stadtteile, wie dem Jardim São Luis. Dort drangen gegen 18.00 Uhr meist Jugendliche in 2 Supermärkte ein. Obwohl die Besitzer schließen wollten, wurden die Türen mit Steinen und Holzlatten eingedrückt. Die "Räumer" ließen sich auch nicht von den Sicherheitsbeamten einschüchtern, die Schüsse in die Luft abgaben. Die Plünderungen verbreiteten sich dann schnell über das ganze Viertel, und viele Bewohner beteiligten sich daran. Die wenigen Polizisten können nur zuschauen. Ein Polizeiwagen wird umgedreht. Bis dann auch hier die PM in Erscheinung tritt, aber bis 20.30 waren 6 Supermärkte und 5 Bäckereien im ganzen Viertel leergeräumt worden. Tausende von Bewohnern riefen wiederholt: "Wir haben Hunger!", "Wir haben Hunger!".

300 Demonstranten zogen von den Vororten zum Landesparlament von São Paulo, wo sie angehört wurden. Sie trugen ihre Forderungen vor und verlangten Nahrung. Um 17.00 versuchten ca. 100 Personen im 11. Polizeidistrikt die 70 Verhafteten zu befreien. Als ein "investigador" ("Tarzan") einen Schuß abgibt, zerstreut sich die Menge, um es um 19.00 noch einmal zu versuchen. Aber nun greift die Tropa de Choque der PM ein.

Bilanz dieses Tages (4.4.): 100 Verletzte und 70 Verhaftete. Einer der Organisatoren der Demonstration, José Lima Soares, beschuldigte die Polizei, die ursprünglichen Vereinbarungen gebrochen zu haben: "Die Polizei hat ihr Versprechen gebrochen, sie hat die Leute verprügelt und verhaftet, und dann war nichts anderes mehr möglich."



Der Marsch auf den Palast

Am nächsten Morgen (5.4.) versammeln sich die Arbeitslosen wieder auf dem Platz des 13. Mai. Um 8.00 befinden sich ca. 500 Personen auf dem Platz. Leute vom Komitee, Gewerkschaftsopposition, PT und PMDB reden. Die Reden werden unterbrochen von Sprechchören wie "Delfim muß erschossen werden!", "Delfim ist ein Dieb!", "Wir wollen Delfims Kopf!" (Delfim Neto ist der fettleibige Wirtschafts- und Finanzminister, und der wohl meistgehaßte Mann Brasiliens). Um 9.00 verläßt die Demo den Platz, inzwischen auf mehrere Tausend Personen angeschwollen. Die Organisatoren schützen durch Ordner einen Geldtransportwagen und bitten nicht gewalttätig zu werden. Aber um 9.30 verläßt ein Teil der Demonstranten die Demo und plündert den Supermarkt "Peg-Pag" ("Nimm und Zahl") mit Steinen und Knüppeln, auch ein Kiosk wird zerstört.

Die Militärpolizei kommt diesmal sofort, knüppelt auf die Leute los, und nimmt 6 fest. Die anwesenden Abgeordneten versuchen dies zu verhindern, und es entsteht ein Handgemenge.

In der Nähe des Gouverneurpalastes heißt eine Straße nach dem Vater des Präsidenten Figueiredo. Die Demonstranten holen das Straßenschild runter und zerstören es. Die Menge versammelt sich am Palast, vor dem Besuchereingang. Sprechchöre verlangen: "Aufmachen!". Die ca. 3.000 Demonstranten wollen direkt mit Montoro sprechen. Der Regierungssekretär Castelo Branco, am Tor, will nur die Leute vom Komitee empfangen, die reingelassen werden. Das Komitee stellt ihm sofort zu erfüllende Forderungen:

- Wasser für die Demonstranten
- Befreiung aller Verhafteten
- Omnibusse für die Rückkehr nach Santo Amaro.

Nur die erste und dritte werden von Castelo Branco akzeptiert. Das "Komitee" beschließt daraufhin, sich auf dem Platz vor dem Palast weiter zu versammeln. Die Menge steht dicht gedrängt an dem Gitter des Palastes, einige beginnen daran zu rütteln. Die Palastwache fängt an, auf die Hände der Leute zu knüppeln. Die Demonstranten empören sich, und wütend werden ca. 100 m Gitter eingedrückt. Sie drängen in den Garten, wo die Palastwache und die PM auf sie warten, und sie mit Knüppeln empfangen. Auch Abgeordnete, die sich zwischen Demonstranten und Soldaten stellen, werden niedergeknüppelt, Knallbomben und Tränengas werden eingesetzt, die Demonstranten reagieren mit Knüppeln und Steinen.

Nach 20 Minuten, um 13.00 Uhr, erscheint Montoro, der gerade mit den Gouverneuren Leonel Brizola und Tancredo Neves (PMDB-Minas Gerais) zusammensaß, vor dem Palast und erklärt, daß er das Komitee der Arbeitslosen empfangen werde. Diese unterbreitet ihm die Forderungen der Arbeitslosen:

- Arbeitslosenunterstützung ("salário desemprego") von Regierung und Unternehmern zu bezahlen
- 40 Stunden Woche ohne Lohnminderung
- freie Omnibusfahrten für Arbeitslose
- Recht auf medizinische Betreuung und Grundnahrungsmittel.
- gewerkschaftliche Rechte für Arbeitslose

Zu diesem Zeitpunkt kommt es im Zentrum von São Paulo zu Plünderungen. Ab 15.00 werden Geschäfte und Supermärkte geräumt, insgesamt ca. 300. Ein Polizeiwagen wird umgedreht. Um 16.00 kommt die Tropa de Choque der PM und geht wieder genauso gewalttätig gegen Räumer wie auch Unbeteiligte vor. An diesem Tag werden ca. 600 Personen verhaftet, viele Personen verletzt, und es gibt einen Toten.

Abends verspricht Montoro 40.000 Arbeitsplätze. Er klagt kleine Gruppen der Agitation an, die versuchen, die demokratisch gewählte Regierung zu destabilisieren. Alle Einheiten der II. Armee werden einsatzbereit gemacht.

Am 6.4., also dem 3. Tag, kommt es nochmal zu einer Demonstration im Zentrum von São Paulo. Aber die Truppe besetzt das ganze Zentrum sowie Santo Amaro. Alle Gruppierungen werden sofort auseinander getrieben. Knallbomben und Tränengas werden eingesetzt, ebenso die Kavallerie.

Spontaneität oder Manipulation?

Die Rechten, allen voran die Militärs, konnten zu Anfang ihre Schadenfreude über den Protest gegen den frischgebackenen Oppositionsgouverneur Montoro nicht verhehlen. Der Marineminister Maximiano da Fonseca meinte: "Die Oppositionsgouverneure werden jetzt sehen, wie gut es ist zu regieren". Dies veranlaßte Brizola, das ganze als ein teilweise von den Rechten inszeniertes Destabilisationsmanöver zu sehen. Angeblich seien in Rio und in São Paulo die selben Agitatoren, feingekleidet und mit Autos bzw. Motorrädern identifiziert worden. Auch ließen sich wieder Schreie nach mehr Law und Order vernehmen, in der Kritik an Montoros angeblichem Zaudern geübt wurde, wobei der Schritt, den Autoritarismus dann als einzige Möglichkeit anzupreisen, nicht weit ist. Verständlicherweise waren dies die Töne der "Associação Comercial" von São Paulo.



Die These der Linksinfiltration wird, mit verschiedener Intensität, von den Rechten bis hin zu Montoro als Erklärung gebraucht. "Solche Ereignisse finden nicht spontan statt" erklärte der "Arbeits"minister Murilo Macedo, der immerhin schon seit über 4 Jahren diese recht gut bezahlte Arbeit ausübt. Dementsprechend wird von Polizei, Geheimdiensten und Militärs nach Sündenböcken gesucht. Der SNI (bras. BND) beschuldigte den PC do B ("maoistische" KP) zu der auch der PMDB-Abgeordnete Aurélio Peres gerechnet wird. Diese These wird von der PC do B zurückgewiesen und ist auch schwer haltbar, denn offensichtlich sind sein Büro und er selbst immer als Vermittler zwischen Demonstranten und Montoro aufgetreten, selbst wenn die Demo von ihnen mitorganisiert war.

Aurélio Peres selbst, wie versch. andere PMDB-Mitglieder hielten "im PT untergeschlüpfte Trotzlisten und Rechte" für verantwortlich, was vom PT bestritten wird. Tatsächlich bilden linker PMDB-Flügel und PT zwei konkurrierende Bewegungen in Santo Amaro, eine Hochburg des "Movimento Popular". Mit Trotzlisten ist die ehemalige "Convergencia Socialista", heute "Alicerces" gemeint, deren Mitglieder des PT beigetreten sind. 2 Mitglieder dieser quantitativ ziemlich unbedeutenden dogmatischen Splittergruppe wurden am 5.4. mit Flugblättern verhaftet, die zum "Generalstreik gegen den General" aufriefen. Diese aufgesetzte Parole (Generalstreik für eine Bewegung von Arbeitslosen) zeigt, daß diese Gruppe eher hinter der Bewegung herrennt und versucht, sie für sich zu beschlagnehmen, als daß sie für deren Ausbruch verantwortlich gemacht werden könnte, selbst wenn dies in die manichäischen Konzepte einiger Militärs paßt.

Angesichts der Tatsachen ist es schwer, die Spontaneität der Supermarkträumungen zu leugnen, zumal sich ähnliche Vorfälle, wenn auch in geringerem Ausmaße, in anderen Teilen des Landes ereigneten. Am 8.4. wurde im von der PDS regierten Fortaleza versucht, mehrere Supermärkte auszuräumen, was die Polizei mit Tränengas und Knallbomben verhinderte. "Die Arbeiter und das Volk von Ceará sind ordentliche Leute" erklärte der Gouverneur, der Chaoten dafür verantwortlich machte. Er vergaß hinzuzufügen, daß Tausende von Beamten noch nicht einmal ihr Monatsgehalt von Januar erhalten hatten und einige sich auch an dem Plünderungsversuch beteiligten. Jeden Tag werden in dieser Stadt, laut Gewerkschaften, 600 Personen entlassen.

In Rio wurde am 11.4. ein Supermarkt von etwa 80 Personen ausgeräumt. Am selben Tag, versammelten sich ca. 2000 Arbeitslose im Morgengrauen vor der Tür eines Unternehmens im 17. Stock eines Bürohochhauses im Zentrum von Rio. Sie waren aufgrund einer Stellenanzeige in einer Tageszeitung erschienen. Die sehr vage Anzeige hatte nicht die Art der Arbeit noch den Lohn oder die Anzahl der Stellen angegeben. Als die versammelte Menge erfuhr, daß es sich nur um 10 Vertreterstellen handelte, die nur auf Kommissionsbasis bezahlt würden, zerstörte sie das Büro, und nahm den Frühstückskaffee der Angestellten und andere Objekte wie Stühle usw. gleich mit. Vor dem Bürohaus versammelten sie sich, blockierten die Straße, und riefen in Sprechchören: "Wir wollen Arbeit!" Es entstand ein Tumult, weil einige Steine auf Autos und Busse warfen, bis die Militärpolizei mit den ihr üblichen Methoden "aufräumte". Ähnlich hatte übrigens auch die Demo in Santo Amaro angefangen: Die Idee entstand beim vergeblichen Schlangestehen für einen Job bei der Fa. 'K-Suco'.

Als Montoro, wie alle anderen Gouverneure, bei Figueiredo um Audienz bat, konnten sie sich in einigen Fragen einigen. Der soziale Notstand als Hauptfaktor der Ereignisse wurde von beiden anerkannt. Montoro und die PMDB aber machen, zu Recht, die Wirtschaftspolitik des Regimes dafür verantwortlich, wo das Regime lieber zu exogenen Entschuldigungen (Weltkrise, Erdölpreise...) greift.

Folgende Sofortmaßnahmen verkündete die Regierung Montoro:

- Gründung von Arbeitsfronten ("Frentes de Trabalho"). 30.000 Personen sollen für 90 Tage lang für öffentliche Dienste angestellt werden (Straßenreinigung,...) 7.000 Arbeitsplätze im staatlichen Bausektor.
- alle Neubauten und Neuinvestitionen der staatseigenen Betriebe sind bis auf weiteres gestoppt. Alle diese Unternehmen müssen Montoro innerhalb eines Monats genaue Auskünfte über die anliegenden Arbeiten einreichen. Sicher ist schon, daß außer der Paulipetro auch die Via Leste (Stadtautobahnerweiterung) eingestellt wird.
- Nahrungsmittelverteilung der Regierung durch die Gewerkschaften. Auch zu privaten Spenden wurde aufgerufen. (Nach einer Idee von Kardinal Arns). Aufgrund dieser Ankündigung entstanden neue Tumulte, da am nächsten Tag Hunderte von Personen bei den Gewerkschaften Nahrungsmittel erfragten...
- Koordination versch. Organisationen für das vorhandene Stellenangebot, "Sistema Nacional de Empregos" und "Movimento Pro Trabalho" über Zeitungsannoncen (Allein am 7.4. wurden 9.937 Stellen angeboten)
- Die "Federação de Indústrias" von São Paulo FIESP verspricht keine Entlassungen im Augenblick mehr vorzunehmen.

Diese Ereignisse waren die erste schwere Probe für eine Oppositionsregierung. In wie weit kann Montoro heute noch den Anspruch erheben, die Interessen der mittellosen Bevölkerung zu vertreten?

Die kirchlicher Basisorganisationen CEB's kritisierten zu Recht an dem Verhalten der Regierung, daß die Polizei Montoro's zu erst überhaupt nicht, und dann mit extremer Gewalt eingegriffen habe. Ähnlich lautete die Kritik des Pt. Ebenso hat Montoro sich geweigert, den Arbeitslosen einen geeigneten Versammlungsort (Fußballstadion) zu Verfügung zu stellen, wie es gefordert wurde. Er wurde eigentlich erst durch den Druck von der Straße gezwungen, sich sofort mit dem Arbeitslosenproblem zu beschäftigen.

Diese Supermarkträumungen sind ein neues Phänomen insoweit, als die urbanen spontanen Explosionen in Brasilien bis jetzt andere Anlässe und andere Auswirkungen hatten: es waren in der jüngeren Vergangenheit vor allem die "Quebra-quebras" (Zerstörungen) von Vorstadtzügen (weil diese immer zu spät kamen und überfüllt waren bzw. sind) oder gegen die Autobusse (wegen Tarifierhöhungen). Die Invasion der Supermärkte und der direkte Zugriff auf das Allernötigste (selbst wenn Polizisten sich darüber aufregten, daß die Leute auch Yoghurt vom Multi Danone mitnahmen) zum Essen ist also erstmal neu. Allerdings ist die Invasion der Märkte in den Städten des Nordostens von der von Trockenheit heimgesuchten Landbevölkerung fast "Tradition". Und Santo Amaro ist eine Vorstadt São Paulos, deren Bevölkerung sich vor allem aus 'nordestinos' zusammensetzt. Außerdem mußten diese Migranten sich eine Parzelle für ihre Notunterkunft auch meistens erst nochmal durch eine Invasion sichern. Diese neue Art von Invasion ist somit auch als eine neue, spontane Antwort auf einen höheren Grad der Verelendung zu verstehen.

Im Augenblick ist eine Reorganisation der Arbeitslosenbewegung zu erwarten, da sie ihren Forderungskatalog nicht, oder nur teilweise durchsetzen konnte. Die Pro-CUT Kommission (für die Einheitsgewerkschaft) erklärte am 12.4., daß es jetzt darauf ankomme, sich mit den Führern der Bewegung zusammenzusetzen, um die Bewegung zu organisieren, damit diese nicht wieder in Straßenschlachten ende. "Wir werden keine Vollversammlung der Arbeitslosen mehr organisieren, wie wir ursprünglich vorhatten. Aber wir werden ein geschlossenes Treffen mit der Führung veranstalten, um die Bewegung zu strukturieren, damit diese, organisiert und mit fester Leitung, sich über die ganze Stadt ausbreiten kann, mit Komitees in jedem Viertel" erklärte der Präsident der U-Bahngewerkschaft von São Paulo, Mitglied der Pro-CUT.

Quellen: Folha de São Paulo, Jornal do Brasil, Isto é, Le Monde.



Amazonas: Staudämme, Energie und Malaria

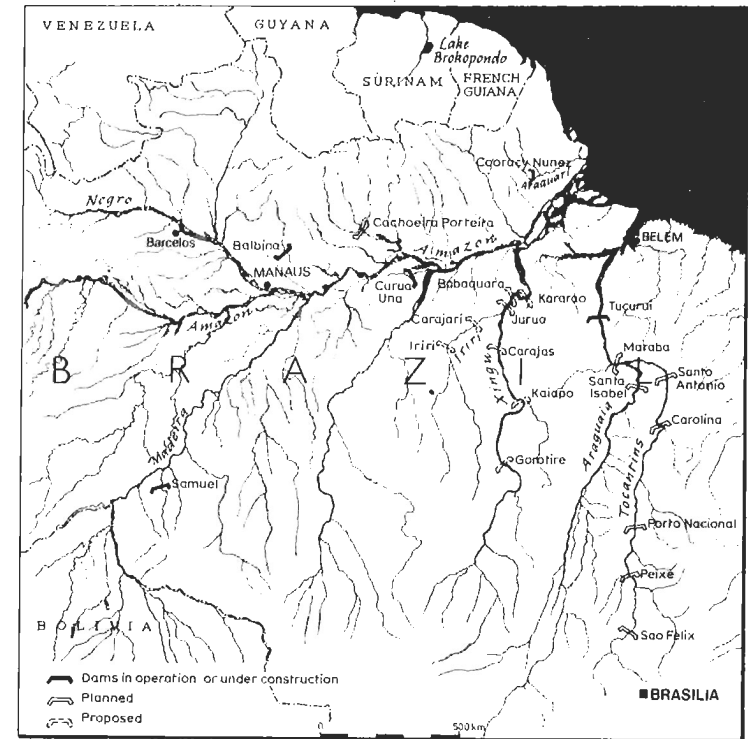
Brasiliens Energieprogramm sieht den Bau von riesigen Staudämmen im Amazonasbecken vor. Damit soll, laut Plan, bis zum Jahr 2000 über die Hälfte des Gesamtenergiebedarfs gedeckt werden. Die Energiekalkulationen, aufgestellt in den Jahren des schnellen Wirtschaftswachstums, sahen alle 7 Jahre eine Verdoppelung des Energiebedarfs vor. 1981 stieg der Energiekonsum in Folge des stagnierenden Wirtschaftswachstums jedoch nur um 4%, anstatt der vorgesehenen 14%. Brasilien hat bereits eine Stromüberkapazität von mehr als 25% erreicht. Der folgende Bericht von Catherine Caufield, veröffentlicht in der englischen Wochenzeitschrift NEW SCIENTIST (am 28. Oktober 1982), zeigt die katastrophalen Folgen, die sich bereits beim ersten großen Amazonas-Staudamm in Tucuruí abzeichnen.

Brasilien, flächenmäßig das viertgrößte Land der Welt, ist zwar reich an Eisen, Chrom, Diamanten, Mangan, Zinn, Kupfer, Bauxit und vielen anderen wichtigen Rohstoffen. Es besitzt jedoch nicht genügend Rohöl, um sein ehrgeiziges Wirtschaftsprogramm durchzuführen. Deshalb müssen 4/5 des Erdölbedarfs importiert werden, und das kostet Devisen..... Jetzt schon hat Brasilien die höchste Auslandsschuld der Welt (ca. 90 Milliarden Dollar bis Ende 1982), aber auch das Amazonasbecken mit einer Waldfläche von 3,5 Quadratkilometern und das hat Brasiliens Politiker auf die Idee gebracht. Das Energiepotential der Flüsse des Amazonasbeckens (der Amazonas-Fluß selbst nicht einbezogen) entspricht 100.000 Megawatt/Jahr. Bis zum Jahr 2000 plant die staatliche Energiegesellschaft, Eletrobrás, 22.000 Megawatt/jährlich von den Amazonas-Flüssen zu gewinnen, was 40% des gesamten vorgesehenen Energiebedarfs entspricht.

Das erste große Staudammprojekt im Amazonas ist der Tucuruí-Staudamm am Tocantins-Fluß mit einem Kostenpunkt von 4 Milliarden Dollar. Dabei sollen mehr als 2.000 Quadratkilometer überflutet werden; geplant ist ab 1984 eine jährliche Stromproduktion von 4.000 Megawatt, später bis zu maximal 8.000 Megawatt jährlich. Der Tucuruí-Damm wird der größte Brasiliens und der viertgrößte der Welt (und bei weitem der größte in einem tropischen Regenwald) sein.

Die bisherigen Erfahrungen mit Staudämmen in Tropenwäldern sind negativ ausgefallen. Erste Erfahrungen wurden 1964 mit dem Staudamm am Brokopondo-See in Hollands ehemaliger Kolonie Surinam (nördlich von Brasilien) gemacht. 1.500 Quadratkilometer Wald wurden damals überflutet. Als die Bäume im Staudammbecken zu faulen begannen, bildete sich Schwefelwasserstoff, und ein unerträglicher Gestank breitete sich über viele Kilometer aus. Zwei Jahre mußten Arbeiter am Staudamm Gasmasken tragen. Durch den Zersetzungsprozeß nahm der Säuregrad des Wassers immer mehr zu und das teure Kühlungssystem der Turbinen begann zu rosten. Die Reparatur- und Ersatzkosten beliefen sich auf 4 Millionen Dollar, mehr als 7% der Gesamtkosten des Staudammes.

Zur gleichen Zeit breitete sich auf der Oberfläche des Sees eine bis dahin in Surinam seltene Wasserpflanze, eine Hyazinthe (lat. *Eichhornia crassipes*), dermaßen schnell aus, daß die Navigation auf dem See schwer behindert wurde: die Zersetzungsprodukte der überfluteten Bäume stellten optimale Wachstumsbedingungen für diese Wasserpflanzen dar. Innerhalb eines Jahres bildete sich ein



dichtes Geflecht von Wasserhyazinthen mit einer Ausdehnung von 20 Quadratkilometern; ein Jahr später war bereits die Hälfte der gesamten Seeoberfläche mit den Pflanzen bedeckt.

Zersetzungs Vorgänge und üppig gedeihende Wasserpflanzen führten auch beim Staudamm Curua Una in der Nähe von Santarém (auch im Amazonasbecken, 2 Flugstunden von Tucuruí entfernt) zu Problemen. 1977 in Betrieb genommen, mit einem Wasserreservoir von lediglich einem Fünftel des Tucuruí-Staudammes, beklagten sich kurz darauf Einwohner in bis zu 60 Kilometer Entfernung über den Schwefelgestank. Die größten Schwierigkeiten begannen aber erst, als dieser aufhörte. Schon 1982 waren beide Stahl-Turbinengehäuse durch saure Wasser verrostet: Der Ersatz durch Edelstahlgehäuse kostete mehr als 5 Millionen Dollar. Außerdem war der Curua-Una-See innerhalb kürzester Zeit mit Hyazinthe und Seegras überdeckt. Da die Hyazinthen einen Großteil der Pflanzen überwucherten, jedoch selbst als Nährstoff nicht in Frage kamen, starben die meisten Fischarten aus; das ökologische Gleichgewicht wurde zerstört.

Bei Jupia, einem Staudamm am Paran-Fluß außerhalb des Amazonasgebietes, wurden für den Turbinenschutz vorgesehene Spezialfilter durch die Hyazinthenmasse so schwer beschädigt, daß die Wasserwerke des Staudammes gelegentlich außer Betrieb genommen werden mußten.

Aber alle diese Probleme bedeuten nur ein kleineres Übel im Vergleich zu der Tatsache, daß die wucherartig wachsenden Wasserpflanzen ideale Nährstoff- und Sauerstoffverhältnisse für die Verbreitung von zwei der gefährlichsten Epidemien bieten, die den Menschen befallen können: Malaria und Schistosomiasis (auch als Bilharziose bekannt).

Die Malaria war in Tukurui bereits vor dem Bau des Staudammes weit verbreitet (bei einer 1976 durchgeführten Untersuchung war ein Fünftel der anliegenden Bevölkerung an Malaria erkrankt). Für die Malaria übertragende Moskitos (Anopheles) werden sich auf dem Tukurui-Staudamm optimale Wachstumsbedingungen anbieten.

Erreger der Schistosomiasis sind parasitäre Saugwürmer, die durch einige Wasserschneckenarten auf den Menschen übertragen werden (beim Arbeiten am Wasserrufer, Bädern, etc.) Einmal in den Blutkreislauf gelangt, entwickeln sich die Larven und legen neue Eier in der (Harn- und Gallen-)Blase, in den Genitalien, in den Lungen, im Rückenmark und in anderen Geweben. Fieber, Durchfall und Leberzirrhose sind die gewöhnlichen Folgeerscheinungen. Bisher ist keine wirklich wirksame Therapie gegen Schistosomiasis bekannt; alle Erkrankungsformen können zum Tod führen.

14 Millionen Brasilianer sind an Bilharziose erkrankt, zum jetzigen Zeitpunkt scheint der Tocantins-Fluß nicht verseucht zu sein. Die übertragenden Wasserschnecken sind jedoch in Nachbargegenden vorzufinden, und die Zerfallsprodukte der Bäume sowie die alles überwuchernden Wasserhyazinthen werden optimale Bedingungen für ihre Verbreitung herstellen. Dies wurde bereits 1977 in einem Gutachten für die Electronorte (Tochtergesellschaft von Electrobás und zuständig für die Stromerzeugung am Tukurui-Staudamm) vom Ökologen Robert Goodland (angestellt bei der Weltbank) festgestellt!

Für die weitgehend erfolgreiche Zerstörung der Wasserhyazinthen auf der Oberfläche des Brokopondo-Sees gab die Regierung von Surinam 2,5 Millionen Dollar aus. Dazu wurde 2,4-Dichlorophenoxy-Essigsäure gesprüht, eine der Hauptkomponenten von Agent Orange, das von der US-Armee im Vietnam-Krieg als Entlaubungsmittel verwendet wurde. Den Indianern und anderen Bewohnern des Sees wurde damit die Lebensgrundlage entzogen, der See war vergiftet.

Die entscheidende Einflußgröße beim Zerfallsprozeß der Bäume im Wasserreservoir ist die Konzentration an gelöstem Sauerstoff. Hat der See im Verhältnis zur Tiefe eine kleine Oberfläche und stagniert das Wasser, so findet ein anaerober Zerfall (ohne Sauerstoffverbrauch) statt. Unter diesen Bedingungen kann der Zersetzungsprozeß mehrere Jahre dauern. Dabei bilden sich entzündliche Gase wie Methan und Wasserstoff, außerdem Schwefelwasserstoff und Kohlendioxid, was wiederum den Säuregehalt des Wassers erhöht. Die negativen Folgeerscheinungen des aerobischen Zerfalls beschränkten sich nicht nur auf die unmittelbare Umgebung des Brokopondo-Sees, sie zeigten sich in Entfernungen von bis zu 90 Kilometern: dahinsiechende Fische in Regionen, die mit sauerstoffarmem Wasser aus dem See versorgt wurden.

Ist der See groß genug und relativ flach, so daß Sonnenstrahlen bis zu den Pflanzen unterhalb der Wasseroberfläche gelangen, und findet eine ausreichend turbulente Wasserströmung im See statt, so ist der Zerfall aerobisch und der Zerfallsprozeß an sich wird beschleunigt. Diese Bedingungen treffen auf den Tukurui-Damm zu; die Folgeerscheinungen werden schneller sichtbar sein, der Ablauf insgesamt aber schneller abgeschlossen sein. Dieser Vorgang ist bereits in den Randgebieten des Staudammes zu experimentellen Zwecken eingeleitet worden. Tausende von Baumgerüsten ohne Blätter, Äste und Rinde ragen aus dem Wasser und verleihen der Gegend ein gespenstiges Aussehen.

Das Gebiet, welches bei Tukurui überflutet werden soll, enthält hochwertiges Nutzholz im Wert von mehreren Milliarden Cruzeiros, das ungenutzt zerstört werden soll, obwohl Brasilien, trotz des riesigen Waldbestandes, Holz importieren muß! Aus zeitlichen Gründen weigerte sich Electronorte anfangs, das zu überflutende Gebiet roden zu lassen; nach Bekanntgabe der sich abzeichnenden Schäden, beschloß die Gesellschaft, wenigstens Teilgebiete im zukünftigen Staudammbecken roden zu lassen. Jahre vergingen, bis ein Unternehmen mit Namen CAPEMI mit den Arbeiten beauftragt wurde. Dieses Unternehmen, eher bekannt als Rentenversorger für die Militärs, besaß jedoch keine Erfahrungen auf diesem Gebiet; so gehen die Arbeiten nur langsam voran und die brasilianischen Behörden erwägen den Einsatz von Agent Orange....

Kein Mensch kann die genauen Folgen der Überflutung der Wälder bei Tukurui vorhersehen. Vertreter von Electronorte hoffen, daß sich die Erfahrungen von Brokopondo nicht wiederholen werden. Sie setzen dabei auf den prognostizierten schnelleren Zerfallsprozeß der überfluteten Wälder.

Einige hundert Meter entfernt vom Staudamm, entlang der neugebauten staubigen Lieferstraße, stellt sich das Problem genau umgekehrt: hier findet man auf beiden Seiten der Straße große Viehfarmen auf gerodetem Gebiet, der Waldbestand ist dezimiert worden. Dadurch wiederum entstehen zwei Probleme: das erste ist die Erosion, die die Verschlammlung des Sees und der Seitenflüsse fördert; das zweite Problem entsteht durch eintretende Klimaveränderungen: einsetzende Trockenperioden stellen den hundertprozentigen Einsatz der Turbinen in Frage.

Brasilien ist das Land der Welt, das am meisten Boden durch Erosion verliert: ca. 5.000 Milliarden(!) Kubikmeter/Jahr. Das entspricht ca. 18 Tonnen verlorenem Ackerboden pro Hektar Anbaufläche.

Die Aussicht auf den Verlust eines Milliardenprojektes, zerstört durch Verschlammlung, welche wiederum durch Rodung der anliegenden Gebiete eines Staudammes verursacht worden ist, erscheint auf den ersten Blick unwahrscheinlich. Es gibt aber bereits Beispiele dafür. Das Anchicaya-Reservoir in Kolumbien verschlammte fast vollständig - in einem Zeitraum von 10 Jahren. Das Ambuklao-Reservoir in den Philippinen, dessen Kosten erst nach 60 Jahren Stromerzeugung amortisiert werden sollten, wird voraussichtlich nach 32 Jahren verschlammte sein. Intensive Landwirtschaft entlang des Rio Alto Pardo in Brasilien führten zur rapiden Abnahme des Flußstromes und damit zur Bodenerosion; 1977 wurden dadurch zwei Staudämme entlang des Flusses zerstört.

Electronorte kämpft bereits gegen die einsetzende Bodenerosion im anliegenden Bereich des Staudammes. Die sehr aufwendigen Bepflanzungsversuche mit Gras scheiterten bisher, da schon der erste Regen die angepflanzte Bodenoberschicht weggeschlammte hat. Um das 4 Milliarden Dollar-Projekt vor einsetzender Verschlammlung zu schützen, müssen die Behörden nicht nur in den Gegenden um den Damm herum die Waldrodung verhindern, sondern auch in dem gesamten Bereich des Flußbeckens - was einer Gesamtfläche von 384.000 Quadratkilometern entspricht!

Brasiliens Rechtsordnung kann ein beeindruckendes Register an Naturschutzgesetzen aufzuführen, die aber so gut wie gar nicht befolgt werden, obwohl sich insgesamt mindestens sechs verschiedene Behörden mit deren Einhaltung beschäftigen (das Landwirtschafts-, das Planungs-, das Innen-, und Umweltschutzministerium, die Forstbehörde und SUDAM).

Ein weiteres schwerwiegendes Problem stellt die Bedrohung der in diesem Gebiet seit Jahrhunderten ansässigen Indianerstämme dar. Im Falle des Tukurui-Dammes werden drei Reservate betroffen sein, welche von den Parakanan- und den Gavioes-Stämmen bewohnt werden. Ein Reservat wird fast vollständig, ein anderes teilweise überflutet werden; zusätzlich soll die noch zu bauende Transamazonische Schnellstraße dieses Gebiet überqueren. Das dritte Reservat, welches Ende der 60er Jahre durch den Bau einer Bundesstraße in zwei Teile dividiert wurde, soll durch eine elektrifizierte Bahnstrecke und ein Hochspannungsstrom-Kabelsystem überquert werden.

Beide Indianerstämme haben bereits die Vorzüge der modernen brasilianischen Zivilisation zu spüren bekommen. Anfang 1971 kam erstmals eine Siedlung von 150 Parakanan mit weißen Menschen in Kontakt. Bis Ende des Jahres waren 68 Indianer an Malaria, Grippe oder an den Folgen psychischer Belastung gestorben. Viele Mitglieder des Parakanan-Stammes begingen kollektiven Selbstmord. Sie hörten auf zu jagen, anzupflanzen, bekamen keine Kinder mehr und verloren den Lebensmut. Als ein Ergebnis des Goodland-Berichtes und des Druckes von seiten brasilianischer Anthropologen, willigte Electronorte ein, die Parakanan-Indianer wieder in die Nähe ihrer ehemaligen Gebiete anzusiedeln. Seitdem sind mehrere Frauen des Parakanan-Stammes schwanger geworden. Doch die Gegend wird durch Siedler stark bedroht (das Siedlungsgebiet steht nicht unter Reservatschutz).

Nach einer schweren Zeit, in der die Gavioes-Indianer fast 70% ihrer Bevölkerung innerhalb von wenigen Jahren nach dem Kontakt mit weißen Menschen verloren, haben sie sich erstaunlicherweise erholt. Die Gavioes betreiben heute ein einträgliches Geschäft durch das Sammeln von Nüssen in ihrem Gebiet. Mittlerweile beschäftigen sie eine Anzahl von brasilianischen Arbeitern; bekannte Architekten und Anwälte vertreten ihre Interessen in Brasília. Nach schwierigen Verhandlungen nahmen die Gavioes schließlich eine Entschädigung von Electronorte für die Verlegung eines Hochspannungs-Stromnetzes durch ihr Gebiet an.

Kurz nach Beendigung der Verhandlungen kündigte die Regierung einseitig ihre Absicht an, durch das Gebiet der Gavioes eine elektrifizierte Bahnstrecke zu bauen (der Eisenbahnbau ist Teil des Carajás-Projektes; das 5 Milliarden Projekt wird mit Hilfe von Japan, den USA und der EG finanziert). Nach Fertigstellung der Eisenbahnstrecke werden täglich 12 Züge mit durchschnittlich 160 Waggons 20 Kilometer durch das Indianerreservat verkehren. Die Instandhaltung der Eisenbahn wird den Bau von Zubringerstraßen, Arbeitersiedlungen, Sand- und Kiesgruben mit sich bringen, und damit Umweltverschmutzung und die Zerstörung des Indianerreservates verursachen. Im Augenblick ist der Bau der Eisenbahnstrecke gestoppt worden, während die Gavioes-Indianer und die Regierung um die Entschädigungssumme streiten.

Das Hauptziel von Tucuruí ist die Förderung der industriellen Entwicklung im Amazonas-Becken durch die Versorgung mit billigem Strom. Die Eisenbahn, welche Eisenerze von Carajás bis zum Hafen von São Luís befördern soll, wird einer der Hauptabnehmer sein. Weiterhin sollen mehrere bauxitverarbeitende Unternehmen als Partnergesellschaften (joint-ventures) mit brasilianischer Kapitalbeteiligung angesiedelt werden.



Eines der Hauptargumente, das laut Regierung für den Bau des Tucuruí-Dammes spricht, ist die Substitution von Erdölimporten (im Werte von 9 Milliarden Dollar jährlich). Der Tucuruí-Damm soll durch seine Wasserwerke das Energieäquivalent täglich liefern, das 400.000 Fässern Rohöl entspricht, und damit dem Land täglich 12 Millionen Dollar Devisen ersparen (bei einem angenommenen Preis von 30 Dollar/Fass Rohöl). Aber diese Rechnung geht nicht auf, denn: um die ausländischen Finanzspritzen für das Carajás-Projekt zu erhalten, mußte die brasilianische Regierung den ausländischen Investoren extreme Steuervergünstigungen, großzügige Importquoten und die Stromlieferung zu einem Drittel (!) des gewöhnlichen Preises zugestehen. Normalverbraucher und brasilianische Industrieniederlassungen, die brasilianischen Steuerzahler also, die die Kosten des Dammbaus getragen haben, werden keinen Preisnachlaß für ihren Strombedarf erhalten.

Weiterhin scheinen die Einsparungen durch verminderte Erdölimporte fragwürdig zu sein. Wie schon in der Einleitung angeführt, hat Brasilien zur Zeit eine Stromerzeugungsüberkapazität von 25%. Brasiliens Strombedarf stieg 1981 nur um ca. 4 %, anstatt der vorgesehenen 14%. Auf jeden Fall wird der größte Teil des in Tucuruí produzierten Stromes nicht den Erdölbedarf ersetzen. Tucuruí wird neue Verbraucher im Norden zu Discount-Preisen mit Energie versorgen; der engbesiedelte Süden Brasiliens mit hohem Energiebedarf wird dadurch jedoch nicht entlastet.

Die Pläne für neue Wasserwerke begrenzen sich nicht auf den Tucuruí - Damm. Eine Reihe von acht großen Staudämmen (wovon Tucuruí der erste sein soll) und neunzehn kleineren Staudämmen entlang des Tocantins und dessen Seitenflüssen sind vorgesehen. Electronorte schätzt eine jährliche Stromerzeugung von 22 000 Megawatt - das ist mehr Strom als heute ganz Brasilien verbraucht. Das Tocantins-Wasserwerk-Projekt wird den Fluß in eine Kette von Seen mit einer Gesamtlänge von 1900 Kilometern verwandeln, von Tucuruí bis 125 Kilometer vor Brasília.

Electronorte will auch neun oder zehn Staudämme entlang des Xingu-Flusses bauen. Zwei mögliche Projekte werden anvisiert, wovon eines die Überflutung einer Fläche von ca. 6 000 Quadratkilometern vorsieht, wovon auch Altamira, die drittgrößte Stadt des Amazonas, betroffen wäre. Mehrere tausend Indianer und auch viele andere Menschen werden ihr Land und ihre gewohnte Lebensumgebung verlieren, unabhängig davon, welches von beiden Projekten durchgeführt wird. Diese Pläne wurden 1978 veröffentlicht. Vier Jahre später hatte FUNAI, die dafür zuständige Indianerbehörde, noch keinerlei Untersuchungen über die Folgen dieser Projekte für die betroffenen Indianer angestellt. Die beiden ersten Staudämme, die am Xingu-Fluß gebaut werden sollen, werden eine kombinierte Stromerzeugungskapazität von jährlich 14 000 Megawatt haben, ungefähr die doppelte Strommenge wie Tucuruí.

Zusätzlich zu diesen beiden riesigen Staudammprojekten werden mindestens drei weitere hydroelektrische Projekte im Amazonasbecken geplant. Das umstrittenste ist der Balbina-Staudamm, ein brasilianisch-französisches Partnerschaftsunternehmen, das für die industriell schnell wachsende Freihandelsstadt Manaus vorgesehen ist. Obwohl der Balbina-Damm die gleiche Größe wie der Tucuruí-Damm haben soll, wird die Stromerzeugungskapazität im Vergleich bei weniger als 4% liegen. So wird der Preis für in Balbina erzeugten Strom viermal höher sein als in Tucuruí. Das Balbina-Becken soll, ähnlich wie Tucuruí, selektiv gerodet werden, bevor es ab 1986 mit Wasser gefüllt wird. Trotzdem wird das Problem mit dem Zerfall der Bäume schwerwiegende Folgen in Balbina haben, die selbst von Angestellten der Electronorte zugegeben werden. Der Bau des Balbina-Staudamms begann 1981, Umweltuntersuchungen befinden sich aber immer noch in der Anfangsphase.

Balbina wird einen großen Teil des Waimiri-Atroari-Indianerreservates überfluten. Die dort ansässigen 2.000 Mitglieder des Waimiri-Atroari-Stammes

sind bisher weder befragt worden, noch scheint FUNAI Umsiedlungspläne vorzuziehen.

Die Erfahrungen mit dem Tucuruí-Staudamm werden wohl kaum für die weiteren Staudammprojekte angewandt werden, denn das Geschäft mit den Wasserwerken in den tropischen Regenwäldern läuft auf vollen Touren. Es stellt sich nur die Frage, was der Preis sein wird, den Brasilien für die mißachteten Erfahrungen aus der Vergangenheit bezahlen wird.

LETZTE ENTWICKLUNG: ZUSPITZUNG DER LAGE IN TUCURUI

Die Skandale in Brasilien um den Staudamm Tucuruí reißen nicht ab.

Wie bereits im vorausgehenden Artikel beschrieben, wurde 1981 die Firma CAPEMI mit der Abholzung eines Drittels des Waldbestandes im Staudammbecken (ca. 65.000 Hektar) beauftragt. Dieses Unternehmen, bis dahin als Pensionskasse der Militärs bekannt, besaß keine Erfahrung auf diesem Gebiet - der Auftrag konnte gerade zu 30% von ihr erfüllt werden. Ausserdem wurde CAPEMI dringend verdächtigt, Teile des gerodeten Waldes illegal verkauft zu haben. Anfang dieses Jahres kündigte der Landwirtschaftsminister Brasiliens den Abholzungsvertrag mit CAPEMI. Daraufhin kündigte die Firma ihrerseits am 10. März ca. 2.000 Arbeitern, die zur Erfüllung des Waldrodungsprogramm in Tucuruí eingesetzt worden waren.

Die Lage der Arbeiter, denen CAPEMI bereits mindestens 2-3 Monatsgehälter schuldete, wurde mehr als prekär. Als Mitte März die Konkursmeldung von CAPEMI bekannt wurde, besetzten die Arbeiter die drei Rodungslager; Maschinen und Ausrüstungsgüter wurden in Erwartung einer Entschädigung vorerst einbehalten.

Aber nicht nur die Lage von den entlassenen Arbeitern ist äusserst schwierig. Denn eine bisher noch nicht genau erfaßte Anzahl von Einwohnern im Bereich des Staudammbeckens wird ihr Land und ihre Bleibe im Laufe des nächsten Jahres verlieren (besonders betroffen sind die Ortschaften von Tucuruí, Remansão do Centro und Jatobal, sowie die Einsiedler der Gegend um Ipixunga, Repartimento und Itupiranga).

Die von Electronorte ausbezahlte Entschädigungssumme betrug im Durchschnitt 30.000 Cruzeiros pro Haus (im April 83 war 1 DM = ca. 200 Cruzeiros, d.h. die Entschädigungssumme entspricht z.Z. ungefähr 150 DM). Das Versprechen, die betroffenen Bewohner in einer gleichwertigen Gegend neu anzusiedeln, wurde von Electronorte bisher nicht eingehalten.

Wichtiger als die Lösung der sozialen Probleme, die im Zusammenhang mit dem Bau des Tucuruí-Dammes entstanden sind, erscheint der brasilianischen Regierung die möglichst baldige Stromproduktion in Tucuruí, die bisher um mehr als zwei Jahre verschoben werden mußte; die Kosten des Staudammprojektes sind inzwischen auf fast 5 Milliarden Dollar angestiegen. Spätestens Ende 1984 sollen die Turbinen am Staudamm eingesetzt werden. Die Füllung des Staudammbeckens soll ab Januar 84 beginnen.

An eine Rodung des Waldbestandes in so kurzer Zeit ist nicht mehr zu denken - obwohl dabei Edelhölzer im Werte von 1,2 Milliarden Dollar verloren gehen werden. Der für die kommenden Jahre vorgesehene Energiebedarf für die Anliegerbundesstaaten (Pará, Maranhão und Goiás) liegt weit unter dem Stromerzeugungspotential von Tucuruí.

(Für 1987 hat Electronorte einen Energiebedarf von insgesamt 1.850 Megawatt berechnet, die Stromerzeugungskapazität der Wasserkraftwerke soll dann bereits über 4.000 Megawatt jährlich liegen).

Trotzdem ist für die brasilianischen Militärs in diesem Fall Eile das Gebot der Stunde. Das Conselho de Segurança Nacional (Nationaler Sicherheitsrat) hat den zuerst untersagten Einsatz von Entlaubungsmitteln zur Vernichtung des Waldbestandes im Tucuruí-Becken freigegeben.

Der Auftrag, der bereits im Oktober dieses Jahres starten soll, wird von dem Instituto Nacional de Pesquisas da Amazonia - INPA (Nationales Institut zur Erforschung des Amazonas) durchgeführt. "E o preço do progresso (das ist der Preis für den Fortschritt)" erklärte Henrique Bergamin Filho, Präsident der INPA, der sich selber einen Ökologen nennt. Bergamin versuchte Mitte April die Gemüter zu besänftigen mit der Nachricht, daß zur Entlaubung "ein harmloses, biologisch abbaubares Präparat aus Pflanzenhormonen eingesetzt werden soll, welches den Alterungsprozess der Bäume und den Wurzelzerfall beschleunigt, ohne weitere Folgen für die Umgebung zu haben".

Die Existenz eines derartigen Präparates wird unter anderem vom brasilianischen Staatssekretär für Umweltschutz, Paulo Nogueira Neto, bestritten, der den Einsatz von chemischen Mitteln zur Vernichtung von Regenwäldern zu verhindern sucht.

Wie im vorausgehenden Artikel bereits beschrieben, wird die Entlaubung höchstwahrscheinlich durch Einsatz von 2,4 D (2,4-dichloro-phenoxy-essigsäure) und von 2,4,5 T (2,4,5-trichloro-phenoxy-essigsäure) durchgeführt werden. (Bei der chemisch-industriellen Herstellung dieser Produkte fällt das hochgiftige Dioxin als Verunreinigung an). Die ökologischen Folgen dieser Entlaubungsmethode, von Catherine Caufield im 'New Scientist' bereits angedeutet, sind in ihrer gesamten Wirkungsbreite heute noch nicht abzusehen.



COSTA RICA

Die Widersprüche spitzen sich zu

Costa Rica wird zur Zeit zumeist "von außen" betrachtet, in seiner Position bezüglich Nicaragua. Auch wenn dieser Aspekt im folgenden Artikel breiten Raum einnimmt, soll vor allem nach den gegenwärtig wichtigsten inneren Widersprüchen der costaricanischen Politik gefragt werden, um diese Politik besser einschätzen zu können.

Zwischen Krieg und Frieden: Die Aussenpolitik

Die Außenpolitik Costa Ricas - und das ist vorrangig die Mittelamerikapolitik - stellte sich in den letzten Wochen und Monaten als ein widersprüchliches Konglomerat unterschiedlichster Deklarationen und Handlungen dar. Nachdem die Regierung Präsident Monges sich seit dem Amtsantritt im Mai 1982 bis Anfang dieses Jahres nahtlos in die US-Politik eingefügt hatte, werden seit kurzem andere Töne lauter.

Im Oktober 1982 setzte Costa Rica sich mit El Salvador und Honduras, Kolumbien, Jamaica und den USA im "Forum für Frieden und Demokratie" zusammen, womit die Politik der Isolation Nicaraguas unterstützt wurde; Außenminister Volio äußerte sich im Bemühen, den Zusammenschluß der anti-sandinistischen Staaten zu stärken, positiv zu guatemalteken diplomatischen Schachzügen gegen Belize; die ständige Kritik an der Weltverschwörungskette Moskau-Habana-Managua bis hin zur "kommunistischen Wühlarbeit" im Lande selbst mündete schließlich in die Ausweisung von 17 sowjetischen Diplomaten nach der Rückkehr Volios von einer USA-Reise im November.

Es gibt zwei konkrete Konfliktpunkte zwischen Nicaragua und Costa Rica: Zum einen das weitgehend ungehinderte Agieren der Konterrevolutionäre im Norden Costa Ricas, zum anderen der Streit um den Grenzfluß San Juan. Ein Vertrag aus dem letzten Jahrhundert sichert Nicaragua die Souveränität, Costa Rica freie Schifffahrt zu Handelszwecken. Durch die regelmäßigen Kontrollen costaricanischer Boote durch sandinistische Truppen sieht Costa Rica seine Rechte verletzt, während Nicaragua darauf hinweist, daß eine Abschaffung solcher Kontrollen den Fluß zum "herrschaftsfreien" Raum und somit zum Tummelplatz der Contra machen würde.

Hinsichtlich der Haltung gegenüber Nicaragua gab es schon seit Regierungsantritt unterschiedliche, ökonomisch und ideologisch begründete Tendenzen, deren Exponenten zum einen der scharf anti-sandinistische Außenminister Volio, zum anderen der auf Mäßigung ausgerichtete Minister für öffentliche Sicherheit Solano sind. Letzterer hatte vor allem im August letzten Jahres in einem Treffen mit dem nicaraguanischen Außenminister Tomás Borge versucht, zu einem friedlichen Ausgleich zu kommen, konnte sich im Kabinett aber nicht durchsetzen.

Eine neue Situation auf dem diplomatischen Feld ergab sich durch das Treffen der Außenminister von Panama, Kolumbien, Venezuela und Mexico auf der panamaischen Insel Contadora am 8. Januar. Hier wurde entgegen der US-Position, Gespräche der fünf mittelamerikanischen Republiken aufzunehmen (in denen Nicaragua isoliert wäre) die Forderung Nicaraguas nach jeweils bilateralen Verhandlungen unterstützt. Eine Fortsetzung des unzweideutigen Bekenntnisses zugunsten der US-Politik seitens Costa Ricas würde - wie Signale v.a. seitens Mexicos und Venezuelas gezeigt haben - zu einer gewissen Isolation des Landes führen und damit auch seine internationale Position schwächen, die größtenteils auf dem Ruf als Bastion der Neutralität und des friedlichen Ausgleichs beruht(e). Die weitgehende ökonomische Abhängigkeit von den USA und die anti-sandinistische Grundhaltung in Regierung und veröffentlichter Meinung bestehen aber weiter, so daß sich die absurde Situation ergab, daß Costa Rica bilaterale und multilaterale Gespräche gleichzeitig befürwortet.

Die neue Tendenz in der costaricanischen Außenpolitik zeigte sich vor allem, als Ende März ein Treffen sämtlicher ehemaliger Außenminister veranstaltet wurde, bei dem selbst die Exponenten des rechten Flügels des politischen Spektrums, wie Ex-Präsident Echandi, für Spannungsabbau plädierten. Aber die widersprüchlichen Positionen führten dazu, daß in den letzten Wochen ein Wechselbad von spannungs- und verschärfenden Äußerungen und Maßnahmen bekannt wurde. Zu ersteren gehörte neben der Unterstützung der Contadora-Initiative und den Ergebnissen des Außenministertreffens v.a. die Zurückhaltung, die Außenminister Volio auferlegt wurde, in versöhnlichem Ton gehaltene Treffen von Solano und anderen Ministern mit Innenminister Borge sowie zwischen dem ersten Vizepräsidenten Fait und Juntamitglied Sergio Ramírez, entsprechende Äußerungen Präsident Monges, die Unterstützung einer (von den USA abgelehnten) Vermittlungsmission der UNO und die Übertragung der Grenzkontrolle an die dem gemäßigten Minister Solano unterstehende Zivilgarde.

Auf der anderen Seite zeigen jedoch Vorfälle, wie die Nachrichtensperre über einen aufgebrauchten, waffenbeladenen Hubschrauber, der zu Pastora gehörte, das Verbot des Verkaufs der "Barricada" in Costa Rica und die Absage des Treffens zwischen Monge und Daniel Ortega ebenso, daß die fortgesetzte verbale Unterstützung der US-Politik weiterhin in handfeste Politik umgesetzt wird.

Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang das Bekanntwerden eines Planes zur "Sicherheit und Kolonisierung" der Nordregion. Während die Entwicklung der Grenzregion zu Panama als bilaterales Projekt verstanden wird, sind die Partner im Norden bezeichnenderweise eher die USA und Israel. Während seitens der Regierung betont wird, es gehe im Rahmen des Regierungsprogramms zur



Anti-sandinistischer Scharfmacher:
Außenminister Volio

"Rückkehr auf das Land" darum, eine infrastrukturell unterversorgte Region bevorzugt zu entwickeln, berichtet der US-Journalist Jack Anderson von Absichten, Nicaragua zu Lande zu isolieren. Ein wichtiger Programmpunkt ist die Errichtung von Leistungsstarken Radiosendern, mit denen in den "ideologischen Kampf" gegen die auch die Nordregion Costa Ricas erreichenden sandinistischen Stationen eingestiegen wird.

Anfang Mai äußerte nun Präsident Monge, daß er sich um die Entsendung einer von der Contadora-Gruppe gebildeten Friedenstruppe bemühen wolle, da die Zivilgarde zur Kontrolle des ausgedehnten, unwegsamen Territoriums nicht in der Lage sei. Auch die Interpretationen dieser Maßnahme zeigen die unterschiedlichen Positionen auf: Während die Maßnahme von einer Seite mit der Notwendigkeit der Unterbindung von Überfällen der Contra nach Nicaragua begründet wird, soll sie für die andere Costa Rica gegen Übergriffe Nicaraguas schützen. In dieses Horn stieß natürlich auch der US-Botschafter in Costa Rica, der erklärte, die USA seien bereit, auf Wunsch Truppen zu entsenden, um den "Einfall fremder Truppen zu verhindern".

Bei Erscheinen dieser Nummer ist wohl schon über den Antrag Costa Ricas entschieden. Die genauen Modalitäten können aber erst Aufschluß geben, ob die in der letzten Zeit im Aufwind befindliche gemäßigte Tendenz sich durchsetzt. Sie hat vor dem Hintergrund innerer Zwistigkeiten und der Angst vor Isolation in Lateinamerika an Raum gewonnen. Die Politik der scharfen ideologischen Abgrenzung und die Unterstützung bzw. Duldung der Contra seitens einflußreicher Kreise bestehen jedoch fort. Angesichts der Zuspitzung der Lage und der Zunahme der Aktionen der Contra an der Südgrenze Nicaraguas ist eine Entscheidung über den zukünftigen Kurs nicht mehr lange aufschiebbar.

Zwischen Monetarismus und Populismus: Die Wirtschaftspolitik

Die wirtschaftliche Lage ist weiterhin schwierig. Nach einer Untersuchung aus dem Sommer '82 können 70% der Familien nicht die Mittel zur Bezahlung des offiziellen Grundbedürfnis-Warenkorbs aufbringen. Durch besondere Programme gegen die große Armut (Lebensmittelhilfen, Finanzhilfen für Arbeitslose, Unterstützung für die Landbevölkerung) versucht die Regierung, die aufkommende Unzufriedenheit mit den hohen "sozialen Kosten" des durch das Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds bestimmten "Anpassungsprogrammes" abzufangen.

Die Linke ist nicht in der Lage, entstehende Widerstände gegen die Folgen der "Anpassung" (z.B. 45% Reallohnverlust von 1979-1982) zusammenzufassen und zu organisieren. Neben der krassen anti-sozialistischen Hetze in praktisch allen Medien sind Bürokratismus, theoretische und praktische Unbeweglichkeit und finanzielle Schwäche Gründe dafür. Durch die Erklärung der Regierung, nur mit dem "demokratischen Sektor" der Gewerkschaftsbewegung verhandeln zu wollen, ist es ihr gelungen, in Ansätzen bestehende Vereinheitlichungsprozesse zu blockieren.

So äußern Widerstände sich jeweils isoliert auf ständischer Ebene (wie bei Ärzten, Lehrern, Bankangestellten, Kleinbauern), wo versucht wird, für die eigene Gruppe Lohn- und/oder Arbeitsverbesserungen zu erzielen, bzw. Verschlechterungen abzuwehren. Dieses Vorgehen ist relativ erfolgreich, da solche Organisationen auf politischer Ebene eine beträchtliche Verhandlungsmacht besitzen. Diese beruht v.a. darauf, daß die regierende Partido Liberación Nacional eine Mehrklassenpartei ist, die ihre dominierende politische Position der letzten Jahrzehnte v.a. ihrer

Fähigkeit verdankt, unter Führung der dynamischsten Fraktionen der Bourgeoisie umfassende Bündnisse zu formen. Dabei fiel - v.a. in den Prosperitätsphasen - auch für die untergeordneten "Juniorpartner" etwas ab. Besonders die durch den Ausbau des Staatsapparats rasch wachsenden städtischen Mittelschichten haben eine wichtige Position im Legitimationssystem inne. Daher kommt es, daß sie aus vergleichsweise starker Position heraus ihre Ansprüche anmelden können.

Ganz anders sieht es in der Privatwirtschaft aus, wo der kämpferischste Sektor, die Bananenarbeiter, Ende letzten Jahres nach 63 Tagen einen Streik verloren, bei dem sie mit allen Mitteln bis hin zum Paramilitärischen Einsatz unter Druck gesetzt wurden.

Bei den Forderungen der staatlichen Beschäftigten und auch der Kleinbauern (ebenfalls traditionell zur sozialen Basis der PLN gehörig und in ihren Forderungen auf staatliches Handeln ausgerichtet: Sicherung der Belieferung von Vorprodukten, Preisgarantien etc.) reagiert der Staat üblicherweise in doppelter Form:

Zunächst mit Drohungen bis hin zur juristischen Verfolgung, dann aber mit Verhandlungen, in denen es den betroffenen Gruppen gelungen ist, ihre Forderungen zumindest teilweise durchzusetzen. Die zwiespältige Haltung der Regierung ist auch Ausdruck von Interessendivergenzen: Während bestimmte Gruppen auf die möglichst konsequente Erfüllung des Abkommens mit dem Währungsfonds aus sind, um das "Vertrauen" der internationalen Finanzwelt wiederherzustellen (und natürlich aus direktem Eigeninteresse), sind andere bestrebt, den "sozialen Frieden" zu sichern - nicht zuletzt mit demselben Ziel. Viele berufsständische Verbände sind zudem mit der PLN verflochten und können so auch innerhalb des Partei- und Staatsapparats Druck machen.

Das Ziel, den "sozialen Frieden" zu sichern, scheint bislang zumindest teilweise erreicht; Zugeständnisse und die relativen Erfolge der Wirtschaftspolitik bis Ende 1982 (Stabilisierung des Wechselkurses, Bremsung der Geldentwertung) erzeugten einen gewissen Optimismus bei großen Teilen der Bevölkerung.

Neben der Strategie, Proteste durch begrenztes Entgegenkommen zu entschärfen, wird jedoch auch der Repressionsapparat ausgebaut (vgl. LN 109/110). Im Plan für die "Sicherheitshilfe" der USA nach Lateinamerika für 1984 nimmt Costa Rica hinter El Salvador und Honduras den dritten Platz ein. Dabei wurdendie Aufwendungen für militärisches Training gegenüber 1982 verdreifacht. Ende letzten Jahres wurde die "Organisation für nationale Notstände" gegründet, eine Miliz, die bis zu 10 000 Mitglieder haben soll und eindeutig auf die Niederschlagung innerer Unruhen ausgerichtet ist.

Dem Vorteil für die Regierung, durch begrenzte Nachgiebigkeit und berufsständische Einbindung Proteste (noch) weitgehend kontrollieren zu können, steht jedoch der Nachteil gegenüber, daß die Deckung der dadurch entstehenden Kosten keineswegs gewährleistet



Präs. Monge

ist. Allein die im Januar für 1983 angekündigten Projekte kosten 84 Mio. Dollar, deren Herkunft die Regierung nicht bekanntgeben konnte. Die Verzögerungen der Lohnerhöhungen im öffentlichen Sektor deuten auf entsprechende Probleme hin, deren bereits vom Finanzminister als Schreckgespenst an die Wand gemalte "Lösung" möglicherweise wieder die Notenpresse ist. Damit käme die Regierung natürlich in große Schwierigkeiten bezüglich der Erfüllung des Abkommens mit dem Währungsfonds, wodurch sich die Widersprüche auch innerhalb der PLN verschärfen dürften; diese Politik des "sowohl-als auch" ist jedenfalls nicht unbegrenzt fortführbar.

Auf der internationalen Ebene wurden zwei Umschuldungen zuende geführt: Im "Club von Paris" über 214,6 Mio. Dollar der bilateralen Schulden an Regierungen und offiziellen Institutionen, mit 170 Banken über 655 Mio. Dollar der kommerziellen Schulden. Der sich verschärfende Devisenengpaß führt dazu, daß zum einen besondere Anreize für ausländische Investitionen, v.a. für "Weltmarktfabriken" diskutiert werden (zusätzliche Steuerbefreiungen, Einwanderungsmöglichkeiten), zum anderen besondere Anstrengungen im Export gemacht werden. Diese werden durch die Gründung eines eigenen "Exportministeriums" symbolisiert und sollen v.a. Steuervorteile und Begünstigungen bei der Devisenzuteilung beinhalten. Große Erträge aus diesen Maßnahmen sind nicht zu erwarten, so daß das Mitte der 70er Jahre v.a. aus ökologischen Gründen abgelehnte Projekt einer Öl-Pipeline von Küste zu Küste, sowie eines internationalen Finanzzentrums wieder in die Diskussion gebracht wurden.

Neben dem Bemühen um verstärkte Weltmarktintegration werden gemäß dem Programm der "Rückkehr auf das Land" die Kredite der (staatlichen) Banken vor allem in den ländlichen Bereich gelenkt, wo durch die Subventionierung mittels Zinsraten unterhalb der Inflationsrate dem angestrebten Ziel der landwirtschaftlichen Selbstversorgung näher gekommen werden soll.

Die Abhängigkeit von der devisaenbeschaffenden Exportproduktion und das Überangebot auf dem Bananenmarkt nutzten die in Costa Rica ansässigen Multis, z.T. unter der Drohung der Schließung der Plantagen, Steuersenkungen zu fordern. Ihre starke Position nutzten sie bereits für die Verringerung des Ankaufspreises für Ware nationaler Produzenten; einige Plantagen schlossen sie bereits und wandelten andere für den Anbau von Ölpalmen um, wofür weniger Investitionen und Arbeitskräfte nötig sind. Die Regierung wies die Forderung nach Steuersenkungen zunächst zurück, bot aber andere Anreize an und setzte eine Kommission ein, die Angelegenheit zu prüfen.

Die costaricanische Wirtschaftskrise ist jedenfalls noch lange nicht überwunden. Entlang der beiden zentralen Konfliktlinien - Verhältnis zu Nicaragua und Wirtschaftspolitik - werden sich die internen Widersprüche eher noch zuspitzen, wenn die Haltung des "sowohl-als auch" nicht mehr möglich ist.

PERU

Probleme mit den Informationsquellen

Die kontroversen Diskussionen innerhalb der LN-Redaktion über Sendero Luminoso halten an. (Auch wenn dies im Leserbrief in der Nr. 114 bezweifelt wird)

Seit den Vorfällen in der salvadorensischen FPL (Mord an Ana Maria, Selbstmord von Marcial) ist wieder einmal klar, das Solidaritätsarbeit weniger von Glaube, Liebe, Hoffnung als vielmehr von einer eigenen (kritischen) politischen Position geleitet werden sollte. Das kann aber nur mit Hilfe von zuverlässigen Informationen passieren.

Und genau da liegt unser Problem:

Spätestens seit dem Mord an den 8 Journalisten im Hochland von Ayacucho ist deutlich geworden, wie schwierig, ja gerade zu unmöglich es geworden ist, aus dieser, vom Kriegerrecht gebeutelten Region genaue und den wirklichen Sachverhalten entsprechende Informationen zu bekommen. Auch die peruanische Presse, mit ihrem Sitz in der fernen Hauptstadt Lima stützt sich auf die gezielte Regierungspropaganda, Senderoerklärungen, Spekulation, "Katastrophenjournalismus" etc. Hinzu kommt die (nicht nur in Peru) verbreitete Tendenz, Meldungen der Zeitungslinie "anzupassen".

Ferner erreichen uns Zuschriften von Freunden und Bekannten aus Peru, Veröffentlichungen in anderen Zeitschriften (iz3w, ila, etc.), deren Positionen sich zunehmend polarisieren. Da kommen die einen, der andinen Bevölkerung und ihrem Widerstand sonst wohlgesonnene "Perukenner" zur Auffassung, daß es sich bei Sendero Luminoso um eine Terroristenbande handle, die mit zunehmend brutaleren Methoden langsam die letzte Basis innerhalb der Landbevölkerung in der Region verliert. Während andere das in Zweifel ziehen und Sendero als authentischen Ausdruck des Volkswiderstands sehen.

Dazwischen wir - mit dem ehrlichen Bemühen, trotz verschiedener politischer Standpunkte, uns einen Reim aus diesen kontroversen Meinungen und Meldungen zu machen.

Wir sind daher der Auffassung, daß wir im Moment nicht in der Lage sind, eine gemeinsame fundierte Meinung zu diesem Thema zu entwickeln. Da wir jedoch nach wie vor an einer diesbezüglichen Diskussion interessiert sind, setzen wir unsere Reihe mit Einzelbeiträgen fort und bitten um weitere - auch konträre - Stellungnahmen.

Die LN-Redaktion

Sendero Luminoso — Pol Pot auf Quechua?

Im ersten Teil unseres Beitrags (LN 113) haben wir versucht, vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung die Entstehung von PCdelp/SENDERO LUMINOSO(1) in Verbindung mit politischen Ereignissen der letzten zwanzig Jahre darzustellen. Die Fortsetzung unseres Artikels beschäftigt sich mit Theorie und Praxis der peruanischen Guerilla:

(1) = PCdelp (Partido Comunista del Perú) ist eigentlich der korrekte Name der politischen Organisation, die Wert darauf legt, als kommunistische Partei - und nicht als irgendeine abenteuerliche Guerilla - verstanden zu werden. In der Praxis hat sich jedoch inzwischen weitgehend die griffigere Bezeichnung SENDERO LUMINOSO durchgesetzt.

Der Atem für den langen Marsch

STRATEGISCHE ELEMENTE

In der ideologischen Strategie des SENDERO LUMINOSO spielen - neben der zentralen Bedeutung der andinen Landbevölkerung - drei weitere Elemente eine wesentliche Rolle, da sie sowohl die Denkweise als auch grundsätzliche Orientierung der Partei besonders unterstreichen:

1. die Definition der revolutionären Situation,
2. die Land-Stadt-Beziehung und
3. die Funktion des bewaffneten Kampfes.

1. Die Definition der revolutionären Situation:

Charakteristisch für das Verständnis der PCdelp die revolutionäre Situation betreffend ist einerseits die Logik der aus der Perspektive der andinen Landbevölkerung vorgenommenen Analyse von gesellschaftlicher Schichtung und politischer Krise in Peru - und zum anderen eine aus den historischen Erfahrungen der indianischen Leidensgeschichte resultierende Kompromißlosigkeit des Denkens. Dabei scheint vordergründig ein gewisser Widerspruch zwischen andiner Weltbestimmtheit und revolutionärem Prinzip zu bestehen. Die katastrophale Entwicklung der gesellschaftspolitischen Mißstände in Peru ermöglicht jedoch ihre Interpretation nicht nur als revolutionäre Situation in leninistisch-maoistischem Sinne: aufgrund der bestehenden Abhängigkeitsstrukturen ist sie zugleich auch transnationale Systemkrise und entspricht der Chaos-Definition andiner Weltanschauung, derzufolge das Chaos als Aufbruchphase zwischen zwei Weltenzyklen eine erneuerte Realität einleitet (Pachacutic-Konzept).

Aus diesem Zusammenhang von Revolutionstheorie und deterministischem Weltbild zyklischen Denkens begründet der SENDERO LUMINOSO seine 'historisch unumgängliche Aufgabe' und ihre auch internationale Dimension. Eine derart erweiterte Bewußtseinskategorie steht in deutlichem Gegensatz zu der dem SENDERO LUMINOSO immer wieder absichtsvoll unterstellten 'radikalen andinen Selbstbezogenheit' und 'klandestinem Größenwahn'. Denn obwohl sich Senderisten in ihrer Situationsanalyse nicht nur auf andine Geschichte und nationales Zeitgeschehen, sondern ausdrücklich auch auf 'die verblutenden Brudervölker in Mittelamerika' und die Vorgänge in den Waldgebieten beziehen, wo transnationale Rohstoffkonzerne nach Wildwestmanier eine 'Endlösung der Indianerfrage' herbeiführen; und obwohl Senderisten in ihrer Situationsanalyse ausdrücklich auch auf die Kausalität von dieser Entwicklung und westlicher Lebensart hinweisen: in der Befreiungstheorie des SENDERO LUMINOSO kommt keinerlei rassistischer Revanchismus zum Ausdruck. Ihre marxistische Grundkonzeption erkennt vielmehr - in den gemischtrassigen Gesellschaften Lateinamerikas eine existentielle Notwendigkeit - anstelle der Pizarro-Rasse eine Pizarro-Klasse als den Verursacher von Abhängigkeit, Unterentwicklung und Entfremdung.

2. Die Land-Stadt-Beziehung:

Ausschließlich strategischer Natur ist hingegen das Konzept, mit dessen Hilfe der bewaffnete Kampf vom Land in die Städte getragen werden soll: indem die Landbevölkerung nur noch für den Eigenbedarf produziert, soll der Versorgungskreislauf des Gesellschaftssystems unterbrochen und die Stadtbevölkerung mobilisiert werden. Zwar sind speziell die lateinamerikanischen Küstenstädte als hegemoniale Relaisstationen die Träger des Herodianisierungseffekts - trotzdem steht diese Strategie in keinerlei Beziehung zu grundsätzlicher Städtefeindlichkeit oder Pol Pot. Vielmehr handelt es sich dabei um ei-

ne logische und völlig legitime Konzeption, die - von den Zwängen einer vom Bauerntum ausgehenden Revolution diktiert - als rurales Äquivalent zum Streikpotential des städtisch-industriellen Proletariats die Produktionsverweigerung als im Grunde genommen einzig wirksame Waffe der andinen Landbevölkerung verwendet. Diese Strategie wurde auf den Grundlagen der chinesischen Revolution entwickelt und ist weitgehend geprägt von der kolonialgeschichtlichen Erfahrung, daß stehende Bauernheere meist von vornherein zum Scheitern verurteilt sind: denn langfristig müssen kämpfende Bauern entweder zwangsläufig verhungern oder den Kampf abbrechen, um zuhause das Feld zu bestellen. Unter diesem Aspekt ist insbesondere auch die Errichtung von 'befreiten Gebieten' und Milizstrukturen für den bewaffneten Kampf der Guerilla von außerordentlicher Bedeutung.

3. Die Funktion des bewaffneten Kampfes:

Im logischen Verständnis der PCdelp liegt die wesentliche Funktion des bewaffneten Kampfes zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in einer siegreich befreienden, sondern allein in seiner exemplarischen und entwickelnden Wirkung. Denn der bewaffnete Kampf entlarvt nicht nur den eindeutigen Unrechtscharakter der bestehenden Fremdherrschaft: durch das praktische Beispiel von Widerstand und bewaffneter Aktion reduziert er zugleich auch das Handlungsmonopol des in die Reaktion gedrängten Systems und demonstriert die Möglichkeiten zur Schwächung und endlichen Beseitigung des Regimes. Diese Herausforderung der Staatsgewalt setzt gleichzeitig einen eskalierenden Mechanismus in Bewegung, durch den die gesellschaftliche Realität verändert wird. In diesem Sinne bedeutet der bewaffnete Kampf in der gegenwärtigen Phase zum einen die emanzipatorische Fortsetzung der politischen Arbeit mit anderen Mitteln und andererseits die Entwicklung der revolutionären Bedingungen. Denn im Gegensatz zu der im Parlament vertretenen 'revolutionären Linken', die den bewaffneten Kampf aus einer Massenbewegung heraus führen möchte und auf eine friedliche Eskalation der allgemeinen Verelendung wartet, will die PCdelp durch den bewaffneten Kampf den Zusammenschluß aller - schließlich seit Jahren hochgradig mobilisierten Bevölkerungsschichten erreichen und so die Revolution einleiten.

Nach diesem verzweifelten Konzept muß der bewaffnete Kampf im gegenwärtigen Stadium für viele Beteiligte notwendigerweise ein Opfergang sein, der ein überaus hohes Maß an Existenzdruck und Sendungsbewußtsein voraussetzt. In dieser Hinsicht offenbart sich die Partei gleichermaßen als Elite Lenin'scher Prägung und absolut authentische Vertretung der andinen Landbevölkerung, der nach einem halben Jahrtausend eskalierender Existenzvernichtung heute für hinhaltende parlamentarische Experimente keinerlei Spielraum mehr bleibt. Ihr spätestens seit der kolonialen Eroberung in unkontrollierten Erhebungen immer wieder aufflackernder permanenter Kampf um Freiheit und Selbstbestimmung wird durch eine übergreifende Konzeption im bewaffneten Kampf des SENDERO LUMINOSO erstmals von einer authentischen Führung koordiniert und erhält so eine zukunftsweisende, über das gegenwärtige Geschehen hinausgehende grundsätzliche Bedeutung für die weitere Entwicklung der peruanischen Gesellschaft.

Vierzig Jahre Freiheitskampf

Eine objektive Einschätzung des SENDERO LUMINOSO fällt heute so besonders schwer, weil die Diskussion bei uns erst relativ spät zu einem Zeitpunkt einsetzt, wo Geschehen und Berichterstattung bereits völlig von bewaffnetem Kampf, Geheimhaltungszwängen und den widerstreitenden Interessen aller Beteiligten geprägt sind. Hinzu kommen

Verständigungsschwierigkeiten, die nur zum Teil auf die räumliche Entfernung - speziell die Abgeschiedenheit der peruanischen Hochanden - zurückzuführen sind. Vielmehr geht ein Großteil der Fehleinschätzungen auch auf Theoriedefizite und babylonische Sprachverwirrung zurück: so zwingt beispielsweise allein schon der Bezug auf Mariáteguis Lehren zur Verwendung einer bestimmten, uns heute altmodisch vorkommenden Terminologie. Und auch der Substanzverlust eines Gedankens, der - andine Realität interpretierend, ursprünglich jedoch einer kulturfremden Ideologie angehörend - auf Quechua konzipiert und spanisch übermittelt, dann ins Deutsche übertragen wird, dürfte auf der Hand liegen (wobei die innerperuanischen ethnischen und sozialen Unterschiede sowie unsere in dieser Hinsicht ziemlich einseitigen Vorbelastungen noch nicht einmal berücksichtigt sind). Unter diesen Umständen ist die Tatsache wesentlich, daß die PCdelp nicht gleich als Guerilla begann, sondern ihren Freiheitskampf bis zum Jahr 2000 konzipiert hat und seit 1960 mit über 20jähriger politischer und sozialer Arbeit einleitete.

20 JAHRE POLITISCHE ARBEIT

Die PCdelp begann ihre Arbeit Anfang der 60er Jahre als Teil der peruanischen KP (siehe Teil 1 unseres Beitrags in LN 113). Im Rahmen der allgemeinen Politisierung schlossen sich damals einheimische Dozenten und Studenten der bäuerlichen Universität von Ayacucho zusammen, um das revolutionäre Potential der andinen Landbevölkerung zu organisieren. Aus dieser Zusammenarbeit heraus - in deren Verlauf übrigens eine ganze Reihe hervorragender ethnologischer und sozialwissenschaftlicher Studien entstand - entwickelte Abimael Guzmán auf der Grundlage von andinem Bewußtsein und kommunistischer Ideologie eine Theorie zur nationalen Befreiung, deren konsequente Einhaltung zur späteren Abspaltung des SENDERO LUMINOSO führte. Wesentlich ist dabei, daß diese Theorie aufgrund ihrer Synthese von kommunistischer und andiner Weltanschauung jetzt auch den autochthonen Bevölkerungsschichten in den traditionellen 'comunidades' vermittelt werden konnte.

Die späteren Senderisten nahmen ihre Mission und die Bedürfnisse der Landbevölkerung - die zugleich auch ihre eigenen waren - von Anfang an außerordentlich ernst: sie beschränkten sich nicht nur auf das gelegentliche Agitieren nach Wanderpredigerart, sondern begannen stattdessen Schritt für Schritt, sich vollständig in die umliegenden Dorfgemeinschaften zu integrieren. Als Einheimische brauchten sie sich dazu in den Gemeinden lediglich um Landzuteilung zu bewerben und an den kommunalen Arbeiten zu beteiligen. Parallel dazu wurde in allen möglichen Ausschüssen und von der Universität aus sozialpolitisch gearbeitet und auf diese Weise gleichzeitig von unten und von oben her die andine Gesellschaft mit ihren Institutionen eingenommen. Auch in städtischen Elendsvierteln bemühte man sich intensiv, durch konkrete Maßnahmen sowie Bildung von Basis- und Selbsthilfegruppen die Existenzbedingungen der migrierenden Bevölkerung zu verbessern. Die Migrationsbewegungen bildeten auch (neben Sozial- und Gremienarbeit, den üblichen zwischenmenschlichen Bindungen, Beteiligungen an Dorffesten und -versammlungen, Vortragsreisen, Schulkursen usw.) die Grundlage, auf der die PCdelp mit zunehmender Festigung der Organisation vom Raum Ayacucho aus ihren Einfluß auf andere Landesteile ausdehnte. Heute besitzt der SENDERO LUMINOSO sowohl horizontale als auch vertikale Strukturen auf nationaler Ebene, die allerdings in den jeweiligen Regionen unterschiedlich stark ausgebildet sind. Über besonders starken Einfluß verfügt er naturgemäß in den weniger fremdbestimmten Bevölkerungsschichten der Sierra, in Bergwerksregionen, Bildungseinrichtungen und städtischen Elendsvierteln sowie - in geringerem Maße - auch in den Agrarzonen und 'barriadas' des Küstenbereichs.

Insgesamt dauerte diese Phase der ausschließlich politischen Arbeit bis zum 18. Mai 1980; dabei wurde der Parteaufbau gewaltlos in aller Öffentlichkeit vollzogen und von den anderen politischen Gruppierungen belächelt, die spöttisch meinten, die PCdelp solle doch endlich den bewaffneten Kampf beginnen, statt dauernd nur von ihm zu reden.

MITGLIEDER

Natürlich setzt die beschriebene Art der Ideenvermittlung durch alltägliche Lebenspraxis einen hohen Identifikationsgrad der Überzeugungsträger voraus: nach übereinstimmenden Berichten sind denn auch die Senderisten meist durchweg sehr ernsthafte, disziplinierte und überaus genügsame Personen von großer moralischer Integrität. Dieser Rigorismus ist bekannt:

"...Wir finden schon hier, bei dem ersten Vorläufer der deutschen Bauernkriege, jenen Asketismus, den wir bei allen mittelalterlichen Aufständen mit religiöser Färbung und in der neueren Zeit im Anfang jeder proletarischen Bewegung antreffen. Diese asketische Sittenstrenge, diese Forderung nach Losagung von allen Lebensgenüssen und Vergnügungen stellt gegenüber den herrschenden Klassen das Prinzip der spartanischen Gleichheit auf..." (Friedrich Engels über Hans Böheim).

Die Authentizität der Guerilla und ihr enger Zusammenhang mit großen Teilen der andinen Landbevölkerung steht heute außer Frage. Allerdings existieren über die zahlenmäßige Stärke des SENDERO LUMINOSO nur Gerüchte; man spricht von bis zu mehreren Tausend Militanten, die nach einhelligen Aussagen selbst hoher Militärs taktisch und strategisch glänzend eingestellt sind. Ferner ist bekannt, daß landesweit in fast allen Schichten und Institutionen der peruanischen Gesellschaft zumindest Sympathisanten der Bewegung existieren. Auch Teile der Streit- und Sicherheitskräfte sind infiltriert, die - aufgrund sich häufender Desertationen in der Vergangenheit - heute nur noch ortsfremde Kontingente in den unter Kriegerrecht stehenden Provinzen einzusetzen wagen. Man weiß auch, daß der SENDERO LUMINOSO über starke Frauenbeteiligung in einflußreichen Positionen sowie über eine große Zahl jugendlicher und studentischer Anhänger verfügt. Beides ist nicht verwunderlich:

Auch in den sozialen Gremien (beispielsweise der städtischen Elendsviertel) sind vor allem Frauen aktiv, da sie - zusammen mit Kindern und Jugendlichen - zu den am meisten Benachteiligten auch der peruanischen Gesellschaft gehören. Die unverhältnismäßig hohe Anzahl von jugendlichen Senderisten hingegen wird relativiert durch die Tatsache, daß über 50 % der Gesamtbevölkerung jünger als 15 ist und peruanische Kinder vielfach bereits mit 6 Jahren ihren Lebensunterhalt mit Schwerstarbeit verdienen müssen. Außerdem ist der Umstand irreführend, daß die Medien bei ihren Berichten über 'minderjährige Terroristen' meist von der Zahl der Jugendlichen ausgehen, die inhaftiert wurden. Aber nicht jedes von den Streit- und Sicherheitskräften verhaftete, gefolterte und häufig auch erschlagene Kind ist zwangsläufig ein Senderist. - Das ungefähre Durchschnittsalter der militanten Kader dürfte zwischen 25 und 30 Jahren liegen.

ORGANISATION UND LOGISTIK

Der Organisationsaufbau der PCdelp ist weitgehend geheim. Bekannt ist lediglich, daß die gesamte Partei militärisch durchstrukturiert ist und jeder Kader seinen Dienstgrad besitzt. Dabei steht Abimael Guzmán als politischer Kopf im Rang eines Generalkommandanten an der Spitze. Ihm folgen fünf Personen mit jeweils dem Rang eines Ersten Kommandanten, mehrere Personen im Rang von Zweiten Kommandanten (wie

z.B. die ermordete Kompanieführerin Edith Lagos), danach eine größere Anzahl Dritter Kommandanten etc. bis hin zur Basis, deren Kader in jeweils 7 bis 9 Personen starken Zellen organisiert sind, die nur auf Führungsebene Kontakt zueinander haben und häufig von Frauen geleitet werden. Für direkte Aktionen werden je nach Bedarf bis zu mehrere hundert Personen starke Einheiten (meist aus circa 200 Bewaffneten bestehende Kompanien, die untergliedert sind in Zellen, Milizen, Pelotons und Einsatzkommandos) mobilisiert, die alle zusammen ein Vereintes Kommando als Grundlage eines Volksheeres bilden.

Diese straffe, hierarchische Gliederung der Guerilla entspringt jedoch nicht irgendwelchen despotischen Grundzügen ihrer Ideologie: sie wird vielmehr von den Notwendigkeiten eines bewaffneten Kampfes diktiert, der gegen ein an Menschen und Material weit überlegenes System geführt werden muß, und hat sich bisher als äußerst effektiv erwiesen. Dabei gehört es zu den erklärten Prinzipien des SENDERO LUMINOSO, sämtliche Aktionen stets mit einheimischen Kadern auszuführen, die nur in seltenen Ausnahmefällen durch ortsfremde Aktivisten verstärkt werden. Nachteile - wie die mit der Dezentralisierung verbundene Verringerung der Schlagkraft - werden durch perfekte Koordination und die Vertrautheit mit der gewohnten Umgebung mehr als ausgeglichen.

In den vorangegangenen 20 Jahren ihrer politischen Arbeit ist es der Organisation außerdem gelungen, auf den örtlichen Strukturen eine gut funktionierende eigene 'Verwaltung' zu errichten. Wie zu Inkazeiten soll insbesondere das Nachrichten-, Transport- und Beschaffungswesen aufgrund von militärischer Disziplin und intimer Kenntnis der lokalen Verhältnisse überaus effizient sein - eine Tatsache, die durch bei Senderisten gefundene Regierungsunterlagen, geheime Lagepläne und perfekt gefälschte Ausweise nur bestätigt wird. Die Nahrungsmittelversorgung können die Guerilleros quasi 'parteiintern' regeln, da sie als Einheimische und Mitglieder von Dorfgemeinschaften an der landwirtschaftlichen Produktion beteiligt sind. Materialbeschaffungen werden aus freiwilligen Spenden und dem Staat entwendeten Beutegut bestritten oder auch durch sogenannte 'Revolutionsbeiträge' finanziert; diese werden hundert- bis tausendmarkweise bei Händlern und anderen 'Wohlhabenden' abkassiert, die ihren Besitz durch Kollaboration mit dem System erworben haben.

Die einzigen Formen der Waffen- und Munitionsbeschaffung sind Einbrüche in Minen- und Staatsdepots und die oft blutig verlaufenden Aktionen gegen Posten der Streit- und Sicherheitskräfte, bei denen das benötigte Material direkt vom Feind erbeutet wird. Tatsächlich stellt die Waffenbeschaffung ein zentrales Problem der autonomen Guerilla dar: Da der SENDERO LUMINOSO als authentische Führung einer autochthonen Basis über keinerlei finanzielle Unterstützung von außen verfügt - für südamerikanische Verhältnisse ein Novum, das der Bewegung den Spitznamen 'Lateinamerikas seltsamste Guerilla' eintrug -, ist er auf Deutewaffen und das eigene Improvisationstalent angewiesen. Aus dieser Situation heraus entwickelten die Senderisten u.a. eine kuriose Waffe, indem sie traditionelle Steinschleudern dazu benutzten, um ganze Bündel von Dynamitpatronen über Entfernungen von bis zu 100 m treffsicher gegen den Feind zu schleudern.

Alle Versuche der Regierung, die PCdEP durch Verbindungen zu Drogenhändlern der im Nordosten von Ayacucho gelegenen Kokafelder zu diffamieren, stellten sich schnell als durchsichtige Verleumdungskampagnen heraus und mißlangen. - Offizielle Kontakte und Stellungnahmen des SENDERO LUMINOSO sind selten geworden und kommen seit Beginn des bewaffneten Kampfes nur noch über persönliche Beziehungen zu als vertrauenswürdig geltenden Verbindungsleuten zustande. Alle Kanäle zwischen städtischem und ländlichem Bereich verlaufen dabei über die Elendsviertel; durch ein kompliziertes System von Decknamen, Mittels-

männern, Lösungsworten und Geheimtreffs versucht die Partei sich vor Aufdeckung zu schützen. Ursprünglich im Raum Ayacucho entstanden, gibt es berechtigte Gründe zur Annahme, daß sich hier heute nur noch einer von mehreren Knotenpunkten der Organisation befindet.

TAKTIK, PROPAGANDA UND VERLEUMDUNG

Die überraschende Kampf- und Widerstandskraft des SENDERO LUMINOSO beruht einerseits auf der Tatsache, daß es ihm als Teil der andinen Landbevölkerung gelungen ist, seine Ideologie in Übereinstimmung mit andinen Denkweisen zu vermitteln und eine echte Land-Stadt-Guerilla aufzubauen; andererseits sind seine unbestrittenen militärischen Erfolge zugleich jedoch auch das Ergebnis einer hervorragenden taktischen Einstellung, die sich in der Flexibilität und Vielfalt der durchgeführten Aktionen ausdrückt. Einen ungefähren Eindruck von Aktionsarten und -häufigkeit vermittelt die Tabelle auf der gegenüberliegenden Seite (nach offiziellen Versionen für das 3. Quartal 1982 zusammengestellt und veröffentlicht von QUEHACER, dem Monatsmagazin des - auch mit deutschen Geldern finanzierten - sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts DESCO/Centro de Estudios y Promoción del Desarrollo, Lima).

Natürlich wird aus dieser Tabelle weder die Eskalation der Verhältnisse deutlich, deren Verlauf zur schrittweisen Einführung auch fragwürdiger Kampfformen führte, noch die politisch-propagandistische Dimension der durchgeführten Aktionen. Dabei sind für die PCdEP nicht nur die praktischen Ergebnisse der Aktionen, sondern gleichermaßen auch deren langfristig bewußtseinsverändernde Auswirkungen auf die Bevölkerung von grundsätzlicher Bedeutung. Von Anfang an bemüht sich deshalb die Guerilla um größtmögliche Selbstverständlichkeit und publizistische Wirkung ihrer Maßnahmen, die durch gleichzeitige Agitation besonders auch auf kultureller Ebene ergänzt werden. In Bezug auf ihre politischen Absichten oder bei schwerverständlichen Aktionen versucht die Guerilla deshalb stets, der diffamierenden Darstellung systemkonformer Nachrichtenorgane jeweils durch direkte Aufklärung der andinen Landbevölkerung entgegenzuwirken. Derartige Aufklärungskampagnen erfolgen durch persönliche Information, über Presseverlautbarung, quechuasprachige Rundfunksendungen von kurzfristig besetzten Radiostationen aus oder auch durch sogenannte 'Dorfbesetzungen'. Solche Dorfbesetzungen, bei denen mit den zusammengerufenen Einwohnern über aktuelle Probleme diskutiert wird, gehen auf traditionelle Versammlungsformen ('conacy') zurück und dienen schon seit Inkazeiten als legales Mittel der politischen Bildung. Seit der Militarisierung der Dorfgemeinschaften durch die Sicherheitskräfte kann der SENDERO LUMINOSO allerdings solche Versammlungen häufig nur noch bewaffnet und im Schutz der Dunkelheit einberufen.

Wie wichtig der Partei diese Informationspolitik ist, wird u.a. deutlich am Beispiel von Allpachaca, das besonders oft als Beweis für die angebliche Barbarei der Guerilla herhalten muß: Dort hatten Guerilleros die gesamte Einrichtung der mit Schweizer Geldern betriebenen Versuchsfarm der Universität zerstört, das Vieh geraubt und alle Rinder, die sie nicht mitnehmen konnten, getötet und zum Teil enthäutet (das Häuten von Schlachtvieh und erlegtem Wild ist nicht nur bei Campesinos im Andenraum eine alltägliche Prozedur, um Leder für die Fertigung von Gebrauchsgegenständen zu gewinnen). Da in Ayacucho weder die Finanzierungshintergründe noch die Zusammenhänge zwischen 'Entwicklungshilfe' sowie Agrobusiness- und Saatgutkonzernen der Schweizer Pharmariesen bekannt sind, reagierten die Einwohner zunächst verständnislos und voll Empörung. Daraufhin versuchte der SENDERO LUMINOSO, die Bevölkerung in einer breit angelegten Aktion darüber aufzuklären, weshalb die Farm kein emanzipatorisches Bildungsinstitut, sondern eine fremdbestimmte Mißbildungseinrichtung

VIOLENCIA POLITICA		Jul 82	Agost.82	Set.82	TOTAL
Acciones Terroristas		29	37	20	86
		7	7	7	21
Acciones Guerrilleras	Operativos 	7	14	9	30
	IncurSIONES a Comunidades 	7	6	3	16
Ataques a Puestos Policiales 		7	3	1	11
Asesinatos o "Ajusticiamientos" 		5	4	7	16
TOTALES		62	71	47	180

sei und ausschließlich der Vertiefung von Abhängigkeitsstrukturen diene (vgl. LN 112, S.16, Abs.2).

Dieses intensive Bemühen um Aufmerksamkeit und Verständnis der Bevölkerung ergibt sich aus der Auffassung der PCdelp, wonach politische Arbeit und bewaffneter Kampf lediglich theoretische bzw. praktische Ebenen der gleichen Entwicklung sind und sich wechselseitig beweisen und verstärken. Von dieser Überlegung geht auch die taktische Planung der Guerilla aus, die auf die jeweiligen Unterdrückungsmaßnahmen mit der logisch abgestuften Einführung neuer Aktionsformen antwortet, deren Qualität durch die vorangegangenen Repressalien bestimmt wird. Daneben werden die bereits praktizierten Maßnahmen - genauso wie die politische Arbeit - unverändert fortgeführt und lediglich den jeweiligen Kräfteverhältnissen entsprechend variiert. In dieser Hinsicht lassen sich im chronologischen Ablauf des bewaffneten Kampfes bisher fünf wichtige Phasen feststellen:

1.) Seit dem 18.Mai 1980: Gewalt gegen Dinge

In der rund 18monatigen Anfangsphase finden neben Sabotageakten in Industriebetrieben hauptsächlich Sprengstoff-, Brand- und Bombenanschläge auf die Infrastruktur sowie später auch gelegentliche Geschäftsplünderungen mit anschließender Warenverteilung statt. Für die PCdelp geht es in diesem Zeitraum zunächst darum, ihre politische Glaubwürdigkeit nachzuweisen und mit ihrer Organisation die Anwendung von den Verhältnissen angepaßten Aktionsformen einzüben. Da ihre Aktivisten ein übermächtiges System in einer unterentwickelten Region praktisch mit leeren Händen bekämpfen, versucht die Guerilla einerseits, die Bevölkerung durch 'Hilfe zur Selbsthilfe' zu mobilisieren, und benutzt andererseits den überall reichlich vorhandenen Sprengstoff der Minen, um nach dem 'hit and run'-Prinzip Schläge gegen die materielle Einrichtung des Systems durchzuführen.

Das staatliche Machtmonopol beantwortet diese Gewaltanwendung gegen Sachen sofort mit äußerst brutalen Gewalttätigkeiten gegen Menschen und bestätigt damit die Guzmán'sche These, nach der auch das scheinbar demokratisch gewählte Belaúnde-Regime nur Bestandteil der unterdrückerischen und gewalttätigen Fremdherrschaft ist. Zugleich sollen damit sowohl in objektiver als auch subjektiver Hinsicht die bisher erfolgten und künftigen Aktionen des SENDERO LUMINOSO als Maßnahmen eines gerechten Befreiungskampfes legitimiert werden. Von Beginn an wenden sich dabei die durchgeführten Anschläge deutlich gegen eine von außen aufgezwungene Wirtschafts- und Gesellschaftsform, die sich nicht an den Bedürfnissen ihrer hungernden Menschen, sondern ausschließlich an ausländischen Profitinteressen orientiert.

2.) Seit Dezember 1981: Waffen- und Munitionsbeschaffung

Auf diese Weise rechtfertigte und erzwang das Herrschaftssystem die Einführung qualitativ neuer Kampfformen, die der Waffen- und Munitionsbeschaffung dienen. Bei den in diesem Zusammenhang ausgeführten Überfällen auf Sprengstoffdepots sowie zahlreichen Angriffen auf kleinere Polizeiposten und -stationen wird jetzt auch der Verlust von Menschenleben in Kauf genommen. Dabei dienen insbesondere die zunehmenden Attacken auf Stützpunkte der Sicherheitskräfte im weiteren Verlauf nicht nur zur Bewaffnung der Organisation: Denn mit wachsender Zahl und Heftigkeit der Angriffe verlassen gerade in abgelegenen Regionen immer häufiger entervte Besatzungen ihre Posten und überlassen so immer größer werdende Gebiete der Kontrolle der Guerilla, die in derart 'befreiten Zonen' meist ohnehin schon seit langem über starken Einfluß verfügt, die Landwirtschaft auf Eigenproduktion umstellt und mit dem Aufbau von Milizstrukturen beginnt. Räumlich schließen solche befreiten Zonen stets an jene - oft gottverlassenen - Regionen an, die aufgrund der vorangegangenen po-

litischen Arbeit schon seit Jahren vollständig vom SENDERO LUMINOSO verwaltet werden (wobei dadurch häufig die Bevölkerung erstmals in den Genuß von Schulbildung und medizinischer Versorgung kam).

3.) Seit März 1982: Gefangenenbefreiung und Expansionskämpfe

Auf dieser Ebene rechtfertigten bessere Bewaffnung und zunehmende Stärke der Guerilla auf der einen Seite und andererseits der sich ständig steigernde Terror der Sicherheitskräfte wiederum die Einführung neuer Kampfformen. Dabei haben die spektakulären Aktionen zur Befreiung von Häftlingen neben der Selbsterhaltungs- und Fürsorgefunktion einen mindestens ebenso wichtigen demonstrativen Zweck: denn mit der Macht der Guerilla stellen sie zugleich auch die relative Ohnmacht des staatlichen Repressionsbetriebes weithin sichtbar unter Beweis und damit letztlich auch die Gültigkeit der verhaßten spanischsprachigen Justiz in Frage. Daneben führt die Guerilla jetzt stundenlange Feuergefechte und Angriffe auch auf starke Polizeistationen durch, um den eigenen Einflußbereich möglichst weit auszudehnen. In dieser Beziehung spielt die Land-Stadt-Strategie der PCdelp eine große Rolle, nach der die befreiten Zonen aus den Marktbeziehungen ausgekoppelt werden, um den Versorgungskreislauf des Wirtschaftssystems zu schwächen, die Stadtbevölkerung zu mobilisieren und eine solide Basis für den revolutionären Kampf zu schaffen. Dabei soll angeblich die 'Befreiung' solcher Zonen weitgehend stabil sein und auch durch den Einsatz von Streit- und Sicherheitskräften höchstens vorübergehend unterdrückt werden können. Die Polizeiorgane hingegen versuchen, diesem Konzept mit personeller Verstärkung, einem Höchstmaß an individuellem Terror und subtilen Counter-Insurgency-Methoden zu begegnen, wie sie u.a. bei den Vorgängen in Uchuraccay und Lucanamarca offensichtlich werden. Wegen dieser Maßnahmen und der mit zunehmender Truppenkonzentration immer ungleicher werdenden Kräfteverhältnisse wird die Guerilla wiederum gezwungen, ihr Vorgehen zu ändern und neue Aktionsformen einzuführen.

4.) Seit April 1982: Widerstandskämpfe und Exekutionen

Danach läßt sich eine grundsätzliche Polarisierung in der Kampftaktik feststellen: Überall dort, wo es die Umstände erfolgversprechend oder notwendig erscheinen lassen, operiert der SENDERO LUMINOSO nun in starken Verbänden und versucht, entweder weitgehend unter seiner Kontrolle stehende Regionen vollends zu erobern oder Einflußgebiete und Bewegungsfreiheit der Guerilla gegen die massiven Polizeieinsätze zu verteidigen und Blutbäder in den befreiten Zonen durch Truppenbindung zu verhindern. Diese Kämpfe eskalieren im Lauf des Jahres bis hin zu regelrechten Schlachten mit den Streit- und Sicherheitskräften, über deren Verluste jetzt auch die Regierung keinerlei Angaben mehr macht.

Andererseits bekämpft der SENDERO LUMINOSO den übermächtigen Staatsapparat jetzt auch auf unterster Ebene und beginnt, staatliche Funktionsträger und Verräter einzeln zu liquidieren. Obwohl diese Taktik einen Rückgriff auf tradierte Kampfformen aufständischer Bauern darstellt, die anstelle des unerreichbaren Systems dessen lokale Funktionsträger beseitigen, bleiben dennoch derartige Methoden aufgrund ihrer bedenklichen Nähe zur Lynchjustiz politisch äußerst zweifelhaft. Wegen der erdrückenden Übermacht und Gewalttätigkeit des Staatsapparates scheint die Guerilla sich jedoch auch dieses Mittels bedienen zu müssen, um den bewaffneten Kampf fortführen zu können. Immerhin hat sich der SENDERO LUMINOSO zu diesem Vorgehen erst entschlossen, nachdem allgemein bekannt ist, daß er sich im Kriegszustand mit dem Regime befindet, deshalb keinerlei staatliche Autorität in seiner Aktionszone mehr tolerieren kann und auch Verräter liquidieren muß, um sich vor Aufdeckung und Verfolgung durch die Sicherheitsbehörden zu schützen.

Dabei versucht die Guerilla oft erfolgreich, die jeweils Betroffenen vorher individuell zu warnen und durch wiederholte Todesdrohungen zur Aufgabe ihrer Ämter zu bewegen, da es ihr in diesem Zusammenhang nicht um Vergeltung, sondern entweder um die Verringerung von Staatsgewalt oder Gefahronabwehr und Selbstschutz geht. Falls es sich jedoch um Agenten der Sicherheitskräfte oder Funktionsträger des Systems handelt, die trotz allem auf ihren lukrativen Posten bleiben oder sich schwerwiegendere Vergehen gegen die Landbevölkerung schuldig gemacht haben, kann es zu Hinrichtungen durch Attentate oder Exekutionen kommen: denn in Fällen, in denen Systemvertreter oder Polizeispitzel außerdem wegen Verbrechen an den Einheimischen zur Verantwortung gezogen werden, findet meist ein öffentliches Verfahren (Volksgericht) statt, bei dem zunächst die Schuld des Delinquenten zumindest summarisch erörtert und erst anschließend ein Urteil gesprochen wird.

Verstöße gegen das Gemeinwohl und rein kriminelle Delikte werden in der Regel nicht mit der Todesstrafe, sondern einer ganzen Reihe von differenzierten Maßnahmen geahndet, deren Grundlagen vielfach auf andine Rechtstraditionen zurückgehen; erst wenn ein Straftäter zugleich auch als Funktionär oder Polizeiagent zum Kriegsfeind oder Sicherheitsrisiko wird, droht ein Todesurteil. Allerdings räumt der SENDERO LUMINOSO selber ein, daß es in Zusammenhang mit ungesühnten Verbrechen auch zu Hinrichtungen aus Rache gekommen sei, weil angesichts der von den Sicherheitskräften verübten Folterungen und Morde die Wut und Verbitterung der seit Jahrhunderten grausam unterdrückten Landbevölkerung nicht mehr habe gezügelt werden können. Unter Berufung auf Lenins These über individuellen Terror verurteilt die Partei jedoch ausdrücklich derartige Aktionen als Fehlverhalten, das sie zu verhindern bemüht sei. So fragwürdig die Aktionsformen der Guerilla auf dieser Ebene auch geworden sein mögen - sie müssen immer in Relation zu andiner Geschichte und Gegenwart und der Übermacht des feindlichen Systems gesehen werden, dessen unmenschlicher Terror vom SENDERO LUMINOSO mit allen Mitteln bekämpft wird.

5.) Seit Dezember 1982: Intervention der Streitkräfte

Der Konflikt erreicht seinen vorläufigen Höhepunkt, seit zum Jahreswechsel reguläre Truppenverbände offiziell im Hochland einmarschieren und acht Provinzen unter Kriegsrecht gestellt haben: nachdem der SENDERO LUMINOSO theoretisch bereits durch die staatliche Terrorpraxis bestätigt wurde, beweist die Intervention der Streitkräfte jetzt auch formal die nationale Dimension der Krise. Die PCdelp beantwortet diese neuerliche Eskalation deshalb nicht mehr durch die Einführung neuer Kampfformen, sondern mit einer neuen Kategorie politischer Aktivitäten, die nun verstärkt auch im Ausland durchgeführt werden. Im Rahmen dieser Bemühungen versucht der SENDERO LUMINOSO jetzt, die Weltöffentlichkeit über die peruanischen Herrschaftsverhältnisse und seine eigenen politischen Ziele zu informieren, um Aufmerksamkeit und Verständnis für seinen Kampf zu gewinnen. Dabei geht es ihm - neben der völkerrechtlichen Anerkennung des bestehenden Kriegszustandes - vor allem darum, daß die verheerende Austeritätspolitik der Regierung mit ihren Menschenrechtsverletzungen und dem im Hochland praktizierten Völkermord auch auf internationaler Ebene verurteilt wird.

Inzwischen geht der Kampf im Hochland weiter. Während die PCdelp durch selektive Kommando-Unternehmen und Operationen starker Verbände die Streit- und Sicherheitskräfte zu binden versucht, haben Regierungstruppen Ayacucho abgeriegelt, um die Bauernguerilla zu isolieren. Mit großangelegten Razzien, Sperrstunden, Haus-für-Hausdurchsuchungen und systematischem Terror soll die Stadt 'gesäubert' und gleichzeitig durch Völkermord und Totschlag das Land 'befriedet'

werden, indem die Militär- und Polizeieinheiten mit vereinten Kräften die Militarisierung der Dorfgemeinden und ihre Politik der verbrannten Erde forcieren. Um den Aktionsradius der Guerilla einzugrenzen, werden schwerbewaffnete Kontrollposten eingerichtet und verlassene Polizeistationen wiederbesetzt, die jetzt von vorgeschobenen 'puestos padrinós' aus unterstützt und versorgt werden. Von diesen Stützpunkten aus terrorisieren die Truppenverbände die umliegenden Gebiete und massakrieren die Bevölkerung. Unterdessen bombardieren Kommandoeinheiten von Kampfflugzeugen und Hubschraubern aus vermeintliche Guerilla-Dörfer und schießen aus Bordwaffen und Kalaschnikovs auf alles, was sich bewegt. Doch die Aktionen des SENDERO LUMINOSO gehen weiter.

Die Wachstumskraft des Inka RRI

Sowohl die praktische Kriegsführung des SENDERO LUMINOSO als auch seine politische Theorie und deren Vermittlung sind weitgehend auf die kulturelle Ambivalenz der andinen Realität zugeschnitten: während die 'ideologische Mischung' von marxistisch-leninistisch-maoistischem Gedankengut einerseits die gemischtrassige Vielschichtigkeit der peruanischen Gesellschaft berücksichtigt, trägt andererseits ihre Synthese mit andinen Elementen dem autochthonen Identitätsbewußtsein Rechnung, das u.a. auch in der Forderung nach unbedingter Autonomie zum Ausdruck kommt. Dabei wird die strikte Ablehnung von 'Yankee-Imperialismus', 'sozialistischem Sowjetimperialismus', 'chinesischem Revisionismus' und jeder Art von politischer Abhängigkeit relativiert durch die Bemühungen um internationale Anerkennung und Solidarität auf nichtstaatlicher Ebene (NGO) - wo allerdings vielfach die Positionen durch Verbindungen zur 'städtischen' Linken bereits besetzt sind und eifersüchtig verteidigt werden.

Auch auf nationaler Ebene lassen sich in der politischen Arbeit der PCdEP zahlreiche andine Elemente nachweisen: so ist beispielsweise die gesamte Agitation der Partei mit ihren Senderistenliedern und -texten stark kulturbezogen, im Propagandamaterial sind Hochlandbewohner mit der klassischen Mütze ('chullo') oder Steinschleuder ('huaraca') abgebildet und auch per Flugblatt werden ethnische Bezüge formuliert. Am deutlichsten spiegelt sich die andine Realität jedoch in der kompromißlosen Härte des bewaffneten Kampfes wieder, dessen Form durch die Machtverhältnisse und Jahrhunderte gewaltsamer Unterdrückung diktiert und von indianischen Traditionen gekennzeichnet ist.

INDIANISCHE PRAXIS

Ganz sicher haben nicht nur Elend oder Zufall den SENDERO LUMINOSO ausgerechnet in Ayacucho entstehen lassen: auch die großen Konzeptionen der panperuanischen Horizonte wurden im Hochland entwickelt - und Ayacucho war der Mittelpunkt der alten Huari-Kultur, die schon um 800 n.Chr. in voller Blüte stand und lange vor den Inka ganz Peru beherrschte. Besonders durch die Verbreitung von verbesserten Anbaumethoden schuf diese Hochkultur erst die Produktionsverhältnisse, auf denen die Inka ihr straff organisiertes Imperium errichten konnten. Entsprechend läßt sich die revolutionäre Tradition der Hochlandbewohner im Großraum Ayacucho bis ins 14. Jahrhundert zurückverfolgen; schon damals wehrten sich die dort ansässigen Ethnien der Pokra (Ayacucho), Chanca (Apuímac), Huanca (Huancaavelica/Junin) und Huamans erbittert gegen die zentralistische Inkaherrschaft und gelangten unter Führung des Pokra-Feldherrn Anco Huallu sogar bis vor die Tore von Cuzco, wo der siebente Inka Yahuar Huacac residierte.

Aus der Zeit dieser Rebellionen stammt auch die vom SENDERO LUMINOSO praktizierte Widerstandskampf-Taktik, die Funktionsträger der herrschenden Zentralgewalt zu liquidieren. Nachdem jedoch aufständische Pokra bei Huanta wieder einmal mehrere Vertreter des Cuzco-Systems hingerichtet hatten, veranstaltete der achte Inka Huiracocha in der Nähe von Quinua ein fürchterliches Strafgericht, bei dem das Volk der Pokra fast vollständig ausgerottet wurde. Angeblich erhielt damals auch Ayacucho (= 'Totenwinkel') seinen Namen, weil Huiracocha dort die Köpfe der erschlagenen Pokra zu einer riesigen Pyramide aufstürmen ließ. Aber auch die Iquichanos, die seither das Gebiet bewohnen, haben in zahllosen Aufständen mit wechselnden Verbündeten während der Kolonialzeit, den Unabhängigkeitskriegen und nach Gründung der Republik stets gegen Fremdherrschaft und Unterdrückung gekämpft.

Auch die erhängten - also unblutig getöteten - Hunde, mit denen Systemvertreter und Verräter vor ihrem Tod gewarnt werden, haben alte andine Bezüge und sind kultisch-religiösen Ursprungs: sie beruhen auf der traditionellen Rolle des Hundes als Warner vor schrecklichen Ereignissen bzw. seiner Bedeutung als Mittler zwischen Diesseits und Jenseits, der die Totenseelen ins 'Upamarca' begleitet. Gleichzeitig sind Hunde unbestechliche Richter über die menschliche Moral, die sich die guten und bösen Taten der Lebenden genau merken, um 'Gott' über den Charakter der Verstorbenen zu berichten. Vermutlich spielt daneben die 'hündische Ergebenheit', mit der das Tier nicht eigenen, sondern den fremden Interessen eines 'Herren' dient, bei den Todesdrohungen ebenfalls eine gewisse Rolle... Nach neueren Forschungsergebnissen (Latocha 1982) sind rituelle Hundetötungen bei Todesfällen im Andenraum auch heute noch verbreitet...

Die öffentliche Demütigung von Händlern, die mit den Staatsorganen kollaborieren, ist hingegen auch ein kolonialzeitlicher Reflex, der auf die Einführung des kulturfremden Geld- und Mehrwertes durch die Spanier zurückgeht. Ein Relikt kolonialer Justiz- und Kirchenpraxis scheint auch die Prügelstrafe zu sein, die angeblich bei schweren Eigentumsdelikten von Guerilleros angewendet wurde. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich bei derartigen Praktiken nicht um die Ideologie des SENDERO LUMINOSO, sondern zum Teil um den Ausdruck jener auch kulturellen Unterdrückung handelt, für deren Beseitigung die Guerilla mit allen Mitteln kämpft. Das gleiche gilt auch für Berichte über die Bestrafung von Prostituierten, denen die Haare abgeschnitten worden sein sollen; diese koloniale Kirchenstrafe für 'Ungläubige und Heiden' geht jedoch möglicherweise nicht nur von der damit verbundenen Schande, sondern auch von einer einflußnehmenden Wirkung des Haarschneidens aus - eine Auffassung, die in der auch heute noch verbreiteten traditionellen Haarschneide-Zeremonie ('rutuchicuy') zum Ausdruck kommt, bei der im Rahmen der Sozialisation Gegenseitigkeitsbeziehungen zwischen Individuum und Gemeinschaft (Kind/Paten-Verhältnis) hergestellt werden.

ANDINES WELTBILD UND BEWUSSTSEIN

Nach dem andinen Pachacutic-Konzept vollzieht sich das Weltgeschehen in zyklischen Abläufen, die jeweils durch ein Chaos eingeleitet und vollendet werden. Diesen kosmischen Zyklen ist der Mensch unänderlich unterworfen. Innerhalb der einzelnen Phasen kann er jedoch entweder durch Ausgleich und Anpassung diesen Prozeß verlangsamen und damit das sich zwangsläufig entwickelnde Chaos hinauszögern - oder aber durch Verschärfung von Gegensätzen zu seiner beschleunigten Entstehung und der einer neuen Ordnung beitragen.

Auf der Grundlage dieser Weltanschauung entwickelten sich in der andinen Landbevölkerung originäre Gesellschafts- und Wirtschaftsformen ('ayllu' und 'Andines Modell'), die sich durch Gegenseitigkeitsprinzipien und die Bewirtschaftung unterschiedlicher Produktionsstufen

nach einem mobilen Rotationssystem um ethnische Autarkie und optimale Nutzung der Ressourcen bemühten, ohne das soziale und ökologische Gleichgewicht zu zerstören. Und wenn der SENDERO LUMINOSO heute zwar nicht diese Formen, wohl aber ihre Prinzipien auf der Grundlage moderner Wissenschaften in einer künftigen Demokratie berücksichtigt wissen will, so hat das nicht unbedingt etwas mit 'andiner Utopie' und 'nostalgischem Steinzeitkommunismus' zu tun, sondern möglicherweise mit kultureller Identität, sozio-ökologischem Bewußtsein und einer durchaus praxisbezogenen Skepsis gegenüber Produktions- und Gesellschaftsformen, die aus einem blinden Fortschrittsglauben linearen Wunschdenkens heraus entwickelt wurden.

Wie tief dieses zyklische Denken und andines Bewußtsein auch heute noch im peruanischen Volk verwurzelt sind, zeigt u.a. die weite Verbreitung des Mythos von Inka Rri, der nicht nur im Hochland, sondern auch an der Küste allgemein bekannt ist. Dieser Mythos, der im Detail regional leicht variiert und in seinem Grundgedanken eine gewisse Ähnlichkeit mit der deutschen Sage von dem im Kyffhäuser schlafenden Kaiser Barbarossa (urspr.: Friedrich II.) aufweist, geht in seiner heutigen Form wahrscheinlich auf Tupac Amaru II zurück. Er berichtet, daß der letzte Inka, Sohn der Sonne und einer wilden Frau, von den Spaniern gefangen genommen, zerrissen und geköpft wurde. Die Henker verstreuten seine Gebeine in alle vier Himmelsrichtungen ('cunti-, chincha-, anti- und collasuyu') und vergruben das Haupt des Inka in Cuzco. Aber im dunklen Schoß der Mutter Erde ('pachamama') wächst aus dem Kopf langsam wieder ein neuer Körper; und wenn er vollendet ist, wird Inka Rri aus der Erde auferstehen, das peruanische Volk vereinen und von seiner Knechtschaft befreien.

Repression und Solidarität

Nach Weihnachten '82 wird im Großraum Ayacucho das Kriegerrecht über zwei weitere Provinzen verhängt und der SENDERO LUMINOSO gibt die Zahl der von ihm seit dem 18.5.1980 durchgeführten Unternehmungen mit 3.500 an. Durch z.T. spektakuläre Aktionen von Puno über Cerro de Pasco bis Piura und Iquitos hat die PCdEP mittlerweile ihre landesweite Präsenz in fast allen Departements Perús nachgewiesen. Das Jahr 1982 endet mit einer amtlichen Bilanz von über 150 Toten.

Im Januar '83 eskalieren die bisherigen Gefechte zu regelrechten Schlachten zwischen den Streit- und Sicherheitskräften sowie Guerilla-Einheiten, die in aus bis zu mehreren hundert Bewaffneten bestehenden Verbänden besonders im Raum von Huanta bzw. Cochamarca operieren und häufig von Frauen befehligt werden. Beide Seiten erleiden schwere Verluste: allein in der Woche vom 17.-22.1.1983 kommen nach offizieller Darstellung bei den Kämpfen mindestens 50 Menschen ums Leben. Dank der Berichterstattung einiger engagierter Journalisten werden immer mehr Einzelheiten über unvorstellbare Greuelthaten und die unmenschliche Grausamkeit bekannt, mit der die Streit- und Sicherheitskräfte planmäßig gegen die Landbevölkerung vorgehen: aus anfangs eher wahllosen Roheiten und sadistischen Exzessen hat sich seit geraumer Zeit ein systematischer Terror mit Brandstiftungen, Raub, Mord, Folter und Vergewaltigungen entwickelt, der auch vor Kleinkindern und Greisen nicht zurückschreckt. Unter anderem in den Ortschaften Huancapi, Huancaraylla, Huashuapata, Vinchos, Antasco und Dacha werden Männer, Frauen und Kinder brutal ermordet. Auch in einer ganzen Reihe weiterer Dorfgemeinden und Streusiedlungen werden regelrechte Blutbäder angerichtet und willkürlich Einwohner massakriert.

Spätestens seit Ende Januar haben die Streit- und Sicherheitskräfte auf ihre Weise weit mehr erreicht, als die Guerilla mit der Produktionsbeschränkung ihrer Land-Stadt-Strategie durchsetzen wollte: die sozialen und ökonomischen Strukturen im Großraum Ayacucho sind vollständig zusammengebrochen - nur die Mordmaschinerie des Militärs funktioniert reibungslos. Im Andenhochland beginnt ein wahrer Exodus der Landbevölkerung, der durch eine katastrophale Dürreperiode noch verstärkt wird: Zu Tausenden fliehen verzweifelte Dorfgemeinschaften ganzer Landstriche von ihren verdorrten Feldern in die Elendsviertel der tiefergelegenen Städte. Hinter sich lassen sie ihr verendetes Vieh und eine verbissene kämpfende Guerilla. Nach wie vor wird dabei die einseitige Darstellung der Militärs durch die Recherchen von engagierten Journalisten relativiert, deren entlarvende Tatsachenberichte von den wenigen Blättern der oppositionellen Presse veröffentlicht werden.

DIE GEGENWÄRTIGE SITUATION

Die Lage hat sich schlagartig verändert, seit am 26.1.83 in dem entlegenen Bergdorf Uchuraccay acht recherchierende Journalisten nach bestialischen Folterungen erschlagen worden sind. Die Journalisten waren am selben Tag frühmorgens von Ayacucho aus aufgebrochen, um einen bis heute ungeklärten Fall zu überprüfen, bei dem nach Darstellung der Militärkommandantur die Dorfbewohner von Uchuraccay und Huaychau angeblich mehrere Senderisten unbewacht haben sollen (später wird sich herausstellen, daß es sich bei den getöteten 'Guerilleros' zum Teil um 12-14jährige Kinder handelt, die mit Macheten erschlagen wurden).

Nachdem die gräßlich verstümmelten Leichen der Berichterstatter am 29.1. bei Uchuraccay aufgefunden worden sind, geht ein Sturm der Entrüstung durch ganz Perú: Das Belaúnde-Regime sieht sich gezwungen, zusätzlich zu den ermittelnden Behörden einen Untersuchungsausschuß zu berufen, der von regierungsfreundlichen Prominenten gebildet wird und die Schuldlosigkeit der Staatsorgane feststellen soll. Als bekannt zu werden droht, daß die Streit- und Sicherheitskräfte - vor allen Dingen die 'Sinchis' - in die Vorfälle verwickelt sind, wird Asuncion Barzola, der Bruder des Ermittlungsrichters Saveriano, zusammen mit 17 weiteren Personen von Polizisten verschleppt. General Roberto Clemente Noel Moral, verantwortlicher Kommandant der unter Kriegerrecht stehenden Gebiete, läßt einerseits einen kritischen Journalisten ins Gefängnis werfen und ignoriert andererseits richterliche Anweisungen zur Verhaftung verdächtiger Funktionäre in Uchuraccay; statt dessen werden mit dem Fall in Verbindung stehende Angehörige der Streit- und Sicherheitskräfte plötzlich versetzt und bleiben unauffindbar. Ein Korrespondent der Oppositionspresse wird von Polizeiorganen mit dem Tod bedroht und muß in der Hauptstadt untertauchen. Auch in Lima selbst erhalten unbequeme Journalisten Morddrohungen. Ein Parlamentarier der Linken wird zweimal von Polizisten sowie paramilitärischen Banden auf offener Straße überfallen, zusammengeschlagen und ebenfalls mit dem Tod bedroht. Auf diese Weise wird die engagierte Berichterstattung langsam mundtot gemacht und eine inoffizielle Nachrichtensperre durchgesetzt, an die sich die systemkonformen Medien - das sind über 90 % der peruanischen Nachrichtenorgane - durch einseitige Darstellung der Vorgänge ohnehin von Anfang an gehalten haben.

Schließlich veröffentlicht die eingesetzte Untersuchungskommission am 5.März einen nichtssagenden Abschlußbericht, in dem das Vorgehen von Regierung und Sicherheitskräften zwar vage bemängelt, die Schuld an den grausigen Vorfällen jedoch dem SENDERO LUMINOSO sowie den 'rückständigen' Bewohnern von Uchuraccay und Huaychau in die Schuhe geschoben wird.

Seither gibt es über die Entwicklung im Krisengebiet nur noch die Meldungen der Militärverwaltung, in denen über Aktionen der Streit- und Sicherheitskräfte kaum noch gesprochen wird. Statt dessen ist laufend von Mord und Totschlag die Rede, der jetzt angeblich zwischen 'ordnungsliebenden Dorfgemeinschaften' und Guerilleros tobt. So wird unter anderem am 3. April gemeldet, daß die Guerilla bei Lucanamarca (südwestlich von Huancasancos, in der Provinz Víctor Fajardo) 45 Campesinos getötet habe, die mit den Sicherheitskräften zusammengearbeitet hätten. Die Richtigkeit solcher Katastrophenmeldungen kann zwar angesichts der eskalierten Bedingungen nicht mehr mit absoluter Sicherheit ausgeschlossen werden; trotzdem sollte man derartige Berichte mit äußerster Zurückhaltung zur Kenntnis nehmen, da sie natürlich hervorragend in den Raster der offiziellen Stimmungsmache passen: nach deren Schema soll der Guerillakampf als blutiger Konflikt zwischen fremdgesteuerten Terroristen und einheimischen Indio Bauern verharmlost werden, in dem die Streit- und Sicherheitskräfte lediglich Freiheit und Demokratie verteidigen.

Durch organisierte Verbrechen wie in Uchuraccay sollen dabei die Hochlandbewohner insgesamt als schauerliche Wilde diffamiert und so die blutigen Gewalttaten der Staatsorgane gerechtfertigt werden. Um diese Version zu stützen und die Lage weiter anzuhetzen, werden ganze Dorfgemeinschaften indoktriniert, mit Versprechungen, Drohungen, Alkohol und Lebensmittellieferungen bestochen und aufeinander losgehetzt. Diese Taktik wird begünstigt durch das reichlich vorhandene Elend und tatsächlich bestehende traditionelle Spannungen zwischen in archaischer Armut lebenden Hochlandhirten und vergleichsweise 'bessergestellten' Bewohnern tiefergelegener Ortschaften. So soll es den Polizeikräften nach Korrespondentenberichten bereits gelungen sein, zwischen den aufgeputschten Gemeinden bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen anzustiften, bei denen unter dem Deckmantel der 'Terrorismusbekämpfung' bereits -zig Campesinos umgebracht wurden.

Nachdem seit Februar nun auch noch parlamentarische Linke versuchen, in Dörfern ihres Einflussesbereichs die Bewaffnung zu organisieren, ist jetzt die Lage völlig verworren (dabei kennzeichnet der konfuse Frontenverlauf die Vielfalt fremder Interessen, für deren Zwecke die andine Landbevölkerung seit jeher mißbraucht wird). Selbst aus konservativen Kreisen werden inzwischen hinter der vorgehaltenen Hand die inoffizielle Nachrichtensperre und der Völkermord bestätigt: während Peru die großen Ferien genießt, durchkämmte das Militär Millimeter für Millimeter das gesamte Krisengebiet und habe seit Anfang des Jahres bereits drei- bis vierhundert 'Guerilleros' getötet; dabei sei es natürlich zu außerordentlich hohen Verlusten unter der andinen Landbevölkerung gekommen... Es soll weit über 2.000 politische Häftlinge geben, die - wie in El Fronton, Callao und Lurigancho - wegen der Konzentrationslagerartigen Haftbedingungen immer wieder in Hungerstreik treten. Verhöre mit systematischen, oft tödlich verlaufenden Folterungen sind dabei bereits zur alltäglichen Routine geworden. Die Bemühungen von karitativen und Menschenrechtsorganisationen auch auf internationaler Ebene haben in diesem Zusammenhang lediglich dazu geführt, daß die Streit- und Sicherheitskräfte im Hochland meist keine Verhaftungen mehr vornehmen, sondern Gefangene gleich an Ort und Stelle zu Tode quälen.

Trotzdem konnte eine Ausweitung der Guerillakämpfe offensichtlich nicht verhindert werden, die jetzt zum Teil auch schon auf die Departements Junín und Cuzco übergreifen haben sollen. Dort operieren zur Zeit starke Verbände der Streit- und Sicherheitskräfte, die durch zahlreiche Spezialeinheiten besonders argentinischer und brasilianischer Staatssicherheits- und Geheimdienste verstärkt werden.

Auch auf nationaler Ebene verschärft sich die Lage dramatisch (vgl. LN 111): Radio- und Presseberichten zufolge sollen nach sintflutar-

tigen Regenfällen im Norden und der langen Dürreperiode im Süden Hunderttausende obdachlos geworden und in die Küstenregionen gezogen sein. Und während Seuchen und Elend um sich greifen, erwartet Peru das schlechteste Ernteergebnis seit über 20 Jahren. Mit den unterschiedlichsten Begründungen wird in verschiedenen Landesteilen immer wieder der Ausnahmezustand verhängt, denn die vernichtende Austeritätspolitik der Belaúnde-Regierung provoziert permanente Unruhen, Demonstrationen, Straßenblockaden und Streiks unter der geschundenen Bevölkerung.

Auch über Lima wird ein 5tägiger Ausnahmezustand verhängt, als am 10.3. ein von der Gewerkschaftszentrale CGTP und anderen Verbänden ausgerufenen 24stündigen Generalstreik das ganze Land lahmlegt. Entgegen offiziellen Behauptungen wird der Streikaufruf diesmal nicht nur hundertprozentig überall in der Provinz, sondern jetzt auch von rund 80 % der Einwohner Limas befolgt. Die polizeilichen Unterdrückungsmaßnahmen führen zu 4 Toten, zahlreichen Schwerverletzten und 250 Verhaftungen: unterdessen werden im Parlament Gesetzesentwürfe vorbereitet, um derartigen Streiks künftig die rechtlichen Grundlagen zu entziehen. Parallel dazu wird die Antiterrorgesetzgebung benutzt, um jede Art von Forderung, Unruhe oder Opposition schon im Ansatz flächendeckend zu ersticken: So wurden beispielsweise in der Selva die ihren Lebensraum gegen vordringende Rohstoffkonzerne verteidigenden Aguarunas in Loreto, die Ashaninkas in Ucayali, ganze Bergdörfer in Abancay und die bessere Maispreise fordernden Campesinos von San Miguel pauschal als 'Terroristen' angeklagt und den Repressalien der Sicherheitskräfte ausgeliefert.

Politisch äußert sich die Systemkrise mittlerweile auch in unverhüllten Putschdrohungen konservativer Kreise; die mitregierenden Volkschristdemokraten unter Limas Ex-Bürgermeister Luis Bedoya Reyes fordern völlig freie Hand für das Militär und die Wiedereinführung der Todesstrafe - "sonst wird der 1980 geschlossene Pakt aufgekündigt!" - und auch Belaúndes Acción Popular radikalisiert sich weiter. Derweil diskutieren Teile der zerstrittenen Linken immer noch die Umschichtung nicht vorhandener Entwicklungsgelder, während andere versuchen, unter dem Motto 'Ni Sendero, ni Gobierno!' im Hochland eine eigene Front zu eröffnen - wie beispielsweise Angehörige der UDP, die mit der von ihr beeinflussten Bauerngewerkschaft CCP in Colcabamba die 'Selbstverteidigung' organisieren. Unterdessen haben sich große Teile der Vanguardia Revolucionaria/PM bereits dem SENDE-RO LUMINOSO angeschlossen... In dieser Situation versucht die PCdelp, für ihre politischen Häftlinge den Kriegsgefangenenstatus durchzusetzen, und bemüht sich verstärkt um internationale Solidarität.



Präsident Belaúnde und General Roberto Clemente Noel Mora

REZENSIONEN

Gaby Weber: "Krauts" erobern die Welt

Der deutsche Imperialismus in Südamerika
Libertäre Assoziation, Hamburg 1982

Was wir schon immer über Lateinamerika wissen wollten ... Wie es eigentlich mit den Deutschen bestellt ist. Wie sie dort hinkamen, wo sie, wie sie, warum sie dort leben. Wir haben einiges hin und wieder aufgeschnappt. Zum Beispiel, daß nicht alle Nazis sind, daß auch viele Juden während des Faschismus nach Südamerika ausgewandert sind. Wir hörten auch, daß die Deutschen von allen Regimen des Subkontinents und mit besonderer Begeisterung von den rechtsgerichteten, mit großer Freude aufgenommen worden sind.

Die meisten von uns wissen nicht viel mehr und können sich freuen, daß Gaby Weber nach Argentinien, Paraguay und Chile aufgebrochen ist, um uns eine spannende und materialienreiche Geschichte zu liefern, die von den Anfängen bis zur Gegenwart unserer Landsleute drüben reicht.

Insgesamt werden die schlimmsten Erwartungen übertroffen, hören wir im Detail und mit vielen Beispielen versehen, was zu wissen wichtig aber deprimierend ist.

In allen drei untersuchten Ländern wirken die deutschen Vereine, Verbände, Burschenschaften, Schulen etc. im Sinne der Diktaturen des Landes. Die einzige Ausnahme bildeten acht lutherische Gemeinden in Chile, die unter maßgeblicher Beteiligung von Bischof Frenz nach dem Sturz von Allende eine Art oppositionellen Kirchenverband gründeten. Sie sind die einzigen im ganzen Buch, die nicht in das Bild der Deutschtümler, Rassisten, Spießer und Hitlerianer passen, die Gaby Weber uns ansonsten vorstellt.

Die Autorin ist dafür bekannt, daß sie nach Art des Herrn Walraff in Kreise und Milieus einzudringen vermag, die sie sonst gewiß nicht empfangen würden. Es ist ihr so gelungen, Gespräche zu führen und Bekanntschaften zu machen, die anderen Reisenden nicht möglich sind. Sie muß schon erstaunliche schauspielerische Fähigkeiten haben, hatte sie doch Szenen hinter sich zu bringen, wie den Besuch bei der deutschen Burschenschaft "Araucania" in Santiago de Chile: "Jeden Freitag findet eine 'Kneipe' statt, ein Saufgelage mit Stiefeltrinken und Biertaufe. Frauen sind natürlich hier von ausgeschlossen. Ich weiß die Ehre zu schätzen. ... Und Bier fließt in Strömen. Dazu werden Reden über die deutsche Art und die deutsche Rasse geschwungen oder auch mal ein Ostfriesenwitz erzählt. Man singt mit Stiefeltrinken und Biertaufe. Frauen sind natürlich hier bei der Hand." Auch ich muß mitsingen" (S. 130f.)

Aber es sind natürlich nicht nur die Ideologien, die die Deutschen so verabscheuungswürdig erscheinen lassen, sondern vor allem ihr konkretes Tun: Mit deutschen Investitionen, mit VW-Fabriken und Landkauf werden Regime unterstützt und gepäpelt, in denen es fast allen Bewohnern täglich schlechter geht, außer natürlich den Deutschen.

Ob es um die Unterdrückung und Ausrottung der Indianer, den Aufbau von Armeen, die Verbreitung des Christentums oder die Verwirklichung anderer Ziele zum Nutzen und Frommen der Herrschenden geht,

seit dem 16. Jahrhundert sind die Deutschen dabei. Wer heute in Südamerika reist und erzählt, daß er aus der Bundesrepublik kommt, wird meist mit offenen Armen empfangen, bekommt anerkennende Worte zu hören. In den betroffenen Ländern scheinen die Informationen von Gaby Weber ebenso unbekannt zu sein, wie hierzulande. Es ist vielleicht besser für uns, wenn es nicht so bald eine Übersetzung ins Spanische gibt!!

Und die "guten" Deutschen? Diejenigen, die wir in der Solidaritätsarbeit kennengelernt haben? Sie hießen doch auch oft Hermann, Gabi oder Hans. Sie scheinen zu wenige zu sein, als daß sie eine Gruppe genannt werden könnten. Sie haben sich wohl unter die übrigen Landsleute gemischt.

PERIPHERIE 10/11

Befreiungsbewegungen an der Macht? lautet der Titel der Nummer vom Herbst/Winter 1982. Das Fragezeichen deutet die Richtung an, in der dieses brisante und aktuelle Thema behandelt werden soll.

Am Beispiel der Länder Vietnam, Nordkorea und Guiné-Bissau werden in Einzelstudien die Schwierigkeiten, Um- und Abwege gezeigt, die diese Länder auf einem Weg durchlaufen, der im Sozialismus enden soll.

Es ist schade, daß diese Probleme anhand von Ländern aufgegriffen wurden, die zumindest für die bundesrepublikanische Solidaritätsbewegung keine Rolle mehr spielen.

Es wäre sehr interessant gewesen, sie auch am Beispiel Nicaraguas, Zimbabwes oder Kubas zu studieren. Ist es ein Zufall, daß die Autoren lieber "in die Ferne" geschweift sind?

Zumindest werden in dem Bericht über Guiné-Bissau die brennenden Fragen der Solidaritätsbewegung angeschnitten, wird gezeigt, wie schwer es ist, eine Realität zu erleben und aufzuschreiben, die denen nicht paßt, die nicht wollen, daß es so sei. Der Autor des Berichts schildert offen, wie er in der Gewißheit nach Guiné-Bissau kam, dort eine Art Aufbau des Sozialismus zu finden und es ihm nicht gelungen ist, diesen auch nur in Ansätzen zu entdecken. Er fragt sich, wie es möglich war, viele Jahre lang ein Bild dieses Landes aufrecht zu erhalten, das sich bei näherem Betrachten in nichts auflöst. Dann beschreibt er detailliert die Schwierigkeiten, die das Land seit dem Sieg der PAIGC durchlaufen hat und das Ergebnis zeigten, daß es dem Volk nach der Befreiung ökonomisch erheblich schlechter geht als zu Zeiten des Kolonialismus. Die Befreiungsbewegung hat, so der Autor, versagt.

"Die Frage nach der Bilanz des Befreiungskrieges stellen sich aber nicht nur ausländische Beobachter und Solidaritätsgruppen, sondern vor allem das befreite Volk selbst." (S. 122)

In einem anderen Beitrag "Sozialistische Entwicklungsländer" Entwicklung des Sozialismus?" werden wiederum nur die "klassischen" Beispiele herangezogen: China, Korea, Albanien, Kuba und Vietnam. Hier werden wissenschaftliche Studien präsentiert, die unter der Fragestellung entstanden sind, wie die Theorie des peripheren Kapitalismus weiterentwickelt und konkretisiert werden kann. Am Beispiel der genannten Länder werden die unterschiedlichen Wege und Bedingungen deutlich, die sie als "Peripherie" durchlaufen haben.

Im Aufsatz "Sozialwissenschaftler und nationale Befreiungsbewegungen" plädiert der Autor für eine konstruktive Zusammenarbeit. Er wurde im Jahre 1978 verfaßt

Hier, wie an manchen anderen Stellen fehlen die aktuellen Entwicklungen, Erfahrungen, die unbedingt zu einem so gegenwärtigen Thema gehören, wie es die vorliegende Nummer gewählt hat.

Aber wir kennen sie ja, diese Peripherie, wer gerne viel und gründlich studiert, wer wissen will, was es zu lesen, zu forschen, zu analysieren gibt, kauft sie sowieso. Wer unter der oft aufgesetzt wirkenden Wissenschaftlichkeit stöhnt, sollte mal einen Leserbrief schreiben und um mehr Popularität bitten, eine Darstellungskunst, die bekanntlich gerade großen Geistern zu eigen ist.

Bezug und Vertrieb

Peripherie c/o FDCL

Im Mehringhof, Gneisenastr. 2

1000 Berlin 61

Rüstungsexport

In der Reihe "Jugendpressematerialien" erschien jetzt ein Band zum Thema RÜSTUNGSEXPORT. In dem 60-Seiten-Heft werden die Positionen und Erfahrungen der Bewegung gegen die Exporte anschaulich dargestellt. Ein Materialteil mit einem Lexikon und Recherche-Tips hilft denjenigen, die gegen das blutige Geschäft opponieren wollen.

"In jeder größeren Stadt gibt es Dutzende Betriebe mit wehrtechnischer Produktion. Die Öffentlichkeit weiß davon nichts. Das kann sich nur ändern, wenn Aufklärungsarbeit geleistet wird". Das ist die Absicht der von der Deutschen Jugendpresse herausgegebenen Publikation. Das Heft soll die Diskussion anregen, soll Dritte-Welt-Gruppen bei der Informationsarbeit helfen. Dazu gibt es zahlreiche Tips und Hinweise für die Arbeit "vor Ort", Informationen über den Aufbau einer Kampagne gegen Rüstungsexporte. Initiativgruppen aus Stuttgart und Bremen beschreiben ihre Erfahrungen mit erfolgreichen Kampagnen gegen Waffenlieferungen.

Zudem hat das Heft dokumentarischen Wert. Alle wichtigen Texte der auf diesem Gebiet arbeitenden Gruppen und die Positionspapiere einer sich im Aufbau befindenden bundesweiten "Stoppt den Rüstungsexport"-Kampagne sind von der Redaktion zusammengestellt worden. Dennoch verzichten die Hrsg. auf die Verbreitung einer weiteren Broschüre bekannten Inhalts, wie dies von anderen Organisationen häufig gemacht wird. (Zum Beispiel veröffentlichte Pax Christi eine teilweise schlecht recherchierte Broschüre des Tübinger Vereins für Friedenspädagogik nur mit verändertem Umschlag, noch

dazu ohne die eigenen Positionspapiere hineinzunehmen).

Das Heft der Deutschen Jugendpresse enthält durchweg Neues über die bundesdeutschen Rüstungsexporte. Ein Dossier über die Propaganda-Arbeit der Rüstungskonzerne und die ihnen sehr ergebenen Journalisten bringt zum Teil Unglaubliches zutage: da fehlen auch nicht liberale Blätter wie der VORWÄRTS oder die TRANSATLANTIK. Der Bericht übertrifft alles, was man von dieser Seite gewohnt ist.

Ein weiterer Beitrag beleuchtet noch einmal die mittlerweile in Vergessenheit geratene Raketenbau-Firma OTRAG, die nach wie vor in Zaire auf einem Gelände, das der Größe der DDR entspricht, ihre Geschosse testet. Und ein Interview mit dem BMZ-Abteilungsleiter Albert zum Thema signalisiert in einer erstaunlichen Offenheit den neuen Weg, den diese Regierung einschlägt. Da erzählt ein Ministerialbeamter ohne Umschweife, er sei erst kürzlich in Guatemala gewesen und habe dort den Eindruck gewonnen, daß "das Regime alles versucht, um die Ordnung wiederherzustellen". Ausbildungshilfe für die Militärs dieses Regimes hält der BMZ-Mann für selbstverständlich.

Die Publikation gewinnt angesichts der Neuorientierung der Rüstungsexportpolitik durch die Kohl-Regierung besondere Bedeutung. Der Protest gegen die Exporte braucht unterstützendes Informationsmaterial wie diese "materialien". Denn gegen die Lieferung von "Leos" an Saudi-Arabien und MEKO-Fregatten an Argentinien kann nur widerstehen, wer auch weiß, wovon er spricht.

BEZUG GEGEN EINSENDUNG VON DM 5,- (BAR, V-SHECK, KLEINE BRIEF-MARKEN) ÜBER DIE DEUTSCHE JUGENDPRESSE E.V.
POSTFACH 14 01 63
5300 BONN

Brücke der Menschlichkeit

Spendenaufruf für Peru



Wir sind eine deutsch-peruanische Gruppe, die sich aufgrund der bestehenden Notlage im Katastrophengebiet Nord-Peru, zusammengebildet hat.

Seit Anfang Dezember 1982 wird dieses Gebiet von starken sintflutartigen Regenfällen heimgesucht.

Seit April hat sich die Lage noch verschlimmert: Hochwasser und Überschwemmungen haben Brücken, Straßen, Dörfer, Häuser und den größten Teil der Ernte total zerstört.

Viele Städte und Dörfer sind seitdem von der Außenwelt abgeschnitten. Sogar die Flugverbindungen von und nach Tumbes und Piura (den zwei größten Städten dieses Gebietes) sind ganz oder teilweise unterbrochen.

Diese Zustände haben dazu geführt, daß die Bevölkerung unter Hungersnot und Krankheiten leidet, dabei sind die Kinder besonders betroffen. Die Kindersterblichkeit hat um das 10-fache zugenommen.

Es fehlt an lebensnotwendigen Mitteln, wie Nahrung, Medikamenten und Brennstoffen.

Unser Ziel ist es, besonders den Kindern mit Medikamenten und Kindernahrung zu helfen. Für diesen Zweck läuft z.Z. eine Briefaktion bei den Kinderärzten Berlins.

Außerdem ist zur Zeit eine Wanderausstellung und ein Solidaritätskonzert in Vorbereitung.

Um zu gewährleisten, daß diese Hilfe wirklich an diese Kinder gelangt, wird ein Mitglied unserer Gruppe die Hilfsmittel persönlich am Ort und Stelle übergeben.

Bitte helfen Sie diesen Kindern mit Ihrer Spende!!!!

Sonderkonto: TRINITATIS-KIRCHENGEMEINDE

POSTSCHECKAMT BERLIN-WEST, KONTO NR. 124 60-108

STICHWORT: PERU

* Auf Wunsch werden Spendenquittungen von der Trinitatis-Kirchengemeinde ausgestellt.

SPENDENAUFBRUF

FÜR DIE BASISGEMEINDEN

Nahrung für El Salvador

Dieses konkrete Projekt, das den "Christen für den Sozialismus" von Padre Benito Tobar während seines Besuchs in der Bundesrepublik Deutschland übergeben wurde, hat den Anbau von Bohnen in den befreiten Gebieten El Salvadors zur Aufgabe.

Die Verantwortung trägt "Coordinadora Nacional de la Iglesia Popular de El Salvador" - CONIP.

CONIP koordiniert die Arbeit von Basisgemeinden sowohl in den von der Befreiungsbewegung kontrollierten Gebieten als auch in den vom Militär beherrschten Zonen,

CONIP setzte nach der Ermordung von Erzbischof Oscar A. Romero dessen beispielhafte Arbeit in der Unterstützung der kämpfenden Bevölkerung fort.

In der Projektbeschreibung von CONIP heißt es:



"Der größte Teil der Bevölkerung war jahrzehntelang dem Hunger und Elend, der Verfolgung, Folter und Völkermord ausgesetzt, verursacht und verschuldet durch die Tyrannei der Militärs. Darin liegen die Wurzeln des Krieges in unserem Lande.

Viele Menschen sind vor Repression und Völkermord aus ihren Dörfern geflüchtet, in vielen Fällen in die von der FMLN befreiten Gebiete.

Um die Ernährung der einheimischen Bevölkerung und der Flüchtlinge zu gewährleisten, erbitten wir Spenden zur Unterstützung einiger Projekte, die den Nahrungsmittelbedarf decken sollen.

Wir betrachten die Lösung dieser Probleme als Teil unserer kirchlichen Arbeit und werden versuchen durch kollektive Produktionsformen Solidarität und Gemeinschaftssinn unter der Bevölkerung zu fördern."

Das Projekt umfasst unter anderem den Ankauf von Saatgut, Düngemitteln, sowie den Aufbau von Bewässerungsanlagen. Zur Durchführung werden 22 800 US-Dollar benötigt, die wir durch Spenden aufbringen wollen.

Wir erbitten Ihre Spende auf das Konto von:

Tamen Köhler
Wasserhorst 8
2820 Bremen 77

Postscheckamt Hamburg
Kontonummer 949 78 - 203
Bankleitzahl 200 100 20

Bitte immer das Kennwort: "CONIP - Bohnen" angeben.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

lla-info 65/83 Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Schwerpunktthema: Konkurrenzkampf unter Landsknechten? - Surinam zwischen Revolution und Konterrevolution

Berichte und Hintergründe: Die Karibikinsel Grenada: Im Sperrfeuer der US-Propaganda/ Invasion in Nicaragua: Wie weit werden die USA noch gehen? - "Sie haben nur noch die Freiheit, ihren Namen zu nennen" - Die Südfrent mit Costa Rica/ Der Pyrrussieg des Rios Montt - Wo steht die Revolution in Guatemala heute? / Vorurteile, aber auch Widerstandstraditionen - Die guatemaltekeische Frau im Befreiungskampf/ Brasilien/Bahia: Die Dürre verschärft die Gewalt der Armut im Sertao/ Itaparica-Stausee: Landarbeiter setzen sich zur Wehr/ Gefangen auf EL Frontón - Ein Beispiel für Repression und Schikanierung der Landbevölkerung in Peru/ Argentinien: Nach zehn Jahren Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie. Ländernachrichten: Chile, Kuba

Solidaritätsbewegung: "Wir freuen uns, wenn wir zu zweit auf dieses Maß kommen" Zwei junge Frauen aus der BRD bei der Kaffeernte in Nicaragua/ Nachruf auf Marianella/ Trauer um eine große Frau/ Tag der Solidarität mit Nicaragua/ "Landesarbeitsgemeinschaft Dritte Welt" der Grünen in NRW gegründet/ Buchbesprechungen, Zeitschriftenschau.

ARGENTINISCHE NACHRICHTEN Nr. 2/83 c/o KSG, Beethovenstr. 28
6000 Frankfurt 1

Die Invasoren Nicaraguas - Erklärung eines Deserteurs der argentinischen Geheimdienste / Das Amnestiegesetz / Ein ungewohntes Gesicht der Krise: die "Diebe" des Mülls / Das Verschwinden von Personen in Argentinien, die Menschenrechte und der Rechtsstaat.

issa 4/5 / 83, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Schwerpunktthema: Zimbabwe 3 Jahre Unabhängigkeit

Solidarität mit Zimbabwe / Der Konflikt im Matabele-Land / Dissidenten "in der Mangel" / Pretorias Politik gegenüber Zimbabwe / Nationale Wirtschaftspolitik und regionale Kooperationsbemühungen / Resettlement und ländliche Entwicklung / Lohnarbeiter in Zimbabwe / Gesundheitswesen / Erziehungswesen / Selbsthilfe - projekt / Deutsche Lehrer in Zimbabwe / Frauen in Zimbabwe / Zimbabwe Netzwerk

AIB 4/83, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

AIB-Aktuell: Bonner Konfrontationskurs gegen die Dritte Welt / Nichtpaktgebundene: Der 7. Gipfel von Delhi / Indien: Mahatma Gandhis Ideale - noch immer unerfüllt; Indira Gandhis freiwillige Schuldenfalle / Afghanistan: Tendenzwende zugunsten der Regierung Karmal / Iran: Die Revolution auf dem Rückmarsch / Guatemala: Ein strategisches Dorf in Xejalbinte / Palästina: Klarer Kurs der PLO in Algier / Nigeria-Ghana: Belastungsprobe für Rawlings / Entwicklungspolitik: Von der Reform zur Krisenkur / Solidaritätsbewegung: Diskussion "Dritte Welt und Frieden" / Rückblick: Vor 15 Jahren starb Martin Luther King.

EPK 1/83, Postfach 2846, 2000 Hamburg 19

"DDR und Dritte Welt": Artikel über Ideologie und Praxis der DDR-Politik, militärische und ökonomische Kooperation, FDJ-Freundschaftsbrigaden und Solidaritätsorganisationen; Auszüge aus DDR-Schulbüchern; Dokumente und Interviews, Schaubilder und Tabellen.

TERMINE

II. Treffen lateinamerikanischer und karibischer Frauen

19. bis 22. Juli in Lima (Peru)

Im Juli 1981 trafen sich 270 Frauen aus Lateinamerika und der Karibik in Bogotá zum ersten Mal. Für die Teilnehmerinnen war es eine erfahrungsreiche Woche voll Einigkeit und Diskrepanz, Solidarität und Widerspruch. Aus dieser Erfahrung heraus entstand der Wunsch, im Laufe von 2 Jahren ein 2. Treffen zu organisieren.

Die Frauen aus Lima haben dafür die Verantwortung übernommen und eine Koordinationsgruppe bestehend aus den Vertreterinnen der verschiedenen limenischen Frauengruppen und -organisationen gebildet, die jetzt das 2. Treffen organisiert haben. Es findet vom 19. bis 22. Juli in Lima statt.

"Wir wissen, daß die Unterdrückung der Frau seit Anfang der Geschichte an und in allen Gesellschaften existiert. Wir wissen auch, daß daran in erster Linie das fortbestehende Patriarchat schuld ist, das sich stets erneuert und an alle Gesellschaftsformen anpaßt, auch an diejenigen, die einen gewissen Strukturwandel erreicht haben ..."

"...Wir lateinamerikanischen Feministinnen sind der Meinung, ...daß das Patriarchat nicht nur die Unterdrückung der Frauen aufrecht erhält, sondern auch zur Aufrechterhaltung und Verstärkung der ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Ungleichheit in unseren Ländern beiträgt. Institutionen wie die Familie, die Kirche, die Produktionsweise geben der Unterdrückung der Frau auf unserem Kontinent eine besondere Prägung..."

"Die Kenntnis unserer eigenen Geschichte der Unterdrückung und die Form, in der sie sich in unserem täglichen Leben ausdrückt, ist die Grundlage unserer Theorie und Praxis, das Prisma, durch welches wir unsere Wirklichkeit analysieren können ..." (Aus der Vorlage der Kommission verantwortlich für die Themen der Arbeitsgruppen)

bisher geplante Arbeitsgruppen:

- | | |
|--|---|
| 1. Patriarchat und Kirche in L.A. | 8. Patriarchat und Geschichte |
| 2. Patriarchat und feministische Forschung | 9. Patriarchat und Literatur |
| 3. Patriarchat und Hausarbeit | 10. Patriarchat und Alter |
| 4. Patriarchat, Feminismus und Alltag | 11. Patriarchat und Methodenlehre |
| 5. Patriarchat und Frauen im Exil | 12. Patriarchat und Entwicklungsprogramme |
| 6. Patriarchat und alternative Medien | 13. Patriarchat und Lohnarbeit |
| 7. Patriarchat und Gesundheit | |

Wer näheres wissen will, wende sich direkt an: Apartado 2211
Lima 100
PERU

Die FDCL-Frauengruppe sendet Interessierten eine Liste mit Adressen von peruanischen Frauengruppen, Titeln von Zeitschriften, Broschüren und Büchern von Frauen für Frauen zu. Bitte 1.-DM in Briefmarken (Kopierkosten) und frankierten, adressierten Umschlag beifügen.

FRAUENWORKCAMP 1983: DAS VERHÄLTNISS VON MANN UND FRAU - URSACHE UND/ODER
SYMPTOM GESELLSCHAFTLICHER MACHT - OHNMACHT -
STRUKTUREN ? oder
WIE MOSSEN WIR FRAUEN KÄMPFEN ?

Veranstaltung des Projektbereiches Dritte Welt der Arbeitsgemeinschaft kath.
Studentengemeinden (AGG) für in- und ausländische Frauen vom 16. - 29. Juli
in 4925 Kalletal.

Informationen/Anmeldung bis 15. Juni an AGG z. Hd. Uschi Schmidt
Rheinweg 34, 5300 Bonn 1

MASSEN MEDIEN DES WIDERSTANDS Seminar des Chile-Komitee München am
18. - 19. Juni '83 in München.

Anhand des Projektes "Radio Liberación Chile" stellt ein Vertreter der Organi-
sation das Anfangs- und Aufbaustadium eines revolutionären Radiosenders dar,
während ein Vertreter von "Radio Farabundo Martí" das fortgeschrittene Stadium
erläutert. Ein chilenischer Journalist setzt sich mit der Situation der Massen-
medien unter dem Einfluß der Diktatur auseinander.

Information/Anmeldung: Chile Komitee München c/o Mechtild Everinghoff,
Isoldenstr. 3, 8000 München 40, Tel 089/36 55 33

Internationales
Sommerlager



Campamento
Internacional de
Verano

SALVADOR ALLENDE

KIEL 22. - 31.7.1983

Am 11. September 1983 jährt sich der blutige Militärputsch gegen die Regierung Allende in Chile zum zehntenmal.
Seitdem befindet sich das terroristische Militärregime mit dem eigenen Volk im Kriegszustand, wird der Widerstand
mit Mord, Folter, Hunger und Vertreibung ins Exil unterdrückt.

Trotzdem schwillt der Kampf gegen die Diktatur auf allen Ebenen an - nicht nur in Chile, sondern überall in der
Welt, wo die Junta versucht, die internationale Isolation zu durchbrechen. Eine besondere Herausforderung des chile-
nischen Volkes und aller deutschen Antifaschisten stellen der Bau von U-Booten und die Ausbildung chilenischer Mi-
litärs in Kiel dar. Dieses Geschäft soll eine schrankenlose Ausdehnung der Waffenexporte durch die deutsche Kriegs-
industrie einleiten. Schon jetzt fallen tausende Arbeitsplätze im zivilen Schiffbau der ständigen Ausweitung der Kriegs-
produktion zum Opfer.

Die Ausführung dieser Pläne hängt von unseren Aktivitäten und Mobilisierung ab. In gemeinsamen Aktionen von
Chilenen und Deutschen, von Solidaritäts- und Friedensbewegung, kann die Auslieferung der U-Boote an Chile verhin-
dert werden. Die Teilnehmer des Internationalen Sommerlagers Salvador Allende werden mit konkreten Aktionen da-
zu beitragen (können), und so den vor zehn Jahren durch chilenische Militärs ermordeten Präsidenten Salvador
Allende ehren.

Information/Anmeldung: AK Chile Solidarität c/o D. Jordan,
Sandkrug 28, 2300 Kiel 14

10 Jahre Militärdiktatur

FÜR CHILES FREIHEIT POR LA LIBERTAD DE CHILE

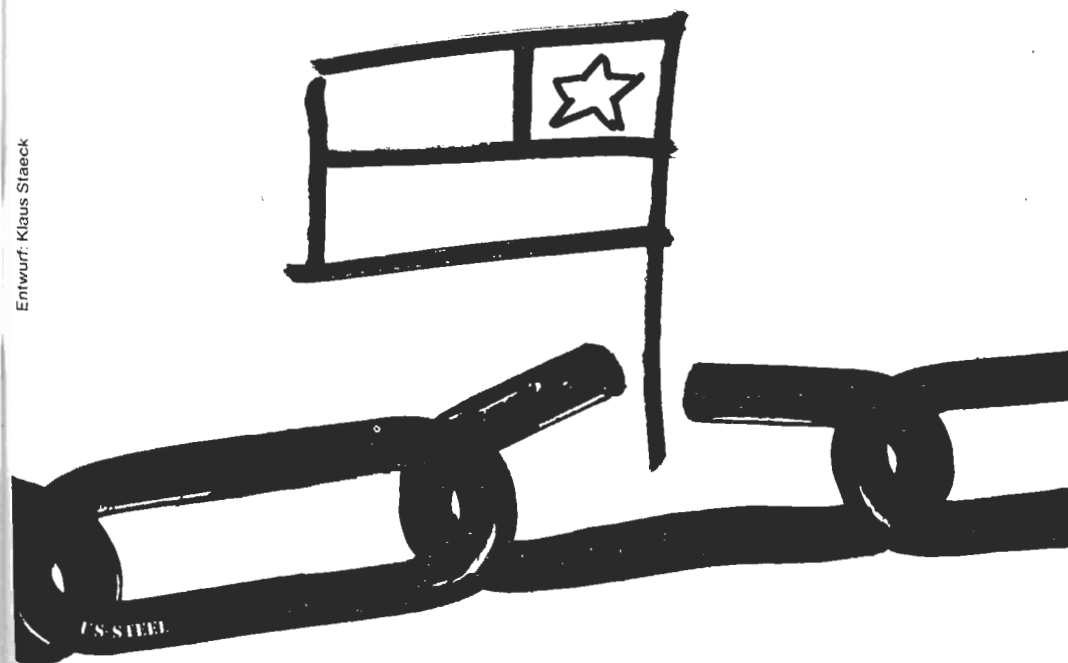
24.-26. Juni 1983 in Münster

Kongreß gegen Militärdiktatur und Imperialismus in Chile und Lateinamerika

Veranstalter:

die Evangelische und Katholische Studentengemeinde und der Initiativkreis „Solidarität mit Chile“ Münster, in Zusammen-
arbeit mit: der Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile e.V. (Bonn), Amnesty International - Chile
Kogruppe (Siegen), dem Antimperialistischen Solidaritätskomitee für Asien, Afrika und Lateinamerika (Frankfurt), dem
Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile - Lateinamerika (Berlin), der Initiative Internationale Christliche Chile Soli-
darität (Mainz/Walberberg), der Kinderhilfe Chile, dem Referat für kirchlichen Entwicklungsdienst im Diakonischen Werk
der Evangelischen Kirche von Westfalen, dem Evang. Schulpfarramt des Kirchenkreises Münster, dem Informationszen-
trum Solidansche Welt (Münster), der Koordination der chilenischen Linken in der BRD und der CUT

Entwurf: Klaus Staack



Nachdem wir bereits in LN 114 kurz auf den bevorstehenden Kongreß "Für Chiles Freiheit" in Münster hingewiesen haben, drucken wir im Folgenden das vollständige Programm des Kongresses ab. Anmeldungen zum Kongress bitte direkt an das Kongressbüro in Münster (Frauenstr. 3-7).

Programm des Kongresses

Freitag, 24.6.83

19.00 Eröffnungsveranstaltung

Samstag, 25.6.83

9.30-12.30 Podiumsdiskussion:

„Chile im Kontext Lateinamerikas“

mit Vertretern der chilenischen Linken, Leandro Uzquiano (Vertreter der FMNL El Salvadors in Bonn), Hugo Villar (Auslandssekretär der Frente Amplio, Uruguay), Vertreter Kubas, Nicaraguas und der bolivianischen Regierung.

12.30-13.30 Mittagspause*

14.00-18.30 Foren

19.00 Kulturveranstaltung in der Kath. Studentengemeinde, Frauenstraße 3-7

Programm:

Chilenische Folklore

Oswaldo Rodriguez sowie die Gruppen Illapü, Indoamerica, Piray und eine Salsa-Gruppe

Chilenischer Folkloretanz

eine Tanzgruppe aus Bielefeld sowie die Gruppe El Pequén aus Stuttgart

Rahmenprogramm

Filme des „Cine Popular Chileno“, Dias aus Chile und eine Ausstellung mit Bildern des Malers Hugo Riveros

Außerdem:

Informationsstände und ausländische Spezialitäten

Sonntag, 26.6.83

9.45 Ökumen. Gottesdienst in der Lukas-Kirche, von-Esmarch-Straße

11.00-13.00 Schlußkundgebung – Teil I

13.00-13.45 Mittagspause*

13.45-16.00 Schlußkundgebung – Teil II

Die Veranstaltungen finden – falls nicht anders angegeben – in den Räumen der Päd. Hochschule, Fliegerstraße, statt.

Foren des Kongresses:

(1) Rüstungsexport/U-Boote

Beim Rüstungsexport trifft die Solidaritätsbewegung unmittelbar auf die Interessen der bundesdeutschen Rüstungsindustrie. Die Aufgabe, Waffenlieferungen zu verhindern, kann nur durch Einbeziehung der Arbeiter in der Rüstungsindustrie selbst gelöst werden. In diesem Forum sollen die Vorgänge um die Lieferung von U-Booten an Chile durch die HDW-Kiel und Möglichkeiten der Gegenwehr diskutiert werden. Darüberhinaus findet hier eine Begegnung von bundesdeutschen und chilenischen Gewerkschaftern statt.

Koordination und Durchführung: Chile-Komitee Kiel

Beteiligt: Betriebsräte der IG Metall (HDW), Vertreter der CUT, Informationszentrum Solidarische Welt Münster, Institut für Politikwissenschaft Münster, weitere Gewerkschaftsvertreter

(2) Was war die Unidad Popular?

Dieses Forum ist vor allem für diejenigen gedacht, die die Zeit der Unidad Popular selbst nicht bewußt erlebt haben. Es soll wichtige politische Maßnahmen der Regierung unter Präsident Allende zur sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft und zur Erlangung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Chiles behandeln. Zeugen der damaligen Zeit sollen von den politischen Kämpfen berichten, die in den drei Jahren geführt werden mußten. Die politische Bedeutung dieses wichtigen Abschnitts chilenischer Geschichte soll in kritischer Diskussion geklärt werden.

Koordination: Koordination der chilenischen Linken in der BRD

(3) Exil in der BRD – Probleme und Erfahrungen

In diesem Forum soll die Exilsituation von Chilenen in der BRD und in Europa diskutiert werden, sowohl die Situation von Exilanten, die als Erwachsene Chile verlassen mußten, als auch die von Kindern, die als Kleinkinder nach Europa kamen oder hier geboren wurden. Das deutsche und das belgische Zentrum werden aus der Erfahrung ihrer Arbeit berichten. Deutsche haben in diesem Forum Gelegenheit, nicht nur die Probleme von politischen Exilanten kennenzulernen, sondern zugleich das eigene Land mit fremden Augen zu sehen.

Koordination: Carlos Corvalan (Frankfurt)

Durchführung und Beteiligung: Psychosoziales Zentrum für ausländische Flüchtlinge Frankfurt, COLAT Brüssel (belg. Zentrum für ausländische Flüchtlinge), Jugendverbände der chilenischen linken Parteien.

(4) Asylrecht/Ausländerpolitik in der BRD

Koordination und Durchführung: Klaus Piepel, ai-Münster, Gruppe 1234

Beteiligt: Verein für Ausländerrecht Münster, Verein zur Betreuung von Asylanten Münster, amnesty international

(5) Konzepte und Perspektiven deutscher Entwicklungspolitik in Chile und Lateinamerika

In diesem Forum wird von der Tätigkeit deutscher entwicklungspolitischer Institutionen in Chile und Lateinamerika berichtet und ihre Arbeit kritisch befragt werden. Gleichzeitig steht zur Debatte, ob die bisherigen Konzepte von Entwicklung (Stichwort: Industrialisierung von unterentwickelten Ländern durch Großprojekte), die die Probleme von Hunger, Arbeitslosigkeit und fehlender Bildung in den Ländern der Dritten Welt nicht zu lösen vermochten, durch andere Konzepte und eine andere Politik abgelöst werden müssen. Diese Probleme sollen mit Vertretern von Parteien und entwicklungspolitisch interessierten Gruppen diskutiert werden.

Koordination und Durchführung: Informationszentrum Solidarische Welt Münster

Beteiligt: Uwe Holtz (MdB SPD), Gabi Gottwald (MdB Grüne), Vertreter des Informationszentrums Dritte Welt Freiburg, Vertreter des Antimperialistischen Informationsbulletins Marburg, Vertreter des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-Lateinamerika, Vertreter kirchlicher und politischer Entwicklungshilfeinstitutionen.

(6) Verschwundene/Menschenrechtsverletzungen/Repression

Seit dem Putsch vor nahezu 10 Jahren werden in Chile in extremer Weise die Menschenrechte mißachtet (Verhaftungen, Folter, bis hin zu legalen und extralegalen Hinrichtungen).

Dies steht in ursächlichem Zusammenhang mit der Unterdrückung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte einer Mehrheit der Bevölkerung, der mit Gewalt die Beteiligung am wirtschaftlichen und politischen Prozeß des Landes vorenthalten wird.

In diesem Forum soll deshalb vorab das wirtschaftliche, politische und soziale „Modell“ (Monetarismus) referiert werden. Auf dem Hintergrund dieser Erläuterungen soll auf die Entwicklung der Menschenrechtsverletzungen seit dem Putsch eingegangen werden. Am bekanntesten ist sicherlich die Methode des „Verschwindenlassens“ von Menschen geworden. Da dies innerhalb von Chile, aber auch international zu großen Protestaktionen geführt hat, wird dieses Problem einen besonderen Stellenwert des AK einnehmen. Gleichzeitig soll die aktuelle Situation der Menschenrechtsverletzungen (z. B. staatliche Morde, Verbannung, Folter) untersucht werden.

Neben diesen Ausführungen steht die Entwicklung und Diskussion einzelner Strategien in der Solidaritätsarbeit: Wie können wir angesichts der zunehmenden Repression in Chile geeignet reagieren, um den Betroffenen in Chile direkte Solidarität zu zeigen und gleichzeitig langfristig einen Prozeß zur Veränderung der Menschenrechtssituation und zur Rückkehr zur Demokratie einzuleiten?

Koordination und Durchführung: amnesty international – Chile-Koordinationsgruppe Kreuztal
Beteiligt: Chile-Komitee, Marburg, amnesty international – Chile-Kogruppe Bio-Bo Siegen, amnesty international-Münster, COSECH

(7) Chilenische Kirchen

Das chilenische Volk wird weiterhin von der Militärjunta und ihren Helfershelfern ausgebeutet, unterdrückt und verfolgt. Die Beseitigung vieler Menschenrechte und die Vergrößerung von Armut und Not machen etwas von dem Opfer deutlich, das von den meisten Chilenen Tag für Tag erbracht werden muß. In dieser Situation ist die Kirche in Chile in vielfacher Hinsicht ein Anwalt der Unterdrückten und eine Kraft für die Armen. Immer mehr Basisgemeinden gehen zudem selbst den Weg der Solidarität und setzen Zeichen der Hoffnung. Das Forum wird sich mit der Situation und der Entwicklung der Kirche in Chile befassen.

Koordination und Durchführung: Alexander Groß
Beteiligt: Christen für den Sozialismus, Dr. Ruth Schlette, Pater Anatol Feid, Dr. Manuel Ossa, Roberto Celedón

(8) Frauen in Chile

Dieses Forum wird sich unter anderem mit dem Entwicklungsprozeß der Teilnahme der Frauen an den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen beschäftigen. Schwerpunkt wird dabei der entschiedene Kampf der Frauen gegen die Pinochet-Diktatur sein.

Koordination und Durchführung: Kinderhilfe Chile, Dortmund, CAMUR Dortmund, Frauengruppe Lateinamerika Bochum
Beteiligt: Carmen Castillo, Mireylla Baltra

(9) Militärdiktatur/Militär/Nationale Sicherheit

Was erklärt den brutalen Einsatz der chilenischen Streitkräfte am 11. September 1973 und ihr Verhalten als Interessenvorteiler der chilenischen Oberschicht und der USA während der 10 Jahre der Militärdiktatur? Mit diesen Fragen soll sich dieses Forum beschäftigen. Schwerpunkte sind die spezifischen Merkmale der Militärideologie (Doktrin der Nationalen Sicherheit) und die Analyse der Fraktionen innerhalb der chilenischen Streitkräfte.

Koordination und Durchführung: Chile-Komitee, Münster
Beteiligt: Oberst a.D. Ernesto Galaz, Jorge Tapia Valdes, Dieter Maier

(10) Gewerkschaften unter der Diktatur

Unmittelbar nach dem Militärputsch von 1973 wurde die chilenische Gewerkschaftsorganisation CUT verboten und ihr Vermögen beschlagnahmt. Seitdem hat es in Chile einen langwierigen und mühsamen Reorganisationsprozeß der Gewerkschaften gegeben. Die Bedingungen für die gewerkschaftliche Arbeit sind dabei in den 10 Jahren der Militärdiktatur, besonders seit der Einführung des sog. „plan laboral“ (Juni 1979) ständig schwieriger geworden. Trotzdem hat es wichtige gewerkschaftliche Kämpfe gegeben, und es sind auch Fortschritte auf dem Weg zu einer neuen gewerkschaftlichen Einheit erzielt worden. Die Gewerkschaftsorganisation CNS (Coordinadora Nacional Sindical) ist dafür der deutlichste Beleg. Die Militärdiktatur hat auf die verstärkten Einheitsbestrebungen mit der Ermordung von Gewerkschaftsführern (Tucapel Jimenez) oder ihrer Ausweisung (Manuel Bustos, Hector Cuevas) reagiert. Die Gewerkschaftskämpfe gehören heute in Chile zu den wichtigsten politischen Vorgängen. Prominente Gewerkschaftsführer werden in diesem Forum berichten und diskutieren.

Koordination und Durchführung: Chile-Komitee Münster
Beteiligt: Manuel Bustos, Hector Cuevas, Rolando Calderón, Manuel Dinamarca

(11) Das ökonomische Modell der Diktatur

Unter der Pinochet-Diktatur ist in Chile eine monetaristisch-liberalistische Wirtschaftspolitik mit aller Konsequenz praktiziert worden. Sie hat das Land seit Ende 1981 in eine der größten Wirtschaftskrisen seiner Geschichte gesteuert und zum Bankrott geführt. Die Verschuldungsprobleme sind kaum mehr zu lösen. Während auf der einen Seite eine ungeheure Konzentration von Kapital und Reichtum entstand, gibt es auf der anderen Seite heute in der breiten Bevölkerung Arbeitslosigkeit, soziales Elend und Hunger in bisher in Chile nicht gekanntem Ausmaß. Die Wirtschaftspolitik des Militärregimes wird in Zusammenhang weltwirtschaftlicher Probleme und speziell des Problems der Verschuldungskrise der Länder der Dritten Welt diskutiert werden.

Koordination und Durchführung: Alex Schubert

(12) Die Agrarreform in Chile und ihre Zerstörung durch die Diktatur

Ein großer historischer Verdienst der Regierung der Unidad Popular bestand darin, während ihrer zwei Jahre und neun Monate dauernden Erfahrung den traditionellen Großgrundbesitz in Chile abgeschafft zu haben. Sie verlieh den Bauern, insbesondere den am meisten benachteiligten, eine Bedeutung und eine Würde, die ihnen innerhalb der chilenischen Gesellschaft früher nicht zuerkannt worden war.

Augenblicklich erleben wir die zweite Landreform. Aber dieses Mal ist es klar, daß es dabei keine begünstigten Campesinos gibt. Die Frage ist, ob die nationalen Banken die neuen Herren des Landes sein werden, oder ob sich das chilenische Territorium zum Schluß des ganzen Prozesses in den Händen ausländischer Banken befinden wird. In diesem Forum sollen die wichtigsten Schritte und Probleme der Agrarreform und der Prozeß ihrer Umkehrung nach dem Militärputsch unter besonderer Blickrichtung der Auswirkungen auf die Ernährungslage Chiles nachvollzogen werden.

Koordination und Durchführung: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika, Berlin
Beteiligt: Jacques Chonchol, David Beytelman

(13) Das Recht, in Chile zu leben

Die Militärdiktatur hat im vergangenen Jahr öffentlich den Eindruck zu erwecken versucht, die im Exil lebenden Chilenen dürften in ihre Heimat zurückkehren. Tatsächlich – das ist inzwischen deutlich geworden – besteht eine solche Möglichkeit nicht. Die chilenische Menschenrechtskommission hat in diesem Jahr bekannt gegeben, daß nach ihren Recherchen etwa eine halbe Million Chilenen im Exil leben. In diesem Forum soll die Situation analysiert werden. Gleichzeitig soll öffentlich das Recht jedes Chilenen unterstrichen werden, ohne Auflagen und Beschränkungen von Rechten in seine Heimat zurückkehren zu dürfen.

Koordination: Chile-Komitee Münster
Durchführung: Chile Democrático Rom,
Beteiligt: Luis Tejada, Rafael Gumucio, Carlos Contreras Tapia

(14) Widerstand und Opposition

Das Thema „Widerstand und Opposition in Chile“ ist eines der schwierigsten politischen Themen, weil unter der Militärdiktatur naturgemäß nicht offen gearbeitet werden kann und öffentlich nur einzelne Aspekte diskutiert werden können. Vertreter der chilenischen Parteien werden in diesem Forum Einschätzungen der Situation geben und ihre politischen Perspektiven darlegen.

Koordination: Koordination der chilenischen Linken in der BRD
Durchführung: Willi Huismann
Beteiligt: Vertreter der Parteien der chilenischen Linken in der BRD

(15) Imperialismus in Chile und Lateinamerika

Es soll zunächst noch einmal die Rolle der USA bei der Destabilisierung der Unidad Popular und schließlich beim Putsch selbst herausgearbeitet werden. Hier soll nicht nur auf die Rolle des CIA eingegangen werden, sondern auch das politisch-diplomatische, ökonomische, militärische und psychologische Instrumentarium analysiert werden, das zum Sturz der Allende-Regierung eingesetzt wurde. Darüber hinaus soll das Verhältnis der Junta zu den USA und dessen Veränderungen – insbesondere von der Carter- zur Reagan-Administration – untersucht werden. Schließlich soll die Zusammenarbeit der europäischen NATO-Partner – insbesondere der BRD – mit dem Pinochet-Regime, sowie Chiles Rolle im Malvinenkrieg und seine Funktion im Rahmen der Lateinamerika- und der globalen Strategie des Imperialismus (Pläne zur Schaffung einer SATO, Zusammenarbeit mit Südafrika etc.) beleuchtet werden.

Koordination und Durchführung: Antimperialistisches Solidaritätskomitee für Asien, Afrika und Lateinamerika, Frankfurt
Beteiligt: Luis Maira, Urs Müller-Plantenberg, Vertreter Kubas, Manfred Kossok

(16) Solidaritätsbewegung: Erfahrungen, Probleme und Aufgaben

Nach einem historischen Abriß über Entstehung und Entwicklung der Chile-Solidaritätsbewegung soll eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Solidaritätsarbeit gemacht werden. Danach soll die Diskussion sich vorwiegend auf die weiteren Perspektiven der Solidaritätsbewegung konzentrieren und vor allem folgende Fragen erörtern:

- Welche Themen sollte sie aufgreifen?
- Welches sind ihre Zielgruppen, ihre politischen Partner?
- Welche strukturellen/organisatorischen Möglichkeiten hat sie?
- Welche Aktionsformen wählt sie?
- Gibt es konkrete Probleme für die Zukunft?
- Wie gehen wir mit Problemen und Widersprüchen um?

Koordination und Durchführung: Antimperialistisches Solidaritätskomitee für Asien, Afrika und Lateinamerika, Frankfurt
Beteiligt: Vertreter des Antimperialistischen Solidaritätskomitees, Frankfurt, des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-Lateinamerika, Berlin, der Kinderhilfe-Gruppen, der Stipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung, der Chile-Solidaritätsbewegungen Österreichs, der Schweiz, der Niederlande, Englands und der Deutschen Demokratischen Republik

(17) Kultur im Widerstand und im Exil

Es gehört zu den beschämenden Erfahrungen der demokratischen Öffentlichkeit in der BRD, daß sie erst nach dem Putsch 1973 die Artikulationsfähigkeit und den Optimismus einer kulturellen und ästhetischen Praxis wahrgenommen hat, die in einem präzisen Sinne volksnah ist.

Aufgabe des Kulturforums wird es sein:

- die Probleme der Entwicklung des kulturellen Widerstandes in Chile aufzuweisen und zu diskutieren.
- einen Überblick über die soziale Lage und die Arbeitsweise der exilierten chilenischen Kulturschaffenden zu geben.
- Möglichkeiten der Unterstützung der demokratischen Kultur Chiles im Lande selbst und im Exil zu diskutieren.

Koordination und Durchführung: Maruja Olivarez, Dr. Martin Jürgens
Beteiligt: José Maria Memet, Luis Bocáz, Kulturkreis „Pablo de Rocka“, Sergio Ortega

(18) Erziehungs- und Sozialpolitik unter der Diktatur

Die Politik der Militärdiktatur in diesen Bereichen bestand in einer radikalen Beschneidung staatlicher Leistungen und einer Privatisierung sozialer Dienste mit der Folge, daß in einem Land wie Chile nur eine sehr kleine Schicht Privilegierter sich heute noch höhere Schul- oder Universitätsbildung, aber auch medizinische Behandlung leisten kann. Politische Tendenzen, die auch bei uns wirksam sind, haben, unter den Bedingungen eines Entwicklungslandes radikal praktiziert, zu katastrophalen Folgen geführt. Die Diskussion dieser Probleme ist nicht nur entwicklungspolitisch wichtig. Sie kann auch im Hinblick auf die Regierungspolitik nach der Bonner Wende relevant werden.

Koordination und Durchführung: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Stadtverband Münster
Beteiligt: Anibal Palma, Carlos Concha

(19) Mapuche in Chile

Dieses Forum soll folgende Schwerpunkte beinhalten:

- Allgemeiner Überblick über die Mapuche als Volk (kulturelle Werte, Sprache, Traditionen)
- Die Erfahrungen der Mapuche unter der Regierung der Unidad Popular.
- Die derzeitige Lage der Mapuche unter der Militärregierung (Gesetz Nr. 2568; Organisationen und Kämpfe der Mapuche)

Koordination: Segundo Trangolao

Beteiligt: Organisation der Mapuche in Frankfurt, Gesellschaft für Bedrohte Völker

(20) Faschisten und Nazis in Lateinamerika

Das Forum wird sich mit folgenden Themen auseinandersetzen:

1. Kriegsverbrechen und die Verbrechen gegen die Menschheit verjähren nicht.
2. Faschisten und Nazi-Verbrecher in Lateinamerika
 Bolivien: der Fall Klaus Barbie; Chile: der Fall; Walther Rauff; Chile: der Fall „Colonia Dignidad“; Argentinien: der Fall Adolf Eichmann; Argentinien: der Fall Walter Kutschmann
3. Die Perspektiven der Zusammenarbeit der Antifaschisten auf internationaler Ebene.

Koordination und Durchführung: Chile-Komitee Mannheim

Beteiligt: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten, Vertreter der Jüdischen Gemeinde, Vertreter von amnesty international

(21) Revolution und Intervention in Mittelamerika: Nicaragua

Die Enthüllungen der letzten Zeit über den von der US-Regierung gesteuerten Krieg gegen die Revolution in Nicaragua haben die Reagan-Administration kaum beeindruckt. Mit allen Mitteln wird versucht, den Hegemonialanspruch im „Hinterhof“ durchzusetzen. Die von Honduras aus operierenden konterrevolutionären Verbände sind dazu nur ein Mittel. Eskaliert die Destabilisierungspolitik, droht wieder ein Emanzipationsprozeß in Lateinamerika erstickt zu werden. Schon jetzt hat sich die Wirtschaftssituation in Nicaragua verschärft, die Spielräume für die Fortsetzung des sandinistischen Projekts werden enger, eine militärische Lösung seitens der USA kann nicht ausgeschlossen werden. Auch mit Blick auf El Salvador und Guatemala wollen wir anhand der Erfolge und Schwierigkeiten der Revolution in Nicaragua erörtern, unter welchen Bedingungen die Möglichkeiten emanzipatorischer Entwicklungen in Mittelamerika offen gehalten und was von uns aus dazu beigetragen werden kann.

Koordination und Durchführung: Nicaragua-Komitee Münster

(22) Der Kampf der Jugend in Chile und im Exil

Die Jugend spielt eine wichtige Rolle im Kampf für Freiheit und Demokratie; dies schon allein deshalb, weil mehr als die Hälfte der Bevölkerung Chiles unter 25 Jahre alt ist. In dieser Arbeitsgruppe soll die Jugendpolitik der Diktatur untersucht und verurteilt werden. Das Forum soll auch Einblick geben in die Arbeit der Jugend im Widerstand sowie die Aufgaben der demokratischen Jugendorganisationen in der Welt zur Unterstützung der chilenischen Jugend diskutieren. Darüber hinaus sollen konkrete Initiativen diskutiert und beschlossen werden, um die Rückkehr der exilierten Jugendlichen zu ermöglichen.

Koordination und Durchführung: Jugendverbände der chilenischen linken Parteien

(Es liegen noch nicht von allen eingeladenen Referenten definitive Zusagen vor; so daß sich in der Besetzung der Foren noch Veränderungen ergeben können.)

..... bitte hier abtrennen

Anmeldung

an das Kongreß-Büro

„FÜR CHILES FREIHEIT!“

Frauenstraße 3-7

4400 Münster

Tel. 0251/45606

Anmeldung zum Kongreß 10 Jahre Militärdiktatur: „Für Chiles Freiheit!“

Kongreß gegen Militärdiktatur und Imperialismus in Chile und Lateinamerika.

Ich werde voraussichtlich vom (Tag) bis zum (Tag) am Kongreß teilnehmen.

☐ Ich bitte darum, mir ein möglichst kostenloses Privatquartier zu besorgen, und zwar für Nächte.

☐ Falls zu wenig Privatquartiere zur Verfügung stehen, würde ich auch in einer Turnhalle übernachten

Nach der schriftlichen Anmeldung wird eine Zahlungsaufforderung verschickt. Der Einzugsabschnitt gilt als endgültiger Anmeldebeleg.

Der Kongreß-Reader kann gegen eine Gebühr von 25,- DM (16,- DM ermäßigt) erworben werden. Der Reader enthält Teilnahmekarten zu allen Veranstaltungen des Kongresses.

Meine Anschrift:

WECHSEL WIRKUNG

TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT

Schwerpunkt:

EDV: Vandalismus und Sabotage * Warte nicht auf bessere Zeiten * Fortschritte in der Käfighaltung * Das Maß ist voll! * Zur therapeutischen Wirkung von Sabotage * Der Computer-Kriminelle * Zehn Wege, ein Terminal zugrunde zu richten * Sabotage – das schärfste Videospiel * NIX-Computer * Sabotage selbstgemacht *



Weitere Themen:

Arbeitererfinder in Nicaragua * Naturalisierung der Politik * Ökologische Wissenschaft * Forschungspolitik sozialliberal * Der lange Arm der chemischen Industrie * Salzstopp in Berlin * Stadt und Utopie *

WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaftsarbeit und soziale Konflikte.

WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.

WECHSELWIRKUNG ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker.

WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.

Bestellungen an

WECHSELWIRKUNG, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Einzelheft 5,-DM, Abonnement für 4 Hefte 20,- DM (incl. Versandkosten).

Erscheinungsweise vierteljährlich.

ROOTS REGGAE

MISTY



IN ROOTS

In Solidarity with GRENADA

31.5.
Dienstag
FABRIK

Eintritt 12,- DM
VVK 9,- DM

19. Grenadas EO-Botschafter Mario Bullen,
Filme u. Informationen

Ab 21. MISTY in Roots

Die Hamburger Grenada Initiative konnte die englische Top-Reggae-Gruppe "Misty in Roots" für ein Grenada-Solidaritätskonzert gewinnen! Der Ertrag der Veranstaltung wird zu gleichen Teilen dem Ausbau der Frauenarbeit und der Errichtung eines Dorfgemeinschaftszentrums in Grenada zukommen.

Die folgenden Materialien über Grenada können bei der Hamburger Grenada Initiative angefordert werden:

- "Grenada Nachrichten": zweimonatlicher Informationsdienst; Nachrichten aus der Solidaritätsarbeit, aktuelle Dokumentation, Hintergrundberichte zu Grenada und anderen karibischen Ländern; ca. 80 Seiten, DIN A 5, DM 5,- inkl. Porto
- "Revolution in der Karibik - Grenada": eine umfangreiche Pressedokumentation; Guyana Komitee Hamburg (Hrsg.), Hamburg, 1982, 106 Seiten, DIN A 4, DM 4,50 exkl. Porto
- "Grenada - Peaceful Revolution": Überblick über die Geschichte Grenadas und die Revolution 1981, EPICA (Hrsg.), Washington, 1982, 134 Seiten, DIN A 4, DM 16,- exkl. Porto
- "Is freedom we making - The New Democracy in Grenada": Fedon Publishers (Hrsg.), St. George's, 82 Seiten, DIN A 5, DM 10,- exkl. Porto
- "Grenada is not Alone": Beiträge zur internationalen Solidaritätskonferenz in Grenada 1981, Fedon Publishers (Hrsg.), St. George's, 1982, 110 Seiten, DIN A 5, DM 9,50 exkl. Porto
- "to construct from morning - Making the People's Budget in Grenada": die Debatte um den Haushaltsplan 1982 als Beispiel der Beteiligten des Volkes an den politischen Entscheidungsprozessen; Fedon Publishers (Hrsg.), St. George's, 1982, 166 Seiten, DIN A 5, DM 11,- exkl. Porto
- "In the Spirit of Butler - Trade Unionism in Free Grenada": Fedon Publishers (Hrsg.), St. George's, 1982, 104 Seiten, DIN A 5, DM 7,50 exkl. Porto



Bestellungen an:

Hamburger Grenada Initiative,
c/o Uli Theis, Roslöcher Str. 12, 2000 Hamburg 1 oder
Informationszentrum für Guyana und die Karibik,
c/o M. Ernst/U. Reichel, Kirchhöfstr. 6, 2000 Hamburg 60

Versand nach Vorkasse auf das Konto PSch Hamburg, Konto Nr. 22 40 90 - 201 (Thomas Poeser)

links lesen

Nationale Töne erklingen in Frankreich, in Deutschland, auch bei Linken, Gewerkschaftern und "Bewegten".

Aber: Ob Friedensbewegung, Neue Medien oder Zahlungsbilanz – die Probleme stellen sich im Weltmaßstab. Unsere Berichte und Analysen sammeln nicht exotische Fakten. Wir untersuchen internationale Verflechtungen, um unsere Situation hier besser zu verstehen.



Zum Beispiel:

"Flickschusterei im Weltmaßstab" (Alexander Schubert über das Weltwährungssystem, "links", März '83)

"Jeder Palästinenser, den ein Deutscher wahrnimmt, erinnert ihn an die lange Kolonne der Friedenden, zerschundenen 6 Millionen Juden, die in die Gaskammern gepeitscht wurden." (Rafik Schami, Dan Diner und Micha Brumlik über die Palästinenser, die Israelis und die Deutschen, "links", April '83)

"Im Kampf um den Weltmarkt verbinden sich Konzernstrategien mit nationaler Technologiepolitik" (Frieder Schlupp in der Diskussion um die "Neuen Medien", "links", Februar '83)

Als Fallbeispiele: CDU/CSU unterstützen Folterlager in Chile.

Oder: V-Mann des BKA als Putschist in Bolivien.

Oder: Atomexport der BRD nach Lateinamerika.

Oder: Rassismus in Südafrika: Frankfurts Oberbürgermeister Wallmann beauftragt Lobbyistenbüro in USA, das gleichzeitig für die weiße Regierung in Pretoria wirbt.

Oder: Frankfurts Oberbürgermeister Wallmann beauftragt Lobbyistenbüro in USA, das gleichzeitig für die weiße Regierung in Pretoria wirbt.

Und Interviews, z.B. mit der ungarischen Philosophin Agnes Heller ("links", April 1983)

Monatlich 36 Seiten, Einzelheft DM 3,-, Jahresabo DM 35,- incl. Versandkosten. Bezug: Sozialistisches Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

Probeexemplare kostenlos.